



Wortprotokoll

über die 75. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 27. November 2013

(öffentlich)

Oberbürgermeister	Ude
2. Bürgermeisterin	Strobl
3. Bürgermeister	Monatzeder
bfm. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ea. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ferner	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
Protokoll	Strzelczyk, Bock, Zürner, Peisl, Frei

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom

Oberbürgermeister Ude

Bürgermeisterin Strobl

Bürgermeister Monatzeder

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

SPD:

StR Amlong

StRin Dr. Anker

StR Dr. Assal entschuldigt

StR Dr. Bauer

StR Belik

StRin Boesser

StRin Dietl

StR Fincan

StR Gianacacos

StR Gradl

StRin Hacker

StR Kaplan

StR Leonhart

StR Liebich

StR Lischka

StR Lotte

StRin Messinger

StR Mittermaier

StR Müller

StR Reissl

StRin Renner

StRin Rieke
StR Rupp
StRin Salzmann
StRin Scheuble-Schaefer
StR H. Schmid
StRin Schmitt
StRin Dr. Sieber
StRin Dr. Söllner-Schaar
StRin Tausend
StRin Volk
StRin Zurek

CSU:

StR Dr. Babor
StR Brannekämper
StRin Burkhardt
StRin Caim
StR Dr. Dietrich
StR Dr. Kronawitter
StR Kuffer
StRin Dr. Menges
StR Offman
StRin Dr. Olhausen
StR Podiuk
StR Pretzl
StR Quaas
StR Schlagbauer
StR J. Schmid
StR Schmidbauer
StR Seidl
StRin Schosser

StR Stadler
StR Weiß
StR Zöllner
StR Zöttl

Bündnis 90/

Die Grünen:

StRin Berger
StR Bickelbacher
StR Danner
StRin Demirel
StRin Dietrich
StRin Koller
StRin Krieger
StRin Nallinger
StR Niederbühl (RL)
StR Dr. Roth
StR Dr. Vogel

Bürgerliche Mitte FW-ÖDP-BP

StR Altmann (FW)
StR Dr. Bertermann (FW)
StRin Sabathil (FW) entschuldigt
StR Ruff (ÖDP)
StR Progl (BP)

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann entschuldigt

StR Dr. Mattar

StRin Neff

StRin Stock

DIE LINKE.:

StR Akman

StRin Henn

StRin Wolf

Bürgerinitiative

Ausländerstopp (BIA):

StR Richter

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

StR Dr. Blume-Beyerle
StR Dr. Böhle
StRin Hingerl
StR Dr. Küppers
StR Lorenz
StR Markwardt
StRin Meier
StRin Prof. Dr. (I) Merk
StR Reiter
StR Schweppe
StR Dr. Wolowicz

Inhaltsverzeichnis

<u>Verleihung der Kommunalen Verdienstmedaille 2013</u>	10
<u>Ausscheiden von Frau Stadträtin Claudia Tausend aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt München Nachrücken von Herrn Christoph Frey in den Stadtrat der Landeshauptstadt München</u>	11
<u>OBM Ude:</u>	11
<u>StRin Tausend:</u>	11
<u>Umbesetzung im Ältestenrat und weiteren Gremien</u>	13
<u>Genehmigung der Sitzungsniederschriften</u>	13
<u>Haushalt 2014 des Revisionsamtes</u>	13
<u>Neuerlass einer Satzung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZeS)</u>	14
<u>Vertretung der Landeshauptstadt München im Aufsichtsrat der Messe München GmbH</u>	14
<u>Prüfungsfeststellungen des Rechnungsprüfungsausschusses</u>	14
<u>Gendersensible Mittel, Auftrags- und Zuschussvergabe</u>	15
<u>Bedarfsgerechte Ausstattung der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (KGL)</u>	15
<u>Sexismus-Problem ernst nehmen!</u>	15
<u>Gewährung von Zuwendungen für verschiedene Kultureinrichtungen im Haushaltsjahr 2014</u>	16
<u>StR Dr. Mattar:</u>	16
<u>Prüfungsfeststellungen des Revisionsamtes</u>	16
<u>Finanzdaten- und Beteiligungsbericht 2013 der Landeshauptstadt München</u>	16
<u>Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen</u>	17
<u>Eine-Welt-Arbeit stärken</u>	17
<u>Mehrbedarfe im Förderbereich Umwelt</u>	17
<u>Haushaltsplan 2014, Produkt- und zielorientierte Ansätze für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Stadtjugendamtes</u>	18
<u>Bestätigung von Ausschussbeschlüssen</u>	18
<u>Städtisches Klinikum München GmbH zur Chefsache machen</u>	19
<u>OBM Ude:</u>	19
<u>StR J. Schmid:</u>	22
<u>StR Altmann:</u>	26
<u>BMin Strobl:</u>	27
<u>StR Dr. Mattar:</u>	27
<u>StR Akman:</u>	29

StRin Dietrich:.....	31
StR Reissl:	34
StRin Dr. Olhausen:	36
StR J. Schmid:	38
StRin Caim:.....	41
OBM Ude:.....	42
StRin Caim:.....	42
StK Dr. Wolowicz:.....	42
OBM Ude:	47
StR J. Schmid:	54
StRin Dr. Olhausen:.....	57
StR Reissl:.....	58
StR Akman:.....	59
OBM Ude:.....	60
StR Dr. Bertermann:.....	60
StR Dr. Mattar:.....	61
<u>Verschärfung der Münchner Brennstoffverordnung:</u> <u>Eckdatenbeschluss</u>	62
StRin Rieke:.....	62
<u>Korruptionsbericht 2013</u>	63
StR Altmann:.....	63
StR Dr. Roth:	64
<u>Intensivierung des Winterdienstes auf Radverkehrsanlagen</u> <u>und Gehbahnen; Standarderhöhung und Finanzierung</u>	65
StR Bickelbacher:.....	65
<u>Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband</u>	66
<u>Bericht über die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2006 bis 2008,</u> <u>der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 und der Jahresabschlüsse 2009 bis 2011</u> <u>der Landeshauptstadt München</u>	66
StR Zöttl:	66
StK Dr. Wolowicz:	67
StR Zöttl:.....	68
StR Kaplan:.....	69
StR Zöttl:	69
StR Kaplan:	70
StR Zöttl:	70
StR Dr. Mattar:	70
<u>Kulturstrand am Vater-Rhein-Brunnen auch 2014</u>	72
StR Dr. Mattar:	72
StRin Zurek:	72
StRin Nallinger:.....	74

StR Altmann:.....	75
StR Kuffer:.....	76
Bfm. StR Dr. Blume-Beyerle:.....	77
BM Monatzeder:.....	81
StRin Nallinger:.....	81
Situation junger Flüchtlinge in München.....	82
OBM Ude:.....	82
Bfm. StRin Meier:.....	82
Frau Dr. Kurz-Adam:.....	83
OBM Ude:	85

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:14 Uhr

Vorsitz: OBM Ude

Verleihung der Kommunalen Verdienstmedaille 2013

OBM Ude:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn der Sitzung haben wir Ehrungen zu verleihen und Abschied zu nehmen. Zunächst darf ich zweimal die Urkunde für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung überreichen.

Das betrifft im ersten Fall Frau Dr. Anker, die maßgeblich mitgearbeitet hat im Kulturausschuss, im Gesundheitsausschuss und im Aufsichtsrat des Klinikums. Das sind mit die schönsten und die härtesten Jobs, die wir im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung zu vergeben haben. - (Heiterkeit) - Bei Ihnen wird der Abschied mit dieser Medaille ein bisschen vergoldet, obwohl sie nicht aus Gold ist. Keine Illusionen! Da Sie aus dem Stadtrat ausscheiden werden, darf ich dies zum Anlass nehmen, Ihnen für die bisher geleistete Arbeit herzlich zu danken. - (Beifall des gesamten Hauses)

Dann begrüße ich Herrn Dr. Babor, dem ich ebenfalls die Medaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung überreichen darf. Auch Sie sind ein erfahrenes „Schlachtröss“ der Kommunalpolitik und in vielen Ausschüssen und Aufsichtsräten aktiv, die nicht so schwierig sind wie der, in dem sich Frau Dr. Anker bewegt hat. Sie sind ein erfahrener Lehrer, dem nachgesagt wird, auch heutzutage noch gelegentlich Stil und Dauer von Unterrichtseinheiten im Auge zu haben. Sie sind aber nicht nur ein Vertreter der älteren Generation, sondern auch ein Kandidat für die nächste Amtsperiode. Also kann ich Ihnen nur zurufen: Machen Sie es weiterhin gut, und herzlichen Glückwunsch! - (Beifall des gesamten Hauses)

In der Mittagspause werden wir uns für ein Foto zu dritt zusammenfinden, das muss jetzt nicht die Sitzung unterbrechen.

**Ausscheiden von Frau Stadträtin Claudia Tausend
aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt München
Nachrücken von Herrn Christoph Frey in den
Stadtrat der Landeshauptstadt München**

Aktensammlung Seite 2311

OBM Ude:

Nach der Ehrung folgt die Verabschiedung: Die Kollegin Claudia Tausend scheidet bekanntlich heute aus dem Stadtrat aus, weil sie im Deutschen Bundestag mitwirken wird, was nach einer weit verbreiteten Lehre - ich sage: einem weit verbreiteten Irrtum - ein höheres Gremium ist, von dem aus man auf die kommunale Selbstverwaltung herabblicken kann. Jedenfalls macht Ihr im Bundestag die Gesetze, die wir dann vollziehen dürfen oder unter denen wir leiden müssen. Insofern ist es sehr beruhigend, eine ausgewiesene Verfechterin der Kommunalpolitik und der Selbstverwaltung im Deutschen Bundestag zu wissen.

Sie haben ein Amt innegehabt, von dem Walter Zöllner zeitweise behauptet hat, es sei das schönste im ehrenamtlichen Stadtrat und viel wichtiger als das des Fraktionsvorsitzenden. Das hat er natürlich zu einer Zeit gesagt, als er gerade nicht Fraktionsvorsitzender, aber immer noch Planungssprecher war. Planungssprecher ist das Amt in der jeweiligen Fraktion, das am meisten mit den Zukunftsfragen der Stadt, mit grundsätzlichen Weichenstellungen und mit großen Ideen zu tun hat, die im Glücksfall dann gelungene Architektur werden. Sie haben sich mit außerordentlicher Kompetenz dieses Amtes angenommen, und ich darf mich bei Ihnen für eine sehr engagierte Mitarbeit im Münchner Rathaus bedanken.

Jetzt gilt die Regel, die sonst nur im Strafprozess gilt: Die Angeklagte hat das letzte Wort! - (Beifall des gesamten Hauses)

StRin Tausend:

Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, Ihren Lobeshymnen ist fast nichts hinzuzufügen. - (OBM Ude: Aber die lassen wir im Raum stehen!) - Nein, im Ernst, ich werde jetzt keine heiter besinnliche vorweihnachtliche Abschiedsrede halten, auch wenn in mir ein bisschen Wehmut ist. Nach 18 Jahren verlässt man so ein Gremium nicht, ohne noch einmal zurückzublicken. Aber ich werde diese Gedanken jetzt nicht noch einmal 1 : 1 am Mikrophon bringen.

Ich darf mich für viele Jahre guter Zusammenarbeit bedanken, und ich kann nur bestätigen, was Walter Zöllner ausgesprochen hat: Planungssprecherin ist, so glaube ich, das schönste Amt hier im Stadtrat. Im Planungsausschuss habe ich viel über Verwaltungsabläufe gelernt, über Gestaltungsmöglichkeiten und auch über Hürden. Auch beim Referat darf ich mich bedanken, und gerade auch bei Dir, Walter: Du warst ein Lehrmeister! Viele Weitere gehören dazu, aber auch von Dir habe ich viel gelernt.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus dem Stadtrat nehme ich genau das mit, was Sie sich erhoffen, nämlich die Frage, wie Bundesgesetze auf kommunaler Ebene tatsächlich umgesetzt werden, und was man in Berlin anrichtet, was die unteren Ebenen dann wieder ausbaden müssen. Insofern dürfen Sie sich darauf verlassen, dass diese 18 Jahre nicht spurlos an mir vorbeigegangen sind. An Handwerkszeug und an konstruktiver Zusammenarbeit nehme ich sehr viel mit.

Auch bei der Opposition bedanke ich mich: Ich werde vermissen, Sie in der Opposition zu sehen. - (Heiterkeit und Beifall) - Ich werde Sie künftig an anderer Stelle sehen. Das zeichnet sich zumindest ab. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Grünen, meiner Lieblingskoalition, die ich in München jetzt in guten Händen zurücklassen kann. Natürlich bedanke ich mich auch bei meiner eigenen Fraktion. Wir feiern noch einmal einen zünftigen Abschied in zwei oder drei Wochen. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit! Ich wünsche Ihnen viel Kraft, viel Erfolg - in unterschiedlichem Maße! - bei den Kommunalwahlen, und wir werden uns nicht aus den Augen verlieren, denn ich bleibe natürlich im gesellschaftlichen politischen Leben Münchens weiter aktiv. - (Beifall des gesamten Hauses)

OBM Ude überreicht Stadträtin Tausend zum Abschied einen Blumenstrauß.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Umbesetzung im Ältestenrat und weiteren Gremien

Aktensammlung Seite 2313

Der Antrag des Referenten wird unter Berücksichtigung des beiliegenden Änderungsantrags der CSU **einstimmig beschlossen**.

Genehmigung der Sitzungsniederschriften für die Monate Oktober 2012 bis Mai 2013 (Ausschüsse) sowie für die Monate Oktober 2012 bis Mai 2013 (Vollversammlungen) - § 2 Nr. 24 GeschO -

Aktensammlung Seite 2315

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Haushalt 2014 des Revisionsamtes

- Ziele
- Produkte
- Teilfinanz- und Teilergebnishaushalt

Aktensammlung Seite 2317

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

**Neuerlass einer Satzung über das Verbot
der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZeS)**

Aktensammlung Seite 2323

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

**Vertretung der Landeshauptstadt München im
Aufsichtsrat der Messe München GmbH**

Aktensammlung Seite 2325

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

**Prüfungsfeststellungen des
Rechnungsprüfungsausschusses**

Aktensammlung Seite 2327

Die Bekanntgabe von Stadträtin Zurek wird **zur Kenntnis genommen**.

**Gendersensible Mittel,
Auftrags- und Zuschussvergabe**

Aktensammlung Seite 2333

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

**Bedarfsgerechte Ausstattung der Koordinierungsstelle
für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (KGL)**

Aktensammlung Seite 2335

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

**Sexismus-Problem ernst nehmen!
MitarbeiterInnen und Führungskräfte städtischer
Beteiligungsgesellschaften für Sexismus und
Diskriminierung sensibilisieren und ein Präventions-
und Handlungskonzept erarbeiten!**

Aktensammlung Seite 2339

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

**Gewährung von Zuwendungen für verschiedene
Kultureinrichtungen im Haushaltsjahr 2014**

Aktensammlung Seite 2349

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StR Dr. Mattar:

Ich verweise auf meine Erklärung im Ausschuss.

**Prüfungsfeststellungen des Revisionsamtes
Unterstützungs-, Steuerungs- und Koordinierungsfunktion der
Stadtkämmerei; zusätzlicher Stellenbedarf der zentralen Buchhaltung**

Aktensammlung Seite 2373

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der FDP **beschlossen**.

**Finanzdaten- und Beteiligungsbericht 2013
der Landeshauptstadt München**

Aktensammlung Seite 2375

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von FDP und DIE LINKE.
beschlossen.

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen
Produkt 5320010 Gesundheitsförderung

Aktensammlung Seite 2385

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

Eine-Welt-Arbeit stärken

Aktensammlung Seite 2389

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von FDP und BIA **beschlossen**.

Mehrbedarfe im Förderbereich Umwelt

Aktensammlung Seite 2393

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von FDP und BIA **beschlossen**.

Haushaltsplan 2014, Produkt- und zielorientierte Ansätze für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Stadtjugendamtes

Aktensammlung Seite 2407

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Bekanntgabe des Referenten zu TOP B 2 ([IT@M](#): Erster Zwischenbericht für das Wirtschaftsjahr 2013) wird **zur Kenntnis genommen**. (Aktensammlung Seite 2331)

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu TOP B 5, B 7, B 10 bis B 12, B 14 bis B 20, B 22, B 26, B 30 bis B 31, B 34, B 36, B 38, B 40 bis B 45, B 47 bis B 54 werden **einstimmig beschlossen**. (Aktensammlung Seite 2337 - 2423)

Städtisches Klinikum München GmbH zur Chefsache machen

Aktensammlung Seite 2319

- BMin Strobl übernimmt den Vorsitz. -

OBM Ude:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nichts wiederholen, was bereits in der Vorlage steht, sondern nur ergänzende Informationen geben und Missverständnisse ausräumen.

Die Vorlage schildert ausführlich, was sich im Oktober geändert hat. Es sind im Wesentlichen fünf Punkte. Sie haben das selbst als große und ungeheuerliche Veränderungen kommentiert. Vor dem Monat Oktober habe ich niemals gehört, dass das Klinikum frisches Geld brauche, dass eine Insolvenz möglich sei oder die vereinbarten Fristen nicht eingehalten werden können. Dies alles ist erstmals im Oktober 2013 geschehen. Wer es schon vorher gewusst hatte, sollte das heute bitte sagen und auch seine Quelle nennen.

Aufgrund dieser Sachlage, die ein schnelles Handeln zur Abwendung der Insolvenz und zur Beschleunigung des Sanierungsprozesses erforderlich macht, habe ich einen Lenkungskreis einberufen. Der Lenkungskreis ist - dies als juristische Klarstellung - kein Gremium nach der Gemeindeordnung und auch keines nach Gesellschaftsrecht. D. h., dieses Gremium kann selber nicht entscheiden. Aber dieses Gremium kann den Oberbürgermeister in der Weise beraten, dass er dann als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung das Weisungsrecht der Gesellschafterin ausübt.

An der Aufgabenverteilung beim Gesellschafter Landeshauptstadt München ändert sich nichts. Die Gesellschafterversammlung ist und bleibt der Stadtrat, und alle Entscheidungen, die stadtratspflichtig sind, bleiben es selbstverständlich. Alle Entscheidungen, die der Oberbürgermeister als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung zu treffen hat - also insbesondere die Geltendmachung von Auskunftsansprüchen, die laufenden Geschäfte und die Vorbereitung von Gesellschafterbeschlüssen - obliegen dem Oberbürgermeister, und er kann dazu einen Lenkungskreis gründen und sich beraten lassen.

In der Tat habe ich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kreises auch zugesagt, dass ich die Empfehlungen des Lenkungskreises in die Tat umsetzen werde. Insofern ist er de facto ein beschließendes Gremium, aber nicht de jure. De jure ist allein der Oberbürgermeister als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung weisungsberechtigt, soweit es in seine Zuständigkeit fällt und nicht in die des Stadtrates.

Ein weiterer Punkt ist zu klären: Wer gehört dem Gremium an? Es ist nicht richtig, dass es nur Vertreter der Politik seien, wie es in einer Zeitung dargestellt wurde. Vielmehr werden wir dort juristisch beraten von einer Anwaltskanzlei, und zwar - wie auch ich erst nachträglich erfahren habe - von der zweitgrößten deutschen Wirtschaftskanzlei in Europa, von einem Unternehmensberater und einem Wirtschaftsprüfer. Die Auswahl erfolgte jeweils durch die Stadtkämmerei.

Ich kann heute sagen, dass ein weiterer Berater, der dem Lenkungskreis angehören wird, schon feststeht. Im Lenkungskreis haben wir einstimmig beschlossen, und heute darf ich es Ihnen mitteilen, dass die betroffene Person auch zur Verfügung steht: Es handelt sich um den langjährigen, aber zum Ende dieses Jahres aus dem aktiven Berufsleben ausscheidenden Vorsitzenden der Stadtparkasse München, Herrn Harald Strötgen. Anlässlich der bevorstehenden Beendigung seiner Berufslaufbahn wurde er in fast allen Münchner Zeitungen als Münchens bester Banker präsentiert, ein Mann mit großer Erfahrung in der Begleitung von Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Diese haben immer die intensivsten Verhandlungen mit den Kreditinstituten. Außerdem kennt er auch die Anforderungen der Kreditwirtschaft, wie ein Unternehmen seine Kreditwürdigkeit wieder erlangen kann.

Ich sage offen, dass Herr Harald Strötgen nicht der Letzte sein wird, der hinzugezogen wird. Auch im Bereich der medizinischen Architektur wird es Beraterpersönlichkeiten geben. Aber ich warte ab, bis die Eier gelegt sind. Vorher wird nicht gegackert. Die bisherigen Gespräche sind jedoch sehr vielversprechend.

Herr Dr. Mattar, soviel zu Ihrer richtigen Feststellung, die ich im TV München gesehen habe, der Oberbürgermeister sei nicht gerade als Krankenhaussanierer bekannt. Das ist vollkommen richtig! Aber der Vorsitz des Gesellschafterkreises obliegt dem Oberbürgermeister. Er ist Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, und nur er kann ein Weisungsrecht geltend machen. Insofern geht Ihre Kritik ins Leere, dass eine andere Persönlichkeit damit beauftragt werden könnte. Diese hätte dann kein Weisungsrecht - weder an die städtischen Referate noch an das Klinikum. Das wäre nur ein weiterer Unternehmensberater.

Ich empfehle Ihnen, mit Chefärzten oder Aufsichtsratsmitgliedern oder Betriebsratsmitgliedern ein Gespräch zu führen, ob ein akuter Mangel an Unternehmensberatern herrscht. Ich glaube, bei Chefärzten, Ärzten und Pflegepersonal besteht der Eindruck, da könnte es vielleicht sogar des Guten zu viel gegeben haben. Einen Mangel an Unternehmensberatern hat jedenfalls noch niemand geltend gemacht.

Zu einem Missverständnis hat die Frage geführt, welchen Umfang die Entscheidungsbefugnis hat, die ich gemeinsam mit dem Lenkungsausschuss geltend mache. Selbstverständlich trifft sie in keiner Weise das laufende Geschäft des Klinikums, die operativen Entscheidungen. Das ist selbstverständlich und ist auch der Geschäftsführung, die Zweifel hatte, wie weit der Eingriff gefasst ist, schriftlich bestätigt worden. Die Tätigkeit der Klinikleitung ist in keiner Weise betroffen, sondern Planungen und Entscheidungen von Sanierungsbeschlüssen. Es kann also nicht munter eine neue Abteilung gegründet werden, weil das die Wirtschaftlichkeit betrifft. Es kann aber auch ohne Rücksprache mit dem Oberbürgermeister keine Abteilung geschlossen werden. Das ist nämlich Teil des Sanierungsprogramms, wenn es denn vorgeschlagen wird. Ich glaube, diese Entscheidung ist klar.

Das nächste und letzte Thema ist durch die Gemeindeordnung völlig klar und eindeutig geregelt. Da hat es auch Missverständnisse gegeben. Die Geschäftsführung ist dem Aufsichtsrat als Organ der Gesellschaft auskunftspflichtig und der Gesellschafterin. Die Gesellschafterin ist aber der Stadtrat, d. h., selbstverständlich ist die Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet, dem Stadtrat Auskünfte zu geben, wenn er es als Gesellschafterin wünscht. Anders verhält es sich beim Frage-recht einzelner Stadträte. Diese müssen eine Anfrage an den Oberbürgermeister richten, wie wir dies seit Jahrzehnten praktizieren, oder sie müssen als Stadtrat die Fragen stellen, was sowohl im Ausschuss für Gesundheit als auch in der Vollversammlung möglich ist. Die Rechte des Stadtrates werden also in keiner Weise beeinträchtigt, aber auch nicht ausgeweitet. Es bleibt bei der Rechts-lage, die sich aus Kommunalrecht und Gesellschaftsrecht ergibt. Damit wollte ich die rechtliche Einführung ergänzen. Alles andere entnehmen Sie bitte der Vorlage.

- (StR Akman: Herr Oberbürgermeister! Wir haben in der nichtöffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses Fragen an die Geschäftsleitung gestellt. Wir haben die Antwort bekommen, dass sie darauf nicht antworten darf. Die Geschäftsleitung hat gesagt, dass sie nicht auf die Fragen des ehrenamtlichen Stadtrats in einer nichtöffentlichen Sitzung antwortet!) - Das war ein Irrtum, wie ich gerade ausgeführt habe. Die Geschäftsführung ist den Organen der Gesellschafterin, nämlich dem Oberbürgermeister, dem Plenum oder der Vollversammlung, vertreten durch den Ausschuss für Gesundheit, auskunftspflichtig. Das war vor der ersten Sitzung des Lenkungskreises, in der die

Fragen rechtlich näher behandelt wurden. Es handelt sich nicht um eine gesellschaftsrechtliche Frage, über die das Klinikum Bescheid wissen muss, sondern es ist eine kommunalrechtliche, die ich aber hiermit eindeutig beantwortet habe.

StR J. Schmid:

Frau Vorsitzende, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich isoliert die Nachricht vor Augen führt, dass der Oberbürgermeister jetzt grundsätzlich gewillt ist, zu handeln und auch den Aufsichtsratsvorsitz übernimmt, könnte man im Interesse unserer Kliniken eigentlich froh sein. Man könnte eigentlich die Hoffnung herausfiltern, dass jetzt all das passiert, was wir die letzten Jahre im Stadtrat angemahnt haben. Jetzt wird endlich gehandelt, und es werden die richtigen Entscheidungen - oder überhaupt Entscheidungen - getroffen. Herr Oberbürgermeister, Sie schreiben in der Beschlussvorlage, dass das alles jetzt erst notwendig geworden ist, weil wir seit Oktober eine vollkommen neue Situation haben. Wenn ich mir das anhöre und lese, kann ich nur feststellen, dass Sie schon wieder nur „halbehrlich“ an die Dinge herangehen. Schon wieder soll etwas verschleiert werden, und mit der Wahrheit wird wieder nicht richtig umgegangen - (Beifall der CSU)

Die Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, da müssen Sie uns recht geben, deswegen ist das jetzt ein peinlicher Moment für Rot-Grün: Es ist wahr, was wir seit Jahren sagen, Herr Kollege Reissl, der Oberbürgermeister ist als Vertreter der Alleingeschäftsführerin weisungsbefugt! Wie oft habe ich mir hier von Ihnen anhören müssen, dass doch eine GmbH gegründet worden sei. Da gebe es doch den Aufsichtsrat, der verantwortlich sei! Es sei nicht Sache der Geschäftsführerin Landeshauptstadt München. Jetzt steht dies schwarz auf weiß in der Beschlussvorlage:

„Die Verantwortung für die Städtische Klinikum München GmbH tragen die Organe der Gesellschaft, also die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Alleingeschäftsführerin, also die Hauptorgane der Landeshauptstadt München, Stadtrat und Oberbürgermeister.“

Dieser Satz zeigt, dass Sie jahrelang schlicht und einfach die Unwahrheit gesagt haben, nur, um nicht unangenehme Entscheidungen treffen zu müssen. Sie haben verschleiert und vertuscht, um nichts zu entscheiden. Jetzt müssen Sie selbst zugeben, dass wir recht hatten. Die Handlungskompetenz und die Handlungsnotwendigkeit bestehen seit Jahren. Meine Damen und Herren, das ist überhaupt keine neue Situation! - (Beifall der CSU)

Sie sagen, es handle sich um eine völlig neue Situation, die Nachricht von der Gefahr der Insolvenz habe uns erst jetzt, im Oktober, ereilt! Im Jahre 2004, also noch vor dem Start der Städtisches Klinikum GmbH, hat die CSU-Stadtratsfraktion gesagt, dass diese Klinikum GmbH unterka-

pitalisiert sei. Man hat die Städtisches Klinikum München GmbH in ein Leben als GmbH geschickt, ohne sie ausreichend auszustatten. Das war schon das erste Anzeichen dafür, dass die Liquidität nicht reichen wird. Herr Oberbürgermeister, 2005, noch im ersten Jahr, haben Sie eine dringliche Anordnung erlassen. Dabei wurde ein zweistelliger Millionenbetrag „nachgeschossen“. Das ist passiert, auch wenn der Kämmerer wortreich nach den Einlassungen des kaufmännischen Geschäftsführers dargelegt hat, dass nichts ausbezahlt worden sei. Meine Damen und Herren, eine dringliche Anordnung des Oberbürgermeisters zeigt, wie die Situation eingeschätzt wurde. Vor zwei Jahren haben wir hier den Beschluss fassen müssen, weitere 200 Mio. € „nachzuschießen“, um die Eigenkapitalbasis zu erhöhen. Meine Damen und Herren, was soll denn an der Situation völlig neu sein, dass die Klinikum GmbH viel zu schlecht mit Finanzmitteln und mit Eigenkapital ausgestattet war? Das ist schon seit Ende 2004 bekannt, das ist überhaupt nicht neu! Also verschleiern Sie nicht schon wieder, sondern sagen Sie einmal die Wahrheit: Sie haben die Situation seit mittlerweile acht Jahren völlig falsch eingeschätzt - (Beifall der CSU)

Wie oft haben wir in den zurückliegenden Jahren gesagt, dass der Sanierungsplan nicht als solcher bezeichnet werden kann? Wie oft haben wir das gesagt? Was habe ich mir für hämische Kommentare eingehandelt, zum Beispiel von der Kollegin Dietrich, die jetzt zu Recht verschämt nach unten blickt. Jetzt sagen Sie es selbst. Die vorgesehenen Entscheidungsverbesserungen des Sanierungsplans konnten nicht einmal zur Hälfte erreicht werden. Jetzt heißt es: „aktualisierter Sanierungsplan“ ... Nein, meine Damen und Herren, der Sanierungsplan konnte nie als solcher bezeichnet werden, weil darin maßgebliche Daten gefehlt haben. Jetzt bekommen wir leider recht. Es freut mich aber nicht, dass wir recht bekommen. Es freut mich überhaupt nicht, weil ein Vorwurf auch jetzt noch bleibt: der Vorwurf, dass Sie all das, was Sie jetzt machen, Herr Oberbürgermeister, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen, einfach viel zu spät erkannt haben. Wir beginnen viel zu spät, Entscheidungen bei den Kliniken voranzubringen, Sie haben jetzt erst, viel zu spät, die Verantwortung übernommen. Ich hoffe nicht, dass es zu spät ist für den Fortbestand der kommunalen Kliniken. Den wollen wir von der CSU ausdrücklich, auch wenn Sie uns immer andere Absichten unterstellt haben. Eigentlich wäre jetzt ein Wort der Entschuldigung angebracht für die persönlichen Angriffe, denen die Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat und wir von der CSU-Fraktion in diesem Haus ausgesetzt waren - (Beifall der CSU)

Alles, was wir gesagt haben, trifft zu. Jetzt frage ich mich auch, was es mit diesem Lenkungskreis auf sich haben soll. Sie haben dargelegt, dass es den Lenkungskreis gibt und Herr Harald Strögen sich einbringen wird bei der Sanierung. Mich würde interessieren, wer denn die juristischen Berater sind. Wer ist diese deutsche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die zweitgrößte in Europa? - (OBM Ude: Anwaltskanzlei!) - Anwaltskanzlei. Legen Sie es bitte noch einmal dar. Ich habe ge-

lesen, dabei gebe es Anwälte und Wirtschaftsprüfer. Mich würde interessieren, ob zum Beispiel dieselben Wirtschaftsprüfer beteiligt sind, die auch den Private-Investor-Test durchgeführt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich stehen uns da noch Herausforderungen ins Haus. Es dürfte uns allen klar sein, welche Rolle das bei der Sanierung spielt. Weiter würde mich interessieren, ob es vielleicht die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist, die die städtischen Kliniken in all den Jahren geprüft hat.

In dem Zusammenhang darf ich gleich auf einen Tagesordnungspunkt in der nichtöffentlichen Sitzung zur Schadensersatzklage gegen die Geschäftsführung hinweisen. In öffentlicher Sitzung halte ich dazu fest, dass unser Antrag 2 vom 02.12.2011 überhaupt nicht behandelt worden ist. Darin haben wir zum Thema Wirtschaftsprüfung bei der Städtisches Klinikum GmbH beantragt, darzustellen, mit welcher Intensität die Zahlen der Städtisches Klinikum München GmbH seit 2005 durch die Wirtschaftsprüfer durchleuchtet wurden. Dieser Antrag ist nicht behandelt worden. Sie hängen den Antrag zwar an die nichtöffentliche Beschlussvorlage und sagen im Antragstenor, dass er erledigt sei. Die Beschlussvorlage geht aber mit keinem Wort auf die Rolle der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein. Überdies haben Sie zwei Jahre gebraucht, um eine Beschlussvorlage vorzubereiten zur Frage, ob man die Geschäftsführer auf Schadensersatz verklagen soll oder nicht. Man braucht also zwei Jahre, um überhaupt zu einer Entscheidung über eine Klage zu kommen. Die Tatsache, dass Sie überhaupt nicht eingehen auf die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zeigt schon wieder, dass die Geschehnisse aus der Vergangenheit überhaupt nicht richtig aufgearbeitet werden. - (Beifall der CSU) - Deshalb interessiert mich, wer die Wirtschaftsprüfung durchführt. Ist es vielleicht sogar noch diese Wirtschaftsprüfungsgesellschaft? Benennen Sie bitte die Mitwirkenden.

Ich stelle mir wirklich die Frage, was dieser Lenkungskreis eigentlich bringen soll. Sie haben es selbst angesprochen: Wir hatten in den zurückliegenden Jahren eine Beratergesellschaft nach der anderen in den städtischen Kliniken. Wir haben alle möglichen Formen von Beratungsgremien gehabt. Nach dem Hygieneskandal gab es irgendwelche Runden beim 3. Bürgermeister, die sich immer irgendwo getroffen haben. Soll das weiterhin die Maßgabe für unser Handeln sein, dass irgendwelche Kreise außerhalb des Stadtrats oder im Büro des Oberbürgermeisters weiter tolle Gespräche führen? Ich stelle mir sogar die Frage: Soll das Ganze nicht einfach doch nur wieder zur Beruhigung für die nächsten Monate beitragen, bis die Kommunalwahl vorbei ist? Diese Frage müssen wir uns stellen! - (Beifall von der rechten Seite des Hauses)

Das geht natürlich nicht. Deshalb sind wir der Auffassung, dass es keinen weiteren Lenkungskreis braucht. Es braucht jetzt vielmehr die mutigen Entscheidungen, die uns im Stadtrat vorgelegt werden müssen, die auch Sie, Herr Oberbürgermeister, als Vertreter der Alleingesellschafterin treffen

müssen. Das ist zukünftig angesagt! Deshalb möchte ich von Ihnen jetzt noch einmal im Detail Folgendes wissen: Wann gedenken Sie zu tun, was jetzt notwendig ist? Wann legen Sie uns eine ausgearbeitete neue medizinische Architektur für die städtischen Häuser, heruntergebrochen auf die einzelnen Kliniken, vor? Wann sagen Sie uns, in welchem Haus wir zukünftig welche Spezialisierung vornehmen, um auf dem wettbewerblich umkämpften Patientenmarkt wieder zu reüssieren, um die Einnahmen wieder zu erhöhen? Wir wissen, das Einnahmeproblem ist maßgeblich. Welche Konzepte sehen Sie vor, damit die Einweiser in München die Patienten wieder verstärkt in die städtischen Kliniken schicken? Wann bekommen wir endlich einen Sanierungsplan, der den Namen verdient, nicht einen aktualisierten? Wann bekommen wir einen Plan, in dem auch alle Veränderungen in der medizinischen Architektur berücksichtigt sind, mit folgenden Zeitangaben: Bis wann wird die jeweilige Maßnahme angegangen? Wann wird sie umgesetzt? Was kostet die Maßnahme? Was kommt dabei heraus an dauerhaften Kosteneinsparungen oder an Erlössteigerungen? Das ist das Handlungsgebot der Zukunft. Dazu braucht man keine Lenkungsreise mehr. - (Heiterkeit des Oberbürgermeisters) - Meine Damen und Herren, man braucht jetzt entsprechende Entscheidungen des Oberbürgermeisters und gerne auch des Stadtrats! - (Beifall der CSU)

So läuft der Plan einer Kliniksanie rung. Wenn wir das alles wissen, brauchen wir dazu auch schleunigst die Entscheidungen darüber, wann wir welches Haus sanieren und wie es weitergeht mit dem Gebäudebestand. Auch diese Entscheidung wurde von Ihnen dauernd verschoben, weil sie möglicherweise unangenehm und nicht besonders wählerwirksam ist. Wir können es uns nicht erlauben, das abermals über den Wahltag hinaus zu verschieben. Dass die Entscheidungsgrundlage noch nicht besteht, glaube ich Ihnen nicht. Wir haben alle Versuche unternommen, die Entscheidungsgrundlage herzustellen. Es gab den ausführlichen Bericht über den Gebäudezustand, es gab einmal den Versuch, ein anderes Grundstück zu finden. Meine Damen und Herren, die Faktenlage ist doch wohl geklärt durch monatelange Beschäftigung mit dem Thema, so lange, bis es dann zum „Nichtbefassungsbeschluss“ kam, zu Ihrem Versuch, das über die Wahl hinaus zu verschieben. Legen Sie uns jetzt dar - ich möchte wissen, wann Sie gedenken, das zu tun -, wie es weitergehen soll und welche Entscheidungen wann in den nächsten Wochen und Monaten zu treffen sind. Das haben wir zu erwarten, und das haben auch die Münchnerinnen und Münchner von Ihnen zu erwarten.

Zu guter Letzt, weil es aktuell in der Zeitung steht: Was gedenken Sie zu tun bei der Frage der Kündigung der Mitarbeiterinnen aus der Frühchenstation? Wir können der Presse entnehmen, dass vor Gericht ein Mediationsverfahren angeregt wurde, an dem Sie als Vertreter der Alleingesellschafterin mitwirken sollen. Ich möchte konkret wissen, was tun Sie bei diesem speziellen

Punkt, bei dem „der Hase im Pfeffer liegt“, um die Situation wieder zu befrieden und damit auch wieder zu einem Imagegewinn der Kliniken beizutragen. Meine Damen und Herren, es ist hoch an der Zeit, dass wir zu Entscheidungen kommen, es darf nicht in irgendwelchen Lenkungsreisen weiterdiskutiert werden. Gerade auch die Alleingesellschafterin Landeshauptstadt München muss jetzt endlich entschlossen handeln. Das erfordert ein entschlossenes Handeln des Oberbürgermeisters. Vielen Dank! - (Beifall der CSU)

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es gleich vorneweg: Wir begrüßen diesen Lenkungskreis schon. Ich mache Ihnen nur den Vorwurf, dass Sie hier viel zu spät persönlich eingreifen. Seit Jahren diskutieren wir darüber im Stadtrat. Sie haben sich auch immer dagegen verwehrt und haben das immer so dargestellt, als sei alles im Lot. Jetzt sehen wir, dass es nicht so ist. Ich sage auch offen: Ich glaube, Sie hätten auch jetzt nicht reagiert, wenn nicht durch die Nachforderungen des kaufmännischen Geschäftsführers das Thema in die Öffentlichkeit gekommen wäre. Jetzt haben Sie sich gezwungen gefühlt, endlich einzugreifen, meiner Meinung nach viel zu spät. Wir hätten bereits wesentlich mehr korrigieren können und wären jetzt besser aufgestellt gewesen, wenn Sie früher eingegriffen hätten. Wir begrüßen es, dass Sie jetzt auch den Gesundheitsausschuss übernehmen. Ich hoffe, Sie sind nicht nur auf dem Papier der Vorsitzende, sondern Sie nehmen auch die Sitzungstermine wahr, sind anwesend und lassen sich nicht vertreten, wie das in anderen Ausschüssen des öfteren der Fall ist. Nehmen Sie diese Lenkungsaufgabe auch wahr.

Wir diskutieren seit Jahren über weitere finanzielle Maßnahmen für die Städtisches Klinikum GmbH. Ich will jetzt gar nicht so weit zurückgehen wie Herr Kollege J. Schmid. Seit der Gründung 2004 ist die Angelegenheit auf die falschen Füße gestellt worden. Sie haben mit Ihrer Stadtratsmehrheit damals Parteibuchbesetzungen durchgeführt - das war zum Scheitern verurteilt. Das haben wir damals schon gesagt und heute bewahrheitet es sich. Wir müssen Millionen über Millionen in die Städtisches Klinikum GmbH geben. Diesen Vorwurf kann man Ihnen leider nicht ersparen und auch nicht der Stadtratsmehrheit, die diese Entscheidungen getroffen hat. Wir sehen heute, was alles gelaufen ist.

Zum Aufsichtsrat: Dort sind nur die drei größeren Fraktionen vertreten, andere waren nicht dabei. Man hört, im Aufsichtsrat wird das eine oder andere bemängelt. Es gab dann aber immer wieder überall Zustimmung von allen Teilnehmern. Ich finde, das ist auch eine gewisse Unehrllichkeit, wenn man sich hier ans Pult stellt und Dinge bemängelt, während man im Aufsichtsrat, wo Korrekturen möglich wären, zustimmt. Das finde ich nicht richtig. Ich hoffe, dass wir ab jetzt im Stadtrat

die entsprechenden Informationen zeitnah bekommen, dass jedes Mal darüber berichtet wird, damit der Stadtrat die Entscheidungen treffen kann. Wir werden dem zustimmen, aber es kommt viel zu spät - diesen Vorwurf kann man Ihnen nicht ersparen.

BMin Strobl:

Bevor ich jetzt den nächsten Redner aufrufe, darf ich noch Schülerinnen und Schüler des Förderzentrums Astrid-Lindgren-Straße auf der Galerie begrüßen. Herzlich willkommen bei uns! - (allgemeiner Beifall)

StR Dr. Mattar:

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren! Als ich diese Vorlage gelesen habe - vor allen Dingen Seite 2 - habe ich herzlichst gelacht. „Wir haben seit Oktober eine neue Situation bei den Kliniken.“ Wirklich eine tolle Erkenntnis! - (Beifall von der rechten Seite des Hauses) - Das ist wirklich überraschend. Wir hatten vor vier Jahren im Hauruckverfahren 127 Mio. € Zuschuss für die Investitionen beschlossen. Dann haben wir Revisionsberichte bekommen, aus denen wir ersehen konnten, wie es in den Kliniken drunter und drüber geht. Nichts funktioniert, keine Bauabteilung, kein Controlling, die Geschäftsführer sind überfordert. Dann haben wir auch noch 200 Mio. € Eigenkapitalerhöhung beschlossen - gegen unsere Stimmen. Wir ahnten schon, dass es nicht dazu führt, dass die Kliniken auf einen vernünftigen Kurs oder auf vernünftige Beine gestellt werden. Die Absicht war, dass man die Kliniken so stärkt, dass sie kapitalmarktfähig werden. Aber die 200 Mio. € waren faktisch nur ein Verlustausgleich, denn diese 200 Mio. € sind weg. Wir haben 2010, 2011, 2012 und nach dem geplanten Ergebnis 2013 über 200 Mio. € Verluste angesammelt. Das heißt, dass wir uns im Grunde wieder in dem gleichen desolaten Zustand befinden wie vor der Kapitalerhöhung. Von daher ist das nur eine Fortsetzung, was jetzt hier aufgeführt wird. Das konnten und ahnten wir schon alle. Wir haben als FDP klar gesagt, wir müssen beim Aufsichtsrat ansetzen. Meine Kritik war und ist auch aktuell, dass es nicht reicht, dass jetzt ein anderer Politiker den Aufsichtsrat führt. Es muss jemand sein, der Sachverstand hat, keine Unternehmensberatung. Unternehmensberatungen haben wir in der Tat in Hülle und Fülle. Zeitweilig hatte alleine der Aufsichtsrat drei gleichzeitig, und auch das Unternehmen hatte mehrere Unternehmensberater. Darum geht es uns nicht. Ich habe auch nichts dagegen, dass es vielleicht noch einen Lenkungskreis gibt, wenn Sie einen handlungsfähigen Aufsichtsrat haben.

Der entscheidende Punkt ist doch der, dass wir eine Geschäftsführung brauchen oder bräuchten, die es auch kann. Wir haben von vornherein ein anderes Modell vorgeschlagen: Wir sollten einen Betreiber finden, mit dem man einen Vertrag schließen kann, in dem man Ziele vorgeben und vereinbaren kann, um wirklich zur Sanierung zu kommen. Denn wir haben letztlich keinen Sanie-

rungsplan und kein Konzept, erst recht kein Baukonzept, sondern wir haben einzelne Sanierungsmaßnahmen. Dass diese nicht erfüllt werden, stand aber schon im August-Bericht. Es war also nicht erst im Oktober bekannt, sondern schon etwas früher. Dabei gibt es auch sehr merkwürdige Maßnahmen. Ich bin kein Krankenhausspezialist, aber wenn man glaubt, durch einen Tag der offenen Tür in einem Klinikum gleich 4 Mio. € Mehreinnahmen zu erzielen, würde ich zunächst mal ein Fragezeichen machen. Wenn das so einfach wäre, machen wir permanent Tage der offenen Tür und können dadurch tolle Einnahmen erzielen. Also, das kann es ja wohl nicht sein! Es gibt kein Sanierungskonzept, es gibt überhaupt kein Konzept. Wenn jetzt gesagt wird, wir machen ein Sanierungsgutachten, das bis Ende Februar vorliegen soll, wird es wahrscheinlich erst nach der Kommunalwahl vorliegen. Das Sanierungsgutachten soll dann Grundlage für ein Sanierungskonzept sein. Das wird dann irgendwann im Mai in den Gesundheitsausschuss gelangen, und wir werden irgendwann im Sommer dann endlich wichtige Beschlüsse fassen können.

Es ist eindeutig so: Sie haben zugeschaut. Man muss natürlich fragen: Warum haben Sie drei Jahre zugeschaut? Vielleicht haben Sie mit Erschrecken das Erstarren der Grünen nach Fukushima gesehen und wollten jetzt der Öffentlichkeit vorführen, dass die Grünen es nicht können. Sie haben einen Aufsichtsrat und einen Betreuungsreferenten von den Grünen. Die sollten zeigen, was sie können. Sie haben jetzt bewiesen, dass sie es überhaupt nicht können. Sie werden nun Stück für Stück abgezogen. Jetzt sind wir kurz vor der Kommunalwahl, jetzt kommt der große Oberbürgermeister, der sagt: Jetzt machen wir alles neu! Allerdings muss er nicht mehr beweisen, dass er es kann, denn dann ist er schon nicht mehr im Amt! Das ist vielleicht eine sehr geschickte Strategie, aber für die Sache nützt es überhaupt nichts. (Beifall von der rechten Seite des Hauses)

Ich halte diesen Lenkungskreis für durchaus wirksam, aber es ist auch eine halbherzige Geschichte. Was machen wir denn? Es ist auch in der Öffentlichkeit so angekommen, dass wir jetzt eine Geschäftsführung haben, die faktisch entmachtet ist. Diese berichtet dem Lenkungskreis. Sie ist so verunsichert, dass sie noch nicht einmal im Gesundheitsausschuss Fragen von Stadträten beantwortet. Das wird jetzt korrigiert, das dürfen sie wieder. Eine Geschäftsführung, die zu sich selbst Vertrauen hat, würde jetzt, in dieser Situation, gehen. Sie würde sich sicherlich nicht so demütigen lassen, wie das jetzt geschieht. Das zeigt, dass sie sich möglicherweise auch nur über die Zeit retten will. Wir sind im Grunde letztlich keinen Schritt weitergekommen. Ich sehe wirklich mit Schrecken, welche Entscheidungen uns in der nächsten Amtsperiode abverlangt werden. Vielen Dank!
- (Beifall von der FDP und der CSU)

StR Akman:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein persönlicher Appell an unseren Oberbürgermeister: Sie sind seit über 20 Jahren Oberbürgermeister dieser Stadt und haben meines Erachtens über alle Fraktionen hinweg in der Regel eine gute Arbeit gemacht. Sie werden diesem Stadtrat ab Mai nicht mehr angehören. Es wäre nicht sehr gut, wenn Sie bei Ihrem Ausscheiden bei den Kliniken einen Trümmerhaufen hinterlassen. Daher wäre es wichtig, dass Sie hier aufräumen - und zwar mit allem, was dazugehört, damit Sie nicht als der Oberbürgermeister in die Geschichte eingehen, der die kommunalen Kliniken gegen die Wand gefahren hat. Diese Rechnung werden Sie persönlich mit Ihrem Platz in der Geschichte zu bezahlen haben. Das wäre der persönliche Appell.

Zum Lenkungskreis: Wir haben dazu in nichtöffentlicher Sitzung im Gesundheitsausschuss nachgefragt und haben auch die eine oder andere Antwort erhalten. Wenn man eine Geschäftsleitung hat, die nichts entscheiden darf, außer Bleistifte und Radiergummis zu kaufen - vielleicht noch Papier -, dann ist sie eigentlich fehl am Platz. Wenn der Lenkungskreis alles entscheiden soll, kann man sie eigentlich nicht mehr brauchen. - (StR Dr. Mattar: Sie ist auch schon nach Hause gegangen.) - Sie sind nicht mehr da, aber sie waren im Gesundheitsausschuss, und es hat uns nicht weitergeholfen. Das Verhältnis des Lenkungskreises zur Geschäftsleitung ist völlig offen. Mir ist nicht klar, was die Geschäftsleitung in Zukunft überhaupt machen darf. Wenn der Lenkungskreis alles übernimmt und sich auch in das operative Geschäft einmischt, brauchen wir meines Erachtens diese Geschäftsleitung in der Form nicht mehr! Ich würde mir das als Geschäftsleiter nicht gefallen lassen. Ich würde meine sieben Sachen packen und sagen: Tschüss, das mache ich nicht!

Herr Oberbürgermeister, es ist gut, dass Sie jetzt das Heft in die Hand nehmen und auch diesen Lenkungskreis einberufen haben. Als wir vor nicht einmal einem Jahr in diesem Haus gesagt haben, dass wir den Laden - den Eigenbetrieb - wieder zurückholen müssen, wurden wir nicht nur belächelt, sondern von der größten Fraktion und ihrem Vorsitzenden, Alexander Reissl, auch des Öfteren belehrt, dass DIE LINKE. keine Ahnung davon habe. Was machen Sie aber jetzt mit dem Lenkungskreis? Es ist eigentlich nichts anderes, als die Geschäfte wieder zurückzuholen in den Stadtrat, richtiger: in irgendeinen Kreis, von dem wir nicht wissen, was er kann oder nicht kann. Herr Oberbürgermeister, ich möchte gar nicht die Mitglieder dieses Lenkungskreises angreifen, aber wenn Sie meinen, man kann tatsächlich mit einem weiteren Kreis diese Kliniken retten, glaube ich, funktioniert das auch nicht. Man muss eingestehen, dass Sie sich in den letzten Jahren bei den vorgelegten Wirtschaftsplänen völlig verschätzt haben und die Kritik der Opposition nicht nur belächelt, sondern nicht ernst genommen haben, wie es Ihre Aufgabe gewesen wäre. Jetzt legen Sie wieder etwas vor, von dem wir nicht wissen, was dabei herauskommen soll.

Auch die aktuellsten Wirtschaftspläne sagen, dass man 2015 eine schwarze Null erreichen wird - da kann man doch nur noch lachen. In nichtöffentlichen Vorlagen muss man lesen, dass 2015 gewissermaßen die Sonne aufgeht über den städtischen Kliniken. Da muss man sich eingestehen, dass hier viel Geld in die Hand genommen werden muss und man auch an die Strukturen herangehen muss. Sie haben den Stadtrat vor noch nicht einmal einem Jahr damit erpresst, schuld zu sein, dass die Kliniken pleitegehen, wenn der Stadtrat die 200 Mio. € nicht gewährt. Das war nichts anderes als ein Erpressungsversuch, damit die Kliniken noch ein bisschen Geld haben, um zu wirtschaften. Wer einigermaßen rechnen kann, kann das relativ zügig hochrechnen: Wenn man pro Jahr knapp 50 Mio. € Miese macht, sind die 200 Mio. € in vier Jahren aufgebraucht, und man kann wieder von vorn anfangen. Denn Sie haben an den wesentlichen Strukturen und an den wesentlichen Bereichen, in denen man kein Geld verdient, nichts geändert. Sie haben sich nur die Schwächsten in der Kette angeschaut, Reinigungsservice und Textilservice. Diese Bereiche haben Sie ausgegliedert, Sie haben sie kaputtgemacht. Es gibt nach wie vor noch viele Probleme - (StR Dr. Roth: Die sind alle bei der Stadt.) - Herr Dr. Roth, nicht alle sind bei der Stadt! Jetzt haben wir sogar die „Ehre“, dass wir unsere Wäsche für die Kliniken aus Dortmund bekommen oder aus Österreich. Soll das die Probleme lösen?

Die wesentlichen Kostenfaktoren, die Personalkosten mit über 70 %, sind im Großen und Ganzen nicht angegangen worden. Natürlich sind das unangenehme Entscheidungen, Bereiche, bei denen man sich nicht unbedingt auf die Schulter klopfen kann, wie bei der Sparkasse oder bei den Stadtwerken. Dort sagt man, das haben wir toll gemacht. Hier geht es darum, Entscheidungen zu treffen. Wenn man ein kommunales Krankenhaus weiterhin behalten will, muss man hier auch an diese Kosten heran. Herr Dr. Bertermann, bitte verstehen Sie mich jetzt nicht so, dass ich etwa die Ärzte kündigen will. An die Kosten der Ärzte haben Sie sich aber bis dato nicht herangewagt.

Wenn in einer Klinik jeder zweite Arzt ein Oberarzt oder ein Chefarzt ist, läuft dort meiner Ansicht nach nicht alles richtig. Da müssen Sie ran! Herr Oberbürgermeister, wenn Sie das heute wieder verschieben und im April vorbringen, jetzt müssen wir die Küche ausgliedern oder die Laborbeschäftigten irgendwo anders „parken“, dann ist das wieder fehl am Platz. Man muss sich an diese Strukturen heranwagen. Heranwagen bedeutet meines Erachtens auch, dass man nicht nur über die Doppelstrukturen nachdenkt, sondern auch nicht die Frage ausschließen darf: Braucht man überhaupt noch diese vier oder fünf Standorte? Ich weiß, dass diese Frage unangenehm ist, und man damit keinen Blumentopf gewinnt. Ich weiß, dass man bei den Beschäftigten und vor allem bei den Betriebsräten dafür nicht immer Befürworter findet. Das ist mir klar, aber die Alternative ist, dass wir das weiterhin verschleppen und spätestens in zwei Jahren tatsächlich entweder veräußern oder sozusagen uns eingestehen müssen, dass wir zum Führen eines Krankenhauses nicht

in der Lage sind. Diese Verantwortungslosigkeit können wir nicht an den Tag legen. Deswegen hoffe ich und möchte Sie auch darum bitten, dass Sie sich in Ihrer Funktion als Leiter dieses Lenkungskreises und als Oberbürgermeister an die Strukturprobleme dieses Klinikums heranwagen. Ich möchte nach wie vor, dass wir kommunale Krankenhäuser haben, aber unter diesen Umständen ist das wohl nicht machbar.

Ich habe noch eine Frage zu der Dienstanweisung: Die Geschäftsleitung hat gesagt, sie habe eine Dienstanweisung erhalten. Ich hätte gerne, soweit das in öffentlicher Sitzung überhaupt möglich ist, dass Sie mir sagen, was diese Dienstanweisung beinhaltet. Mich würde auch interessieren, was die Geschäftsleitung darf und was nicht. Dementsprechend müssten wir auch im Fachausschuss damit verfahren. An SPD und Grüne hätte ich noch die Bitte: Es fehlt nicht nur die Entschuldigung innerhalb des Stadtrates, sondern Sie müssen sich auch bei den Beschäftigten und in der Öffentlichkeit für diese Fehlpolitik entschuldigen. Vor allem bei den Beschäftigten, die im Grunde durch Ihre Fehleinschätzung und Ihre Fehlpolitik über Jahre hinweg in eine unsichere Zukunft geschickt worden sind und heute noch völlig in Ungewissheit darüber sind, was morgen und übermorgen mit ihnen bzw. ihren Arbeitsplätzen passiert, ist eine Entschuldigung angebracht. Das ist meiner Ansicht nach verantwortungslos. Man darf nicht nur auf den Wahltermin im März blicken, sondern muss jetzt schon an das Thema herangehen. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die sogenannten Sanierungskonzepte und Sanierungsvorschläge eigentlich nie getragen haben. Das wurde durch CSU, FDP, DIE LINKE. und andere Kolleginnen und Kollegen immer wieder kritisiert. Sie wollten nicht die Wahrheit hören, sondern Ihnen war es lieber, Geld in die Hand zu nehmen und in eine Grube zu stecken - wohl wissend, dass wir nie wieder einen Cent davon sehen und dieses Geld nicht zur Sanierung der Kliniken, sondern zum Zeitgewinn verwendet wird, um die Kommunalwahlen zu retten. Herr Kollege Reissl, auch diesbezüglich wäre es angebracht, dass Sie sich für Ihre Fehleinschätzungen und vor allem für Ihre Beschimpfungen gegenüber der Opposition entschuldigen. Sie müssen heute erklären, warum Sie nicht nur einmal so falsch gelegen sind. Über Jahre hinweg haben Sie die Opposition belächelt und zum Teil beschimpft. - (Beifall von DIE LINKE.)

StRin Dietrich:

Frau Vorsitzende, Kolleginnen und Kollegen! Herr J. Schmid hat soeben die Handlungsnotwendigkeit angemahnt. Diese besteht seit Jahren, das stimmt. Wir wissen alle, dass die STKM GmbH finanziell ungenügend ausgestattet ist, auch das stimmt. Ich möchte aber die Diskussion oder meinen Beitrag heute auf eine Ebene heben, die bisher auch in diesem Stadtrat völlig ignoriert wird, die aber wesentlich ist: Es gab gerade in den letzten zwei Wochen eine Reihe von Meldungen über die Situation der Kliniken in Deutschland und in Bayern. Wir wissen auch, dass die

Krankenhaus-Gesellschaften Alarm geschlagen haben. In Bayern gibt es 370 Krankenhäuser, davon machen mindestens die Hälfte Verluste, wobei die Defizite sich mindestens im zweistelligen Millionen-Bereich befinden. Was ist der Hintergrund? Was ist die Grundlage für diese Misere? Es sind die Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser. Die letzten Jahre haben wir zwar nicht dazu beigetragen, die StKM GmbH insgesamt besser auszustatten, aber auf Bundesebene hat die schwarz-gelbe Bundesregierung den Krankenhäusern in den letzten Jahren auch große Belastungen auferlegt:

Die Mehrleistungsabschläge und die niedrige Grundlohnrate, die sowieso noch einmal abgesenkt wurde! - (Zwischenrufe von der CSU) - Ich weiß, das wollen Sie nicht hören. Das ist aber wichtig, und jetzt hören Sie doch einmal zu! Sie können auch noch etwas lernen, weil ich glaube, dass Sie das gar nicht wissen! Die Summe der Belastungen belief sich bis zum Jahr 2013 auf 1,5 Mrd. €. Dazu kamen noch Kostendämpfungsgesetz und andere Aspekte. Man muss jedoch fairerweise dazusagen, dass in den Jahren 2012 und 2013 Tarifhilfen gewährt wurden und damit die Belastung um rund 1 Mrd. € kompensiert wurde. Das war eine Hilfe, aber keine Lösung.

Das größte ungelöste Problem ist die unzureichende Bereitstellung von Investitionsmitteln durch die Bundesländer. Die gegenseitige Schuldzuweisung von Bund und Ländern belasten die Krankenhäuser zusätzlich. Das ist ebenfalls nicht lösungsorientiert. Als Grundlage der Finanzierung der Kliniken haben wir ein DRG-Fallpauschalen-System, dem Stärken hinsichtlich der Transparenz nachgesagt werden. Insbesondere die gesetzlichen Vorgaben haben zur Folge, dass eine positive Leistungsentwicklung zu einer Minderung der Krankenhausvergütung führt. Das alles kann nicht im Sinne einer vernünftigen Krankenhausfinanzierung sein. Diese Unzulänglichkeiten werden von allen Seiten, von der Deutschen Krankenhausgesellschaft, von der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und von den Kassen angemahnt, und es wird eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen gefordert. Die Herausforderung für die Kliniken ist zum einen, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit für die Aufrechterhaltung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der flächendeckenden Versorgung zu haben. Darum geht es! Zum anderen sind die Bewältigung des Personal mangels und die Sicherung des ärztlichen, pflegerischen und medizinischen Fachpersonals wesentliche Aspekte.

Es gibt Entwicklungen, die ebenfalls ignoriert werden. Die demografische Entwicklung, der medizinische Fortschritt und die Mobilitätsentwicklung führen zu einer steigenden Leistungsanforderung an die Krankenhäuser, die jedoch in der Finanzierung überhaupt nicht abgedeckt ist. Der geforderten fairen Krankenhausfinanzierung könnten wir uns wahrscheinlich alle anschließen. Wir brauchen gesetzliche Rahmenbedingungen, so dass die Kliniken attraktive Arbeitgeber sein kön-

nen. Das können sie derzeit nicht! Als Beispiele nenne ich nur die Ausbildung der Pflegekräfte und die Refinanzierung der Tarfkosten.

Das sind die Grundvoraussetzungen, die auch für die StKM GmbH gelten. Das muss man zur Kenntnis nehmen, auch wenn Sie das nicht wollen. Diese Situation ist auch die Grundlage für die Probleme der StKM GmbH. Sie sagen, wir haben einen Sanierungsplan, der nicht ausreichend war, um dem Defizit entgegenzuwirken. Das ist sicher richtig, aber warum ist das so? Ein Grund dafür ist, dass dieser Sanierungsplan hauptsächlich auf eine positive Leistungsentwicklung und weniger auf eine Kostenreduzierung gesetzt hat. Diese positive Leistungsentwicklung ist nicht wie erwartet eingetreten. Der Sanierungsplan enthält für die Kostenreduzierung zu wenig Vorschläge, weil diese Entscheidungen letztlich nicht getroffen - auch von Ihnen nicht - bzw. blockiert wurden. Es sind natürlich unbequeme Wahrheiten. Es waren unbequeme Entscheidungen, die Sie nicht treffen wollten.

Ich sage nicht, dass nur die genannten Aspekte die Ursachen sind. Das Thema Image ist jedoch *auch* eine Ursache. Gerade das städtische Klinikum wird vollkommen durch die Öffentlichkeit gezerrt. - (Zwischenruf von StR Dr. Mattar) - Dazu tragen Sie natürlich entscheidend bei, indem Sie das immer wieder forcieren. Die Anträge der CSU zur Kinderklinik in Harlaching haben doch nur den Sinn, diesem Klinikum zu schaden! - (Zwischenrufe aus den Reihen der CSU) - Die Vorwürfe hinsichtlich der Neonatologie in Harlaching, die Sie breit und populistisch dargestellt haben, sind dafür ein sehr gutes Beispiel. Es ist eindeutig, dass an diesen Vorwürfen nichts dran ist. Das wurde sehr genau überprüft. Wozu haben sie aber geführt? Sie haben zu einem massiven Leistungsrückgang in der Neonatologie in Harlaching geführt. Die Neonatologie ist gerade im Leistungssystem mit sehr hohen Case-Mix-Punkten ausgestattet. Das führt natürlich zu einem Defizit in Millionenhöhe.

Sie haben gesagt, es ist spät. Ja, es ist spät, aber es ist nicht zu spät. Deswegen erachte ich die Einrichtung dieses Lenkungskreises als sehr positiv, weil dadurch die Kräfte gebündelt werden können. Ich möchte noch einmal anmahnen und an Sie weitergeben: Es werden auch unbequeme Entscheidungen getroffen werden müssen. Wenn Sie einfordern, dass es einen großen Handlungsbedarf gibt, dann packen Sie sich bitte an der eigenen Nase. Nehmen Sie das ernst und Sie tragen auch die unbequemen Entscheidungen mit! Vielen Dank! - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Reissl:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ausreichende Kapitalisierung dieser Gesellschaft ja oder nein? Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich eigentlich um eine Scheindebatte! Das Problem ist nicht die Höhe der Kapitalisierung, sondern der Kapitalverzehr. Egal, ob man der Gesellschaft am Anfang mehr Kapital gegeben hätte oder ob man es nachschießt, solange kein funktionierendes Sanierungskonzept vorhanden ist, wird das Kapital verzehrt. Kollege Schmid, wenn eine Gesellschaft dauerhaft mehr Aufwand als Ertrag hat, brauche ich eigentlich die Debatte über den Zeitpunkt der Ausstattung mit Eigenkapital nicht zu führen! Das ist eine reine Scheindebatte.

Nun zu der Frage, welche Aufgabe eine Geschäftsführung in einer GmbH hat: Wir waren uns überwiegend einig, eine GmbH zu gründen, weil wir der Meinung waren, dass dies beim Klinikum die richtige Antwort auf die Veränderungen der Krankenhausfinanzierung ist, nämlich die Einführung dieser sogenannten Fallpauschalen. Nun haben wir festgestellt - wir müssen uns allerdings alle miteinander an der Nase fassen -, dass die Minderleistung der alten Geschäftsführung erst nach diesem sogenannten Hygieneskandal in der Zentralsterilisation des Klinikums Bogenhausen aufgedeckt wurde. Bis dahin haben alle geglaubt, dass die Ausführungen der Geschäftsführung in ihren Wirtschaftsplänen und ihren Jahresabschlüssen vom Jahr 2004 bis zu diesem Skandal der Wahrheit entsprochen haben und richtig waren. Wir wissen heute, dass diese nicht korrekt waren. Alle miteinander müssen wir uns diesbezüglich an der Nase fassen. Es kann keiner in diesem Rathaus einen Vorwurf machen. Kolleginnen und Kollegen, trotzdem bleiben die Verantwortung und die Aufgabe einer Geschäftsführung in der GmbH bestehen. Sie wissen, wir haben längere Zeit gebraucht, um diese neue Geschäftsführung zu bestellen. Diese Geschäftsführung hat dem Stadtrat gegenüber im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung immer den Eindruck erweckt, sie arbeite an einem Sanierungskonzept und habe einen Unternehmensplan, der zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis für das Jahr 2015 führen wird.

An dieser Stelle taucht eben doch der 24. Oktober 2013 als entscheidendes Datum in dieser Debatte auf. Als Herr Bergmann in dieser Pressekonferenz uns und der Öffentlichkeit erklärt hat, dass er schon im Jahr 2015 einen zusätzlichen Kapitalbedarf - also einen Zuschuss von der Eigentümerin - braucht, musste doch spätestens jedem klar werden, nicht so sehr die Frage, wie belastbar oder plausibel der Unternehmensplan war, sondern dass die Geschäftsführung ihren eigenen Unternehmens- und Sanierungsplan aufgegeben hat. Das war der entscheidende Widerspruch. Bis dato wurde uns immer gesagt, unser Finanzplan und unsere Wirtschaftspläne sind derart gestaltet, so dass das Jahr 2015 mit der sogenannten schwarzen Null abschließt. Der Widerspruch ergibt sich eben dadurch, dass für dasselbe Jahr, für das uns immer das ausgeglichene Ergebnis versprochen wurde, plötzlich ein zusätzlicher Kapitalbedarf entsteht. Kolleginnen und Kollegen,

das war das entscheidende Datum. Deswegen ist es richtig, und die SPD-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass der Oberbürgermeister den Vorsitz in diesem Aufsichtsrat übernimmt.

Herr Kollege J. Schmid, Sie sind gut im Kritisieren, aber ich habe in all diesen Debatten noch keinen einzigen Vorschlag von Ihnen gehört - (Beifall der SPD) -, was die Sanierung dieses Krankenhauses angeht. Ich gebe zu, auch von der Geschäftsführung sind nicht viele konkret inhaltlich belastbare Vorschläge gekommen. Als es einen gab, der für uns nicht vertretbar war, weil er darauf gebaut hätte, das Personal von Textil- und Reinigungsservice betriebsbedingt zu kündigen, haben Sie uns erklärt, das braucht es überhaupt nicht. Diese Personen kann man ruhig unter unveränderten Bedingungen weiterbeschäftigen. Herr Kollege J. Schmid, das war in den letzten zweieinhalb Jahren Ihr einziger Beitrag zur Sanierung der Klinikum GmbH.

Kolleginnen und Kollegen, wir begrüßen auch den Lenkungskreis. Der Lenkungskreis soll aber nicht dazu führen, dass die Geschäftsführung keine Verantwortung mehr trägt. Diese Verantwortung, die sich aus dem Gesetz ergibt, kann der Lenkungskreis dieser Geschäftsführung ohnehin nicht abnehmen. Das steht vollkommen außer Frage. Dieser Lenkungskreis soll jedoch zeigen, dass die Geschäftsführung, anders als bisher, unmittelbar an die Stadt und an die Verwaltungsspitze angebunden ist. In einer solchen Situation, in der ein Minus beim Jahresabschluss mit einem deutlichen zweistelligen Millionenbetrag zu befürchten ist, ist diese enge Anbindung an die Verwaltungsspitze nicht nur naheliegend, sondern dringend notwendig.

Wir sollten alle miteinander erwarten, dass diese Geschäftsführung auch tatsächlich dieser Verantwortung gerecht wird und einen Sanierungsplan erarbeitet, zu dem wir auch das Vertrauen haben dürfen, dass er plausibel ist und auf mittlere Sicht - von heute auf morgen ist das überhaupt nicht möglich - zum Abbau des permanenten Defizits dieses Krankenhauses führt. Ich will mich und uns mit dem folgenden Nebensatz nicht entlasten, aber wir müssen natürlich auch sehen, dass sich in den letzten zwei bis drei Jahren, unabhängig von den eigenen internen Schwierigkeiten, die Refinanzierungsbedingungen für Krankenhäuser erheblich verschlechtert haben. Wir konnten in den letzten Wochen alle der Presse entnehmen, dass mittlerweile jedes zweite Krankenhaus in Deutschland defizitär betrieben wird. Diesem Problem muss sich die gesamte Gesundheitspolitik stellen - nicht nur die kommunale Gesundheitspolitik in München. Ich wiederhole es noch einmal, damit es mir nicht falsch ausgelegt wird. Ich will damit nicht von den hausgemachten Problemen ablenken, deren Ursachen zum Teil Jahrzehnte zurückliegen. Diese Probleme wurden auch nicht in den letzten zwei bis sechs Jahren verursacht.

Ein Beispiel: Ich bin 1996 in den Stadtrat eingezogen, war von Anfang an Korreferent des Baureferates, und zwei Themen haben mich über ein Jahrzehnt begleitet, nämlich der Neubau in Harlaching und die Sanierung der Bettenhäuser in Schwabing. - (Zwischenruf) - Ich weiß nicht, wer den Stein werfen will, weil Sie auch alle mit dabei waren. Es hat keiner gesagt, das muss jetzt endlich angepackt werden, sondern es ist daran gearbeitet worden, dann ist es wieder in einer Schublade verschwunden, jedenfalls ist es definitiv nicht durchgeführt worden. Ich habe von niemandem - Herrn Akman nehme ich aus, weil er damals noch nicht dabei war -, von keiner politischen Kraft in diesem Haus gehört, da stimmt irgendetwas nicht. Kolleginnen und Kollegen, also entschuldigen Sie sich doch nicht, stellen Sie sich nicht neben die Verantwortung! Es wird Zeit, dass wir nicht ständig irgendwelche Scheindebatten aus der Vergangenheit führen, sondern unsere Zeit wäre eigentlich damit ausgelastet, sich ernsthaft mit der Sanierung dieses Klinikums auseinanderzusetzen. Wir haben einen Wechsel im Aufsichtsrat. Ich werde in dieses Gremium aufgenommen. Ich darf Ihnen versichern, ich habe mich nicht darum gerissen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Oberbürgermeister den Vorsitz in diesem Aufsichtsrat übernehmen wird. Sie sehen, wir machen es zur Chefsache. Herr Schmid, ich frage Sie: Wann macht es die CSU zur Chefsache? - (Beifall der SPD - Zwischenrufe der CSU)

StRin Dr. Olhausen:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün! Ich bitte ernsthaft darum, nicht von der Verantwortung abzulenken. - (StR Reissl: Das macht doch keiner!) - Das, was wir heute vorfinden, ist leider das Ergebnis rot-grüner Politik. - (Zwischenruf aus den Reihen der SPD) - Wir haben es uns anders gewünscht. Ich bin nun seit fünfeinhalb Jahren dabei. Wir haben von Anfang an viele Vorschläge gemacht. Wir müssen schon bei der Wahrheit bleiben. Wir haben alles mitgetragen, was wir mittragen konnten, um dieses Klinikum voranzubringen und einen Fortgang der Sanierung zu schaffen. Nun stellen wir nach fast zwei Jahren Sanierung fest - Herr Oberbürgermeister, übrigens zum zweiten Mal! -, dass eine Insolvenzgefährdung vorliegt, weil die 200 Mio. €, die wir im letzten Jahr ausgegeben haben, letztlich auch zur Abwendung der Insolvenz gedacht waren. Zu dieser Zeit ist man auch schon vor der Situation gestanden, dass das Geld nicht ausreichen wird. Damals hieß es noch: Mit 100 Mio. € kommen wir aus. Anschließend hieß es, 200 Mio. €, dann haben wir auch ein schönes Polster für die Finanzierung. Heute stellen wir fest: Die 200 Mio. € sind auch weg, und bei der schwarzen Null im Jahr 2015 handelt es sich wahrscheinlich um einen Wunschtraum. Ich hoffe, irgendwann wird der Traum real. Es ist eins vor zwölf! Okay, es ist zwanzig vor elf, aber bei den Kliniken steht es eins vor zwölf.

Herr Oberbürgermeister, deswegen ist es sehr erfreulich, dass Sie sich endlich in den letzten fünf Monaten Ihrer Amtszeit auch einmal den Kliniken widmen, weil wir das schon seit vielen Jahren gebraucht hätten und damit auch zur Frage Chefsache: Natürlich macht Josef Schmid die Kliniken im nächsten Jahr zur Chefsache, wenn er Oberbürgermeister ist. - (StR Reissl: Also nie!) - Herr Reissl, ich verstehe, dass Ihnen das schlecht bekommt, aber im nächsten Jahr wird die Situation eine andere sein. Ich hoffe, in diesen fünf Monaten verschlechtert sich die Situation nicht derart, dass wir sehr unangenehme Entscheidungen treffen müssen. Herr Oberbürgermeister, deshalb bitte ich Sie inständig, mit Ihrem Lenkungskreis, was auch immer dieser zu tun hat, diesen „Laden“ nun endlich voranzubringen. Wir haben schon so viel Zeit verloren und haben bis heute keine Vorstellung, was gebaut werden soll. Im nächsten Jahr dauert die Erstellung der Machbarkeitsstudie bereits zweieinhalb Jahre an. Jetzt gibt es einen neuen Sanierungsplan. Nein, es wird erst eine Sanierungsanalyse vorgeschaltet. Herr Oberbürgermeister, Herr Kämmerer, wann kommt diese Analyse? Wann wissen wir, wie nun weiter saniert wird? Was passiert die nächsten Monate überhaupt in dieser GmbH? Sie können eigentlich nicht sanieren, wenn Sie keinen Plan haben. Deswegen die Frage: Warum brauchen wir einen neuen Sanierungsplan? Warum können wir nicht auf das Bestehende aufbauen - wir haben solche umfangreichen Werke von Gutachtern - und analysieren, was schlecht gelaufen ist? Diese Sanierung ist natürlich so nicht mehr haltbar - das wissen wir alle -, aber daraus kann man vielleicht auch neue Ideen entwickeln. Die Geschäftsführung hat einige Vorschläge vorgebracht. Ich kann mir vorstellen, diese hätte noch mehr. Warum brauchen wir eine Neuausschreibung, die wir frühestens im Frühjahr 2014 erhalten? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, im März sind nämlich Kommunalwahlen.

Zum Lenkungskreis würde mich noch interessieren - Herr J. Schmid hat es bereits erwähnt: Wer ist in diesem Lenkungskreis vertreten? Wer kommt eigentlich für die Kosten auf? Übernimmt die das Klinikum oder die Stadt? Hinsichtlich des Lenkungskreises haben Sie natürlich die Befugnisse, aber es stellt sich letztlich auch für die Mitarbeiterschaft die Frage: Wer ist nun eigentlich für das Klinikum zuständig? Muss ich zu Ihnen gehen, wenn ich als Chefarzt eine Frage habe, weil ich eine Entscheidung zu treffen habe, oder darf ich mich noch an die Geschäftsführung wenden? Diesbezüglich gibt es sehr viel Verunsicherung. - (OBM Ude: Quatsch!) - Herr Oberbürgermeister, im Übrigen hatten wir schon einmal einen Lenkungskreis. Das ist alles nichts Neues! Im Jahr 2012 wurde für die Sanierung ein Lenkungskreis eingerichtet, allerdings noch unter dem Vorsitz der Klinikgeschäftsführung. Damals war auch - im Gegensatz zu jetzt, zumindest ist dies mein momentaner Stand - die Mitarbeiterschaft vertreten. Durch wen werden eigentlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihrem Lenkungskreis vertreten? Lässt man diese außen vor? Braucht man die nicht mehr, weil die Mitarbeiter nichts mehr zu sagen haben? Was erzählen Sie eigentlich den Mitarbeitern, wie es mit ihnen nun weitergehen wird?

Ich habe noch eine Frage: Wir stehen vor dieser Situation, weil wir im Oktober 2013 erfahren mussten, dass die 200 Mio. € nicht reichen. Diese 200 Mio. € haben wir, neben vielen weiteren Summen, vollumfänglich mitgetragen, weil wir immer vorgebracht haben, das Eigenkapital ist viel zu wenig. Heute haben wir genau diese Situation vorliegen, dass zu wenig Geld in der Kasse vorhanden ist und die Häuser nicht saniert sind. Jetzt die Frage: Wie geht es weiter? Wir wissen nun, dass mehr Geld benötigt wird. Herr Kämmerer, Herr Oberbürgermeister, von welcher Summe sprechen wir eigentlich? Wie viele Millionen € brauchen die Häuser noch einmal, um hoffentlich überleben zu können, was wir uns alle wünschen? Für die CSU kann ich vorbringen, dass wir alles für das Überleben der Häuser tun werden. Das, was wir tun können, tun wir sowieso. Dass die Opposition auch Kritik üben muss, ist in diesem Fall meiner Ansicht nach leider systemimmanent. Danke! - (Beifall der CSU)

- Sitzungsunterbrechung von 10:43 Uhr bis 13:13 Uhr -

StR J. Schmid:

Frau Kollegin Demirel, ich kann es Ihnen nicht ersparen, vor allem, wenn Dinge gesagt werden, wie sie von Ihnen und Herrn Kollegen Reissl kamen. Scheindebatte der Vergangenheit: Lieber Herr Reissl, zur Vertrauenswürdigkeit im Hinblick auf die Zukunft gehört auch immer, dass man über die Vergangenheit ehrlich spricht. In der heutigen Debatte habe ich die Ehrlichkeit eher bei der SPD als bei den Grünen gesehen. Ehrlichkeit ist die einzige Grundlage für das, was zukünftig geschehen soll. Wenn ich mir den Redebeitrag von Frau Kollegin Dietrich vor Augen führe ... Herr Kollege Liebich, Sie brauchen sie nicht zurechtzuweisen, sie soll vielmehr zuhören. Mir wirft sie auch immer vor, dass ich mich nicht ausreichend konzentriere. Ich habe den Eindruck, dass die Vertreter von Rot-Grün die Debatte der letzten drei Jahre nicht wirklich mitbekommen haben.

Wissen Sie, was mich heute im Vertrauen darauf, dass Sie als Mehrheitsfraktionen den Laden in den Griff kriegen, wieder erschüttert hat? Wie Sie hier agieren! Natürlich kann man auch die allgemeine Situation deutscher Krankenhäuser ansprechen. Aber es bleibt völlig unbestritten, dass die Krise der StKM GmbH schon vom Start weg ausschließlich hausgemacht ist. - (Beifall der CSU) - Liebe Frau Kollegin Dietrich, es ist wirklich peinlich, wenn Sie in Ihrem Redebeitrag zehn Minuten lang die allgemeine Situation bemühen. Das glaubt Ihnen keiner mehr. Das schreibt auch die Presse nicht mehr. Kein Mensch will über die allgemeine Situation von 40/50 % der deutschen

Kliniken schreiben. Von den anderen, die es auch in kommunaler Trägerschaft hinbekommen, reden wir nicht. Diese Situation sei schuld daran, dass es der StKM GmbH so schlecht gehe. Diesen Eindruck haben Sie versucht zu erzeugen, indem Sie im langen ersten Teil Ihres Redebeitrages ausschließlich über die allgemeine Situation gesprochen haben. Sie sollten lieber ehrlich sagen: Ja, es war alles schlecht, wir haben jahrelang Fehler gemacht. Dann kann auch wieder Vertrauen entstehen, dass der Sanierungsprozess gut verläuft. Ich habe mir zig Zitate herausgesucht. Am 26. Juni 2013 haben Sie zu mir gesagt: „Wenn Sie wieder fordern und genau wissen wollen, wann welche Maßnahmen in welchem zeitlichen Rahmen durchgeführt werden, dann haben Sie von diesem Sanierungsprozess keine Ahnung.“ - Das war Ihre Aussage. Wissen Sie, was das belegt? Es belegt allenfalls, dass Sie keine Ahnung haben, wie ein Sanierungsprozess funktioniert. - (Beifall der CSU)

Lieber Herr Kollege Reissl, solange solche Aussagen kommen, brauchen Sie nicht von Scheindebatten in der Vergangenheit zu reden. Man muss klar benennen, was Sache ist und wo die Verantwortlichkeiten liegen. Ich finde es fast schon drollig, dass Sie die CSU ansprechen und in den Raum stellen, die CSU wäre bei allem Schlechten dabei gewesen oder hätte das Gute nicht selber vorgeschlagen. - (OBM Ude: Natürlich!) - Herr Ude! Nicht erst seit 2008 ist es Ihre Politik, klar zu sagen: Wir sind die Regierung, und Ihr seid die Opposition. Das haben Sie mehrfach betont. Wir sind bei keiner Personalentscheidung dabei. Der Haushalt wird nicht mit uns vorab in den geheimen Runden beraten. - (Zurufe von der SPD: Oh! Oh!) - Die Haushaltsdebatten im Plenum sind eine Farce und eigentlich auch eine Zumutung für den Bürger und für den Steuerzahler, weil es Scheindebatten sind. Das weiß jeder in der Opposition. Wenn der Karren aber im Dreck steckt, sagen Sie, die Opposition sei auch mitverantwortlich, sei irgendwie dabei oder hätte keine besseren Vorschläge gemacht. Das ist dreist! - (Beifall der CSU)

Für den Kollegen Reissl sage ich es noch einmal, weil er den Eindruck erweckt, als wäre er drei Jahre hier gesessen und hätte bis zu meinem Redebeitrag von heute überhaupt nicht zugehört, was wir vorschlagen. Wir haben selbstverständlich eine Reihe von Vorschlägen. Frau Kollegin Dietrich sagt, ich hätte keine Ahnung von einem Sanierungsprozess. Vorschlag 1 lautet, ein Sanierungskonzept vorzulegen, in dem die Maßnahmen zeitlich ausgewiesen werden und dargestellt wird, wann welche Maßnahmen umgesetzt werden und wann sie Früchte tragen. Das ist der erste Vorschlag - (StR Reissl: War das ein Vorschlag?) - Natürlich ist das ein Vorschlag. Ich bin gespannt, ob es der Oberbürgermeister in den nächsten Wochen und Monaten schafft, das vorzulegen. Sämtliche Sanierungsprozesse, die ich aus meiner beruflichen Praxis kenne, sehen so aus, dass in einer solchen Krisensituation spätestens in zwei Monaten ein ordentliches Sanierungskonzept steht, das dann auch vorgelegt wird. Andernfalls geben die Banken in der Regel kein Geld

mehr. Schauen wir einmal, wie lange es wieder dauert und ob es vielleicht etwas mit dem Wahltag 16. März 2014 zu tun hat.

Ich habe den Vorschlag gemacht, dass man das medizinische Konzept, die medizinische Architektur, endlich verfeinert, vorlegt und mit einem Zeitplan belegt. Lieber Herr Kollege Reissl, bevor Sie wieder fragen, ob es ein Vorschlag war: Keiner erwartet vom Oberbürgermeister und von Ihnen als Fraktionschef der Mehrheitsfraktionen, auch nicht von den Fraktionschefs der Grünen, dass Sie selbst sagen: Die Onkologie kommt in jenes Krankenhaus und die künstlichen Hüften werden in jenem Krankenhaus eingesetzt. Das verlangt wirklich niemand von Ihnen. Insofern verlange ich auch von Ihnen diesbezüglich keine Vorschläge. Deshalb haben Sie auch von mir diesbezüglich keine Vorschläge zu verlangen. Das müssen wirklich die Fachleute entscheiden.

Aber Sie haben dafür Sorge zu tragen, dass jene Konzepte dem Stadtrat vorgelegt werden, damit er darüber beschließen kann, und zwar gespiegelt an den Marktanalysen, wo es in München welches Krankenhaus gibt. Es gibt rudimentäre Vorstellungen. Deshalb haben wir immer gesagt, dass die medizinische Architektur eine Rumpfachitektur ist, die verfeinert und ausgebaut werden muss. Es muss gespiegelt werden, wo man was machen kann, wo was welche Marktchancen hat und wo wir uns Erlössteigerungen erwarten. Das ist ein Vorschlag, den wir seit drei Jahren gemacht haben, der aber von Ihnen bisher nicht umgesetzt wurde. Das ist die Wahrheit! - (Beifall der CSU)

Es ist das kleine Einmaleins der Betriebswirtschaft: Wenn der kaufmännische Geschäftsführer berichtet, dass wir massive Einbrüche auf der Erlösseite haben und nicht mit dem Markt mitwachsen, brauchen wir natürlich ein Konzept. Das habe ich übrigens heute schon gesagt. Wir brauchen ein Konzept, wie wir die Einweiser, diejenigen, die die Patienten ins Krankenhaus bringen, entsprechend motivieren. Das ist ein weiterer Vorschlag.

Der nächste Vorschlag, den ich eindeutig schon gemacht habe und den wir schon seit Jahren unterbreiten, betrifft die Frage: Wie steht es um die Sanierung des Krankenhauses Schwabing? Wie steht es um die Sanierung des Krankenhauses Bogenhausen? Was ist mit dem Neubau in Harlaching? Selbstverständlich hängt auch von diesen Fragen die Entscheidung der Patientinnen und Patienten ab, ob sie in München in ein städtisches, in ein staatliches oder in ein privates Haus gehen. Auch diesen Vorschlag haben wir heute gemacht. Also befolgen Sie ihn endlich! - (Beifall der CSU)

Lieber Kollege Reissl, in einem gebe ich Ihnen absolut recht: Wenn die Kosten die Leistungen übersteigen oder die Aufwendungen die Erträge, dann ist es richtig, dass eine Debatte um die

Kapitalisierung eine Scheindebatte ist. Aber zu dem Zeitpunkt, als wir die Debatte geführt haben, nämlich im Jahr 2004 vor der Gründung, oder später, als es um die Frage der Eigenkapitalstärkung um 200 Mio. € ging, sind selbst Sie davon ausgegangen, dass die Leistungen die Kosten übersteigen. Es war also alles andere als eine Scheindebatte. Es war die richtige Debatte: Wie stärken wir unsere Kliniken, dass sie im Wettbewerb bestehen können, selbstverständlich unter der Annahme, dass im laufenden Geschäft auch Erträge generiert werden?

Ich war erstaunt über Ihren Anwurf, wir alle haben die Zahlen von der Geschäftsführung bekommen, und wir alle haben sie geglaubt, auch die Vertreter Ihrer Fraktion. Das stimmt. Aber gerade deswegen verstehe ich wirklich nicht, mit welcher Chuzpe Sie im nichtöffentlichen Teil bei dem Punkt „Schadensersatzklage gegen ehemalige Geschäftsführer“ unseren diesbezüglichen Antrag anhängen, ohne mit einem Wort darauf einzugehen und ohne unsere Frage zu beantworten. Stattdessen wird gesagt: Der Antrag ist erledigt, wir sagen nichts mehr dazu. Ich habe es vorhin schon in meinem ersten Redebeitrag moniert: Der Antrag lautet: Dem Stadtrat wird dargestellt, mit welcher Intensität die Zahlen der StKM GmbH seit 2005 von den Wirtschaftsprüfern durchleuchtet wurden. Genau darauf zielt der Antrag ab. Was haben eigentlich die Wirtschaftsprüfer gemacht, wenn wir Zahlen von der Geschäftsführung vorgelegt bekommen haben, die offensichtlich unrichtig waren? Da sind wieder Sie in der Verantwortung. Wir können nichts dafür, weil Sie hier die Regierenden sind. Sie erarbeiten die Vorlage. Sie gehen mit keinem Wort darauf ein, wo die Verantwortung der Wirtschaftsprüfer liegt. Das geht nicht! Wenn wir von der Geschäftsführung getäuscht wurden und die Wirtschaftsprüfer nichts gemerkt haben, möchte ich wissen: Warum und mit welcher Intensität haben sie geprüft? - (Beifall der CSU)

StRin Caim:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Oberbürgermeister, Sie haben eingangs gesagt, Sie hätten niemals etwas gehört. - (OBM Ude: Was?) - Im Oktober sind Sie völlig überrascht worden. - (OBM Ude: Von der Forderung nach frischem Geld sofort!) - Ja. Jetzt frage ich Sie ernsthaft: Welches Konstrukt haben wir bei dieser StKM GmbH? Wir haben drei Geschäftsführer. Jeder ist für sein Ressort verantwortlich. Die Sprecherin ist nur eine Sprecherin, aber keine Vorstandsvorsitzende. Sie sind der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung. Sie mussten daher etwas von dem, was dort vorgeht, wissen. Sie haben Quartalsgespräche geführt. - (OBM Ude: Richtig!) - Sie haben Betreuungsreferate. Ich frage mich: Hat die Geschäftsführung nichts gesagt, oder haben Sie nichts gemacht?

OBM Ude:

Wie war es denn im Aufsichtsrat, in dem Sie Mitglied sind? Sagen Sie doch einmal, wann Sie welche Frage gestellt und welche Antwort Sie bekommen haben?

StRin Caim:

Anfang Oktober habe ich den Antrag gestellt bezüglich des Private Investor Tests und gefragt, ob die vorgelegten Zahlen stimmen und das eingetreten ist, was damals Grundlage war. Es ist nicht eingetreten. Ich frage mich, warum niemand gegengesteuert hat. So zu tun, als ob ein Christkind vom Himmel gefallen wäre, ist nicht in Ordnung. - (Beifall der CSU - OBM Ude: Sie haben es früher gewusst und geheim gehalten?) - Ich habe mir Gedanken gemacht. Ich bin ein Mitglied von sechzehn. Sie wissen, wie die Mehrheiten in diesem Aufsichtsrat sind. - (OBM Ude: Ja, CSU und Arbeitnehmervertretung haben eine stabile Mehrheit! - Heiterkeit - StR J. Schmid: Die Arbeitnehmervertreter sind alle Mitglieder in der CSU? - OBM Ude: Nein, das behaupte ich nicht. Aber der Wortführer schon!) - Herr Oberbürgermeister, wenn eines stimmt, so hat die Kliniklandschaft dominiert - der Oberbürgermeister, Rot-Grün und die Gewerkschaften. Daran kommen wir nicht vorbei. Die CSU hat sich konstruktiv eingebracht. Wir waren es doch, die im Jahr 2004 die Vorschläge gemacht haben. Damals habe ich gesagt, das Medizinkonzept ist der Dreh- und Angelpunkt dieser ganzen Angelegenheit, weil sich am Medizinkonzept der Bedarf an Strukturen, Personal- und Sachkosten sowie an der Finanzierung orientiert.

Herr Oberbürgermeister, Sie wissen, mir sind die Kliniken eine Herzensangelegenheit. Deswegen geht es mir immer ziemlich nahe. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie müssen verantworten, dass Sie in München eine traumatisierte städtische Krankenhausversorgung hinterlassen. Das haben die Patienten und die Mitarbeiter nicht verdient - eine traumatisierte Krankenhausversorgung! - (Beifall der CSU)

StK Dr. Wolowicz:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bemühe mich, möglichst viele Fakten zu bringen. Wenn ich Wertungen vornehme, sage ich Ihnen das vorher. Zunächst zu den Fakten: Geschäftsgeheimnisse in diesem Unternehmen gibt es seit der Pressekonferenz von Herrn Bergmann am 24. Oktober 2013 nicht mehr. Deshalb die Informationen zur Situation des Unternehmens:

1. Unter Status-quo-Bedingungen ist dieses Unternehmen spätestens im Jahr 2015 insolvent. Unter Status-quo-Bedingungen macht dieses Unternehmen jedes Jahr ein Defizit von mindestens 35 Mio. €.
2. Das bisherige Sanierungskonzept, das der Stadtrat Anfang 2012 für gut befunden hat, ist mindestens zur Hälfte gescheitert, weil es fast zur Hälfte darauf beruht, dass die Einnahmen gesteigert werden. Die Annahme war, das Klinikum wächst mit dem Markt. Fakt ist leider, dass der Leistungoutput Ende 2013 - für die Insider unter Ihnen: Fallzahl, Case-Mix-Punkte, Case-Mix-Index - schlechter ist als im Jahr 2011.

Zusammengefasst: Das Unternehmen wächst nicht mit dem Markt, sondern schrumpft derzeit in einem wachsenden Markt. Das ist die schwierige Situation, in der sich dieses Unternehmen befindet. Der Gesellschafter, in seinen Organen ist das der Oberbürgermeister als Vertreter der Landeshauptstadt München in der Gesellschafterversammlung, der Stadtrat insgesamt in seiner Rolle als Gesellschafter, der Aufsichtsrat in seiner Rolle und die Geschäftsführung des Unternehmens haben die Pflicht und Schuldigkeit, gemeinsam alles zu tun, dass dieses Unternehmen als kommunales Unternehmen erhalten bleibt. Darüber ist sich der Stadtrat einig. Ich sage nichts über die Vergangenheit. Darüber könnte ich zwei Stunden reden, aber es bringt nichts. Wir haben die Aufgabe, die Zukunft des Unternehmens zu sichern.

Herr Stadtrat Schmid, ein kurzer Nachtrag, weil Sie gefragt haben, was im Oktober neu war. Neu war, dass die Geschäftsführung gesagt hat: Das Sanierungskonzept ist gescheitert. In den Aufsichtsratssitzungen im Juli und September dieses Jahres war die Geschäftsführung der Überzeugung, dass das derzeitige Sanierungskonzept greift. Auf den Hinweis von mir und von anderen in der Aufsichtsratssitzung im Juli, dass wir einen Plan B brauchen, weil Plan A nicht greift, war die lapidare Auskunft der gesamten Geschäftsführung: Wir brauchen beim Sanierungskonzept keinen Plan B, weil Plan A greift. Neu war tatsächlich die Äußerung von Herrn Bergmann in seiner Pressekonzferenz, dass das bisherige Sanierungskonzept gescheitert ist.

Nun zu der Frage nach der Funktion des Lenkungskreises. Der Oberbürgermeister hat hierzu schon das Wesentliche gesagt. Ich ergänze es durch einige weitere Ausführungen, weil dazu noch Fragen gestellt wurden: Dieser Lenkungskreis ist ein reines Beratungsgremium. Es berät den Oberbürgermeister in seiner Rolle als Vertreter der Landeshauptstadt München in der Gesellschafterversammlung der StKM GmbH. In diesem Lenkungskreis ist das gesamte interne und externe Know-how versammelt. Es ist das Know-how der Geschäftsführung plus das Know-how de-

ren Berater, der beiden Betreuungsreferate und ihrer Berater, und es ist in Zukunft mit Herrn Strötgen noch ein Externer dabei.

Nun zur Rolle und Funktion der beratenden Unternehmen: Als Sie der Stadtkämmerei Personal und Sachmittel zur Verfügung gestellt haben für die neue Aufgabe der Kämmerei, sich als zweites Betreuungsreferat um die StKM GmbH zu kümmern, hat die Stadtkämmerei zwei Unternehmen beauftragt, der Stadtkämmerei bei dieser schwierigen Aufgabe zu helfen. Es ist erstens die Kanzlei Noerr mit einem ausgezeichneten Know-how in allen rechtlichen Fragen. Das ist bei einer derart großen Kanzlei der große Vorteil. Die Kanzlei ist sehr gut und sehr teuer. Aber angesichts dessen, vor welcher Situation wir jetzt stehen, die ich Ihnen dargestellt habe, bleibt nichts anderes übrig, als sich das bestmögliche Know-how an Land zu ziehen.

In Absprache mit dem RGU hat die Stadtkämmerei ein Unternehmen mit dem etwas seltsamen Namen 4C Group AG verpflichtet. Es ist ein mittelständisches Unternehmen in München. Das ist ein großer Vorteil. Es berät Unternehmen und verfügt speziell im Klinikbereich über nachweisbar große Erfahrungen. Die dortigen Mitarbeiter arbeiten auch sehr schnell und konzentriert. Das sind derzeit die zwei beratenden Unternehmen für die Stadtkämmerei und für das Referat für Gesundheit und Umwelt.

In diesen Lenkungskreis hat die Geschäftsführung ihren Berater mitgebracht. Dieses Recht sei ihr unbenommen. Der Berater der Geschäftsführung ist das Unternehmen Rödl & Partner, Wirtschaftsprüfer plus Rechtsanwaltskanzlei. Dieses Unternehmen hat den letzten Private Investor Test vom Januar 2012 gemacht und auch eine Fortschreibung - ich glaube im Juli oder August 2012 - vorgenommen.

Ich sage Ihnen ganz klar und bin mir mit dem Oberbürgermeister völlig einig: Bei weiteren Schritten werden - soweit vergaberechtlich zulässig - keine Unternehmen beauftragt, die bisher bereits in Geschäftsbeziehungen zur StKM GmbH standen. Egal, wie exzellent sie sind, sie sind natürlich befangen, weil sie teilweise in den letzten Jahren die alte und die neue Geschäftsführung unterstützt haben. Ich glaube, wir sind uns infolgedessen einig, dass es gut ist, bei den weiteren Schritten Sachverstand heranzuziehen durch Unternehmen, die nicht dadurch befangen sind, dass sie in der Vergangenheit für die StKM GmbH gearbeitet haben.

Bei der ersten Sitzung des Lenkungskreises hat man sich darauf verständigt, dass der nächste Schritt ein Sanierungsgutachten sein wird. Ein derartiges Sanierungsgutachten gab es bisher nicht. Es ist ein Sanierungsgutachten nach dem Standard IDW S6. Es gibt ein Institut der deutschen

Wirtschaftsprüfer. Der Standard IDW S6 ist der Standard, der für Sanierungskonzepte verwendet wird. Das ist kein Geheimnis. Sie können im Internet nachlesen, welche Schritte erledigt werden müssen. Es ist eine umfassende Analyse der Situation des Unternehmens, der Ursachen der Situation, eine Marktanalyse, eine Prognose, wie sich der in ganz Deutschland umkämpfte Markt speziell in München im Krankenhausbereich weiterentwickeln wird. Am Ende dieses Gutachtens, das ein externes Unternehmen nach einem Vergabeverfahren erstellen wird, steht dann ein Maßnahmenkatalog.

Weder vom Oberbürgermeister noch von mir ist es vorgegeben worden, sondern die Experten können Ihnen bestätigen: Ein seriöses Sanierungsgutachten nach diesem Standard bei einem Unternehmen in einer derart schwierigen Lage kann man nicht in zwei oder drei Wochen aus dem Ärmel schütteln. Ich gehe davon aus, dass die Vergabe noch vor Weihnachten erfolgen wird und dass dann das Sanierungsgutachten im Laufe des Februars 2014 fertig wird. Je nachdem, wie intensiv wir agieren müssen und wie konkret die Vorschläge sein werden, kann es bis Mitte oder Ende Februar 2014 dauern, bis das Sanierungsgutachten fertig ist. Das Sanierungsgutachten wird von der Geschäftsführung des Unternehmens vergeben, allerdings nur nach vorheriger Zustimmung durch den Gesellschafter. Es ist klar, dass der Gesellschafter diesen schwierigen Prozess, wie ein hoffentlich valides Sanierungskonzept entwickelt werden kann, in Person des Oberbürgermeisters und des Vertreters in der Gesellschafterversammlung dieses Unternehmens steuert. Aber das wird zusammen mit der Geschäftsführung gemacht, weil sie letztendlich den Auftrag erteilt und das Sanierungsgutachten abnehmen muss.

Im Anschluss müssen sich der Gesellschafter und die Organe des Gesellschafters sowie die Organe des Unternehmens und die Geschäftsführung des Unternehmens gemeinsam den Kopf zerbrechen, wie ein Sanierungsumsetzungskonzept aussieht, das kontrollierbar ist in Form von Einzelmaßnahmen an bestimmten Standorten. Nur dann ist es kontrollierbar. Das war ein Manko des ersten Sanierungskonzeptes aus dem Jahr 2012. Es war durch den Aufsichtsrat überhaupt nicht kontrollierbar. Im Jahr 2013 ist es kontrollierbar. Wir bekommen Quartalsberichte, in denen Einzelmaßnahmen an einzelnen Standorten stehen. Leider greift das bisherige Sanierungskonzept in diesem Jahr weniger als zur Hälfte.

Wenn wir dieses Unternehmen retten wollen, und das wollen wir alle, müssen wir alle im Hinterkopf haben: Es wird nicht gehen, ohne dass zusätzliches Kapital in das Unternehmen fließt. Aber wir haben das Europäische Beihilferecht. D. h., erst wenn es ein von den zuständigen Organen entschiedenes Umsetzungskonzept gibt, kann man den nächsten Private Investor Test machen. Der jetzige Private Investor Test mit Stand 2012 trägt nicht mehr. Er ist leider in den wesentlichen

Jahren 2012 und 2013 durch die Realität teilweise widerlegt worden. Man braucht also einen neuen validen Private Investor Test. Dieser ist die Voraussetzung, dass zusätzliche finanzielle Mittel in das Unternehmen fließen. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Das Unternehmen kann kein Fass ohne Boden sein, in das der Steuerzahler viele Hundert Millionen Euro gießt, sondern wir brauchen ein Geschäftskonzept für dieses Unternehmen, das mittelfristig tatsächlich zu einer finanziellen Tragfähigkeit führt. Natürlich kann man die Rahmenbedingungen, unter denen unsere Kliniken arbeiten müssen, kritisieren. Das tue ich auch. Es nützt aber leider nichts. Wir müssen mit diesen Rahmenbedingungen leben. Diese sehen vor, dass das Unternehmen im operativen Betrieb zu hundert Prozent durch die Krankenkassen refinanziert wird. Das ist die rechtliche Grundlage, und das müssen wir erreichen. Das haben wir seit Gründung des Unternehmens im Jahr 2005 nie erreicht. Wir hatten jedes Jahr Verluste in unterschiedlicher Höhe.

Es wird ein schwieriger Prozess, weil das bisherige Geschäftsmodell nicht trägt und nicht zur finanziellen Tragfähigkeit führt. Wir brauchen ein neues Geschäftsmodell. Dieses muss darauf beruhen, welche Leistungen die Landeshauptstadt als ein Krankenhausträger an welchen Standorten in welcher Qualität, Quantität und mit welcher Wirtschaftlichkeit in Zukunft anbieten will. Das ist die Gretchenfrage. Die Beantwortung wird schwierig werden. Dazu brauchen wir externen Sachverstand. Wir alle sind keine exzellenten Experten im Bereich der Kliniken. Wir brauchen möglichst guten, qualifizierten Sachverstand.

Entscheiden werden es aber nicht die Experten. Das ist auch klar. Stadtrat Schmid hat von mutigen Entscheidungen gesprochen, wobei er völlig recht hat. Es werden mutige Entscheidungen vom Stadtrat gefordert werden. Das Ganze muss aber gut und seriös vorbereitet werden. Ich sage es noch einmal, und auch der Oberbürgermeister hat es bereits gesagt: An externen Gutachtern hat es seit Gründung der GmbH im Jahr 2005 nicht gemangelt. Das ist nicht das Problem oder das Thema, sondern es gab immer unter der alten und derzeit auch unter der neuen Geschäftsführung Umsetzungsprobleme. Das ist der spannende Punkt. Wir sollten gemeinsam größten Wert darauf legen, dass es ein valides Geschäftsmodell ist, ein Modell bei der Umsetzung des Sanierungskonzeptes, das monatlich von der Geschäftsführung und vom Gesellschafter kontrolliert werden kann, um dann hoffentlich einmal die Erfahrung zu machen, dass ein Sanierungskonzept greift.

Das Thema bauliche Infrastruktur setzt natürlich voraus, dass man ein finanziell tragfähiges Geschäftsmodell hat. Das unterstellt wiederum, dass ich mir den Kopf zerbrechen muss, welche medizinischen Leistungen in welchen Fachabteilungen an welchen Standorten in welcher Quantität, Qualität und hoffentlich auch mit Wirtschaftlichkeit man mittel- und langfristig als kommunaler Krankenhausträger anbieten will. Erst wenn man das weiß, kann man sich über die erforderliche

bauliche Infrastruktur im Detail den Kopf zerbrechen. Erst einmal braucht man aber ein Geschäftsmodell, das hoffentlich zu einem wirtschaftlichen Unternehmen führt. Dann gilt es zu überlegen, welche bauliche Infrastruktur benötigt wird, wie man sie mit welchen Maßnahmen modernisieren muss, ob eventuell Ergänzungs- oder Neubauten nötig werden. Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes ist es zwingend notwendig, sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Aber die erste Hausaufgabe ist zunächst einmal, ein finanziell tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln.

Damit werden wir mit Sicherheit alle in den nächsten Monaten intensiv beschäftigt sein. Ich hoffe, dass wir dann gemeinsam zu einer tragfähigen Lösung kommen. Dann ist die Arbeit aber nicht beendet. Papier ist geduldig. Ich kann sehr schöne Sanierungsumsetzungskonzepte mit vielen Einzelmaßnahmen schreiben. Es ist dann in erster Linie operatives Geschäft der Geschäftsführung, wie dieses Sanierungskonzept mit den Einzelmaßnahmen umgesetzt wird. Der Gesellschafter muss es dann kontrollieren. Aber so weit sind wir noch nicht. Die nächsten Monate werden so laufen, wie ich es versucht habe, Ihnen zu skizzieren. Ich appelliere an Sie alle im Interesse der Gesundheitsversorgung in dieser Stadt, im Interesse der Beschäftigten in diesem kommunalen Unternehmen, konstruktiv und aktiv mitzuwirken. Mir ist klar, bezüglich der Vergangenheit gibt es politisch unterschiedliche Einschätzungen. Man kann darüber auch unterschiedliche Einschätzungen haben. Aber jetzt geht es um die Zukunft des Unternehmens. Dabei geht es um alles. Ich bitte Sie, daran konstruktiv mitzuwirken.

Vielen Dank. - (Beifall)

OBM Ude:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe noch einmal auf die Frage ein, was am 24. Oktober 2013 Neues geschehen ist und zu einer neuen Situationsbeurteilung zwingt.

Erstens: Man kann im Protokoll vom 23. Oktober nachlesen, wie ich die Situation in den Kliniken beurteilt habe. Das war witzigerweise einen Tag vor dieser Pressekonferenz. Ich habe damals darauf hingewiesen, dass 40 % der öffentlichen Häuser defizitär arbeiten, dass es ein bundesweites Phänomen ist, aber keine Ausrede oder Rechtfertigung für die Münchner Defizite sein kann. Bei den defizitären Häusern handelt es sich nämlich meistens um kleine und deshalb unwirtschaftliche Krankenhäuser, was für uns gerade nicht gilt. Ich habe gesagt, bei uns hängt es mit einer Kostenstruktur zusammen, die alle Einnahmen so weit übersteigt, dass ein Defizit zu beklagen ist.

Bei der Analyse, was am 23. Oktober bekannt war, sind wir uns also einig. Wir haben festgestellt, die Defizite sind nicht hinnehmbar und nicht entschuldbar groß. Aber keiner hat bis zum 23. Okto-

ber jemals davon geredet, dass die Gesellschaft von der Gesellschafterin frisches Geld brauche, um eine drohende Insolvenz abzuwenden. Das ist bis zu diesem Tag von niemandem gesagt worden, weder im Aufsichtsrat, noch in einer Stadtratssitzung. Die Protokolle liegen mir alle vor. Vielmehr gingen wir davon aus, dass der Wirtschaftsplan 2013 wohl nicht erreicht wird, das ist richtig. Aber von der Notwendigkeit, frisches Geld zur Abwehr der Insolvenz aufzubringen, hat kein Mensch bei der Quartalsbesprechung oder im Aufsichtsrat oder sonst wo gesprochen.

Nachdem sich Herr Bergmann inzwischen bei mir für dieses Vorgehen am 24. Oktober entschuldigt hat, als Erstes die Öffentlichkeit mit Mitteilungen zu alarmieren, die die Gesellschafterin selber noch gar nicht kannte, will ich das Thema nicht mehr vertiefen. Welches Organ hier mit der Unterrichtung der Gesellschafterin in Verzug war, ist wohl unbestreitbar.

Zweite Feststellung: Es gibt überhaupt keinen Zweifel, was uns im Klinikum droht. Auch das habe ich schon in der Haushaltsrede gesagt, wo mir die Dramatik und Aktualität noch gar nicht bekannt war. Ich habe gesagt, dass schmerzhaft Eingriffe erforderlich sein werden - schon bei der Lagebeurteilung am 23. Oktober und natürlich erst recht einen Tag später, als von drohender Insolvenz die Rede war. „Schmerzhaft Einschnitte“ heißt: Es wird nicht bei der Bettenzahl bleiben, es wird nicht bei der Zahl der Fachabteilungen bleiben, und es werden nicht alle vier Standorte in dieser Größe erhalten bleiben. Dass es auch in Zukunft in einer Millionenstadt an allen vier Orten eine Portalklinik geben wird, eine Notaufnahme und bewährte medizinische Abteilungen, steht fest, aber eine Umfangsgarantie habe ich nirgendwo abgegeben.

D. h., die Dramatik ist bekannt, sie ist auch eingeräumt und benannt worden. Es kann überhaupt keine Rede davon sein, dass dies nach dem Sommer, als sich das Verfehlen der Wirtschaftsplanziele 2013 abgezeichnet hat, noch irgendjemand schöngeredet, verharmlost oder gar bestritten hätte.

Dritter Punkt: Ich glaube, dass hier beide Fraktionsvorsitzende recht haben. Die CSU hat bei Gründung der Gesellschaft eine Unterkapitalisierung beklagt und eine bessere Kapitalausstattung gewünscht. - (StR Podiuk: Und beantragt!) - Das ist richtig. Nur hat der Kollege Reissl eben auch recht, wenn er sagt, eine bessere Kapitalausstattung hätte bei Gründung der Gesellschaft dort das Gefühl eher bestärkt als sensibilisiert, man könne aus dem Vollen schöpfen. - (StR J. Schmid: Das ist ein Problem der Parteibuchgeschäftsführung!) - Es hätte nur den Zeitpunkt hinausgezögert, und es wäre erst nach Verbrauch der Kapitalaufstockung die identische Situation wie jetzt aufgetreten. Wie der Kollege Reissl richtig gesagt hat, ist der laufende Kapitalverzehr das Problem und nicht

der Anfangsbetrag des Kapitals. Wenn man den Gebäudesanierungsbedarf in die Kalkulation mit einrechnet, war er aber sicher zu gering.

Wenn Sie jetzt den Vorwurf der Parteibuchwirtschaft bringen, dann sagen Sie bitte dazu: Die großartige Kampfansage der CSU gegen Parteibuchwirtschaft bestand darin, dass Sie Ihr Fraktionsmitglied, Frau Caim, in die Geschäftsführung wählen wollten. - (StRin Caim: Ist das lächerlich!) - Nein, das ist Ihr Beitrag gewesen, d. h., mit einem CSU-Parteibuch wird jeder geadelt als ... - (StR J. Schmid: Wir wollen ... in der Geschäftsführung haben!) - Ist Frau Caim eine Professorin oder was? - (StR J. Schmid: Lenken Sie doch nicht ab, Sie wissen doch genau, dass wir neben Frau Caim ...) - Ich rede jetzt erst einmal von Frau Caim, weil Sie einfach ... - (Zwischenruf von StR J. Schmid) - Herr Kollege J. Schmid, ich habe das Wort, und ich sage gerade, Ihr Kampf gegen Parteibuchwirtschaft gipfelte darin, dass Sie ein Fraktionsmitglied in die Geschäftsführung wählen wollten. Das halte ich für legitim bei Nachweis der entsprechenden Qualifikation, aber es als Kampf gegen Parteibuchwirtschaft zu zelebrieren, wenn man ein eigenes Fraktionsmitglied in die Geschäftsführung hieven will, ist nicht unbedingt agitationsgeeignet, wenn ich das einmal deutlich sagen darf. - (Beifall der linken Seite des Hauses)

Beim nächsten Thema habe ich Ihnen damals ohne Erfolg recht gegeben und tue es nach wie vor. Eine medizinische Kompetenz in der Geschäftsführung wäre für mich wünschenswert gewesen. Das versteht sich von selbst, genauso wie man sich keine Wohnungsbaugesellschaft ohne Architekten oder Bautechniker in der Geschäftsführung vorstellen kann. - (Zwischenruf) - Das war nicht mehrheitsfähig, das gibt es tatsächlich. - (Zwischenruf von StR J. Schmid) - Dieses ist richtig, aber seien wir doch ehrlich: Ich habe doch mit der Besetzung der Geschäftsführung - von der ersten Gründungsgeschäftsführung abgesehen - überhaupt nichts zu tun. Das macht allein der Aufsichtsrat, und wir haben ... - (Zwischenruf von StR J. Schmid) - Jetzt unterbrechen Sie mich doch nicht pausenlos! Es zeigt, wie Ihr Nachbar so gerne sagt, eine erhöhte Nervosität. - (Heiterkeit) - Sagen Sie es doch einfach dem Nachbarn am Tisch! Das dauernde Unterbrechen ist Zeichen von großer Unsicherheit und Nervosität. Jetzt hören Sie sich einmal ein paar zusammenhängende Sätze ohne Unterbrechung an!

Wir haben einen Professor, den ich auch für hoch qualifiziert halte, aber auf die Vorschläge zur Überarbeitung und Straffung der medizinischen Architektur warte ich immer noch. - (Zwischenruf: So ist es! Genau so ist es!) - Um es klar und deutlich zu sagen: Es gibt kein Quartalsgespräch, bei dem ich nicht die Vorschläge anmahne, die für die Gründung der einheitlichen GmbH ursächlich waren. Da gebe ich Ihrer Kritik vollkommen recht. Die GmbH-Gründung - eine GmbH und nicht etwa viereinhalb - wurde von uns damit begründet, dass nur ein einheitliches Unternehmen sach-

gerecht darüber entscheiden kann, wie die medizinischen Schwerpunkte gesetzt und wo medizinische Einsparungen vorgenommen werden. Deswegen will ich auch unbedingt einen einheitlichen Unternehmensbetriebsrat.

Das hat die Gründungsgeschäftsführung trotz Mahnung in jedem Quartal nie angepackt und die neue Geschäftsführung auch nur in allerersten Ansätzen. - (Zwischenruf: Minimal!) - Minimal! Das ist mehr eine örtliche Zusammenlegung gewesen, keine Einsparung einer Fachabteilung. Da stimme ich Ihnen zu.

Allerdings kann ich gelegentlich auch einmal veröffentlichen, wer alles in Briefen an mich Sturm gelaufen ist gegen diese erste Änderung der medizinischen Landschaft. Sie werden erstaunt sein, wie viele Briefköpfe von Parteifreunden und hohen Würdenträgern der CSU darunter zu finden sind, und das nehme ich denen nicht einmal übel.

Ich gebe zu: Auch ich habe Briefe geschrieben, man möge die Klinik in der Maistraße mit ihrer wunderbaren Tradition unbedingt erhalten. Als Unbeteiligter schreibt man nämlich wahnsinnig leicht einen Brief, dass nicht eingespart werden darf, während man als Krankenhausträger die Pflicht hat, die Insolvenz abzuwenden. Das sind - gebe ich zu - unterschiedliche Betrachtungsweisen. Deswegen tue ich mich mit der Klinik in der Maistraße leichter als mit den städtischen Kliniken, wo aber Einsparungen vorgenommen werden müssen.

Im Übrigen gilt: Sie waren vielleicht mit Tagen oder Wochen Verzögerung genauso unterrichtet wie ich über die wirtschaftliche Situation, die die dringliche Anordnung erfordert hat und zu einem späteren Zeitpunkt die 200-Mio.-€-Spritze. In voller Kenntnis dieser wirtschaftlichen Situation gab es keinen Antrag, keine Initiative, nicht einmal ein Pressegespräch, was die CSU vorzunehmen gedenkt. Sie haben völlig recht, dass niemals die Mehrheit es auf die Opposition abwälzen kann. Allerdings müssen Sie sich schon fragen: Haben wir jemals konkret gesagt, was man besser machen sollte? Einen solchen Vorschlag gibt es bis zum heutigen Tag nicht. - (Beifall der linken Seite des Hauses)

Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, dies ist Aufgabe der Geschäftsführung, die teures Geld für Unternehmensberater ausgibt und gutes Geld verdient, weil sie die Kompetenz hat. Aber dann gilt es für alle 81 Mitglieder dieser Gesellschafterrunde und nicht ausschließlich für eine Person, die Sie aus naheliegenden Gründen zur Zeit abschießen wollen. Nein: Wenn es eine Gesellschafteraufgabe ist, obliegt sie allen. Ich sage, der Gesellschafter ist nicht zur Erstellung von Sanierungskonzepten verpflichtet, weil es dafür die Geschäftsführung oder den Sanierungsgutachter

gibt. Aber Sie können nicht sagen, hier sind 30 Unschuldige, aber einer ist schuldig, der hätte das Unternehmen mit Sanierungsideen frühzeitig auf den richtigen Weg bringen müssen.

Die Kenntnis unterscheidet sich allenfalls um Tage oder Wochen. Sie haben die Kenntnis gehabt und bis heute keinen Vorschlag eingebracht. Das ist kein Abwälzen von Verantwortung, denn Sie haben völlig recht. Wie soll eine Fraktion sagen: Was machen wir in der Neurochirurgie, und braucht es ein Herzzentrum? Das gilt für alle Mitglieder dieser Gesellschafterversammlung und nicht für eine parteipolitische Auswahl. - (Beifall der linken Seite des Hauses)

Vierte Bemerkung - nicht zur Ablenkung, sondern zur Vertiefung des Verständnisses: Am selben Kalendertag, an dem eine Münchner Zeitung gepriesen hat, dass bei den Universitätskliniken schon alles in trockenen Tüchern ist, war in einer anderen etwas gründlicheren Zeitung zu lesen, dass das Klinikum Großhadern eine Machbarkeitsstudie hat zum Thema Abriss und Neubau oder Ergänzungsbau auf dem Parkplatz.

Wie lautet der Zeitplan unter der Leitung des Münchner CSU-Vorsitzenden Dr. Ludwig Spaenle? Obwohl man die Machbarkeitsstudie schon hat, lautet der Zeitplan: Das diskutieren wir zwischen drei Ministerien, und zwar akkurat bis zum Sommer. - (StR Dr. Mattar: Da brennt die Bude nicht!) - Die brennt nicht vergleichbar, aber hier werden monatlich Millionen Euro investiert, und man muss damit rechnen, dass es im Sommer heißt: abreißen.

Ich habe großes Verständnis dafür, dass das eine fatal schwierige Entscheidung ist. Ich wehre mich nur dagegen, dass man beim Münchner CSU-Vorsitzenden sagt, er braucht akkurat bis zum Sommer 2014, wenn die Kommunalwahl vorbei ist, ehe die bittere Pille eines Abrisses oder die Zumutung eines Nachbarbaues herauskommt. Dabei hat er schon die Machbarkeitsstudie für Abriss oder Ergänzungsbau. Wir haben noch nicht einmal das Grundstück!

Entweder ist es richtig, derartig grundlegende Fragen gründlich prüfen zu lassen - dann aber bitte immer! Oder es ist Zeitschinden, um den Wahltermin zu umgehen - dann aber bitte auch immer! Man kann nicht sagen, für eine durch Gutachten bereits geklärte Frage ist die Entscheidung ein Dreivierteljahr diskussionsbedürftig, aber bei Themen wie Zukunft der Krankenhäuser Schwabing und Harlaching, Denkmalschutz und Unwirtschaftlichkeit muss die Entscheidung „hoppla-hopp“ fallen. Also bitte, seien Sie bei Zeitplänen etwas fairer und sachlicher!

Fünftens: Im Übrigen stehen beim Klinikum Großhadern schon in der ersten Kostenschätzung 500 Mio. € zur Debatte. Aus der halben Milliarde Euro kann auch eine ganze werden. Ich kritisiere

auch dies nicht. Ich sage nur, dass wir uns bei Sanierungen von Krankenhausgebäuden vom heruntergekommenen Standard der 70er Jahre oder gar bei 100 Jahre alten Altbauten auf den zukünftigen Stand der Technik auf Beträge einrichten müssen, die uns überall die Sprache verschlagen. Dies gilt sicher beim Städtischen Klinikum, aber auch bei anderen Totalsanierungen.

Das zu leugnen und den Sanierungsbedarf der Gebäudesubstanz als Ergebnis der Misswirtschaft hinzustellen, ist einfach unredlich. Dieser Bedarf hätte früher ermittelt werden können, das ist wahr, aber dann hätten wir ihn auch früher bezahlen müssen. Der Gebäudesanierungsbedarf hat nichts mit der Tätigkeit der Geschäftsführung oder Versäumnissen des Aufsichtsrates zu tun, sondern ausschließlich und allein mit der Baualtersklasse, der Überholung der gesamten Haustechnik und den gestiegenen Patientenanforderungen etwa an Patientenräume und Sanitäreinrichtungen. Auch hier plädiere ich also für etwas mehr Realismus und Fairness beim Vergleich gleicher Sachverhalte. - (Beifall der linken Seite des Hauses)

Sechster Punkt: Herr Orhan Akman hat gesagt, die Landeshauptstadt ziehe die Begleitung und die Steuerung des Prozesses immer näher an sich heran. Ich kann das nur bestätigen. So ist es. Die Hoffnung ist trügerisch, dass eine Geschäftsführung das auch meistern werde, nur weil jedes Mitglied doppelt so viel verdient wie der Oberbürgermeister. Ich habe das bislang noch nicht erlebt.

Bei den Stadtwerken gab es die gravierendsten Umstrukturierungen der deutschen Kommunalwirtschaft. Da hatte ich manchmal Mühe, den Vorsitzenden zu bremsen, aber ihm auf die Sprünge zu helfen, war wirklich nie notwendig. Die Stadtparkasse ist, wie jetzt allenthalben gefeiert wird, aus dem Mittelfeld an die Spitze der deutschen Sparkassenbewegung getreten. Da habe ich auch nur richtige Personalentscheidungen getroffen, ansonsten nichts mit Tritten in den Hintern vorwärtsbringen müssen. Die Münchner Verkehrsgesellschaft und die Wohnungsbaugesellschaften sind jeweils topp auf ihrem Gebiet, wobei alle Verdienste die Geschäftsführung einnimmt. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat den Rücken freigehalten, Unterstützung gewährt und Investitionsentscheidungen mitgetragen. Aber eigentlich ist es Sache einer Geschäftsführung, die Geschäfte zu führen. Ich denke, darin sollten wir uns hier einig sein.

Die heutige Geschäftsführung ist vom Aufsichtsrat gewählt worden, dem ich nicht einmal angehöre, und dass es alles nur Erblasten seien, stimmt auch nicht. Die Gebäudesubstanz ist eine Erblast des Klinikums, die Jahrzehnte zurückgeht, und die Nichteinhaltung des Sanierungsprogramms hat mit der vorangegangenen Geschäftsführung auch nichts zu tun. - (StR Dr. Mattar: Aber die Instandhaltung!) - Ja, bei Versäumnissen der Instandhaltung gebe ich Ihnen uneingeschränkt recht, ebenso beim Schaden der Steri-Krise und seinen psychologischen Folgen. Da bin ich der Letzte,

der jemanden reinwaschen wollte. Nur sollte man sehen, wer welche Aufgabe in einem Unternehmen hat. Leider hat sich noch niemand von Ihnen dazu verstiegen, zu sagen, dass die Milliarden Euro, die die Stadtwerke an Eigenkapital zugelegt haben, mein persönliches Verdienst seien. Also werden Sie auch die Defizite des Krankenhauses nicht völlig von der Geschäftsführung fernhalten können. Ich sage es noch einmal: Die Geschäftsführung führt die Geschäfte, so sieht es jeder Arbeitsvertrag mit einer Geschäftsführung vor.

Siebte und drittletzte Bemerkung, ich bin auf der Zielgeraden: Herr J. Schmid, Ihre Behauptung, dass Sie einen Vorschlag gemacht hätten, ist wirklich, um es sehr höflich zu sagen, unsubstanziert geblieben. - (Beifall der linken Seite des Hauses) - Sie sagen im Ernst, Ihr Vorschlag war, einen Sanierungsplan zu erstellen. Aber gleichzeitig sagt Ihre Vertreterin im Aufsichtsrat: Warum brauchen wir überhaupt einen neuen Sanierungsplan? Wir haben doch einen! Da Sie das heute im Plenum gesagt haben, darf ich es zitieren und muss nicht auf sehr ähnliche Formulierungen im Aufsichtsrat zurückgreifen. Das ist doch die Realität! - (Beifall der linken Seite des Hauses) - Sie sagen im Aufsichtsrat: Wir haben schon genügend Sanierungspläne. Wieso brauchen wir einen neuen? Herr J. Schmid, Sie sagen: Ein neuer Sanierungsplan - das ist unser Vorschlag zur Sanierung. D. h., ein Arzt kann sagen: Werden Sie gesund! Damit habe ich Ihnen alles gesagt, wie Sie die Krankheit überwinden. - (Beifall der linken Seite des Hauses) - Einen Vorschlag, den ich bis heute nicht gehört habe, aber auch selber noch nicht eingebracht habe, kenne ich auch nach Ihren Diskussionsbeiträgen heute nicht. Insofern sitzen wir im selben Boot.

Achte Bemerkung: Ich glaube, die medizinische Architektur ist tatsächlich der zentrale Punkt, der am meisten wehtut. - (StR J. Schmid: Überraschung!) - Gar keine Überraschung! Bisher ist jeder Eingriff auf den heftigen Widerstand insbesondere natürlich außerhalb der Haushaltsmehrheit in diesem Haus gestoßen. Das gilt für die Serviceleistungen, das gilt für die Dermatologie, und ich wage hier eine Prognose: Sobald die ersten Vorschläge auf den Tisch kommen, was in der Tat längst hätte geschehen sollen - da gebe ich Ihnen wieder recht -, wird der Aufschrei der CSU überwältigend sein: Ihr könnt machen, was ihr wollt, aber nicht das, was Ihr vorhabt! - (StR Reissl: Auch das Beispiel ...) - Nicht im Krankenhaus im Münchner Norden oder Süden oder Osten, da nicht! Sie werden Chefärzte alarmieren, die sagen: Damit bricht die Gesundheitsversorgung in München endgültig zusammen!

Das war jetzt nur eine Prognose. Ich bin gespannt, bei welchem Punkt eines Sanierungsplans die CSU sagen wird: Das war aber höchste Zeit, das fordern wir schon seit Langem! Sie können mich positiv überraschen, indem Sie sagen: Endlich werden die 70 Fachabteilungen reduziert, endlich wird die Überkapazität der Betten reduziert. Meine Prognose ist aber eine andere, und ich bitte Sie

förmlich, mich zu widerlegen. Es wäre für das Klinikum eine ausgezeichnete Situation - (Beifall der linken Seite des Hauses) -, wenn Sanierungsvorschläge wegen der bedrohlichen Situation des Unternehmens tatsächlich erstmals in dieser Gesellschafterversammlung auf breite Zustimmung stoßen.

Neuntens: Zuletzt will ich für Protokoll und Öffentlichkeit nur klarstellen: So furchtbar die wirtschaftliche Situation des Klinikums ist, so deutlich müssen wir auch machen: Die ärztlichen und pflegerischen Leistungen sind unverändert hervorragend und häufig sogar international wettbewerbsfähig. - (Beifall der linken Seite des Hauses) - Es muss klar sein, dass Worte wie „kranke Krankenhäuser“, bei denen der Patient an alle möglichen schrecklichen Dinge denkt, aber nicht an die Bilanz, die ihm ziemlich „wurscht“ ist, *nicht* in die Debatte einfließen. Das sind wir übrigens nicht nur den Ärzten und Pflegekräften schuldig, sondern auch den Patienten, die sich im ausgewählten Krankenhaus wohlfühlen wollen und reinen Wein eingeschenkt bekommen möchten.

Wir haben es mit einem - sagen Sie ruhig - finanziellen Desaster zu tun. Wir haben es mit wirtschaftlichen Zielverfehlungen zu tun. Wir haben es sogar mit einer drohenden Insolvenz zu tun. Das ist alles schlimm genug, aber reden Sie bitte nicht so über Krankenhäuser, als ob sie bei ihrer Leistungserbringung kränkelten würden. Das ist nämlich tatsächlich nicht der Fall, und diesen Eindruck sollten wir vom Klinikum fernhalten. Das, was die Menschen erwarten, wenn sie ins Klinikum gehen, nämlich hervorragende ärztliche Behandlung und pflegerische Betreuung, das erhalten sie auch. Bitte halten Sie dies auseinander. Die Finanzen stehen schlecht, die Häuser sind gut. - (Beifall von der linken Seite des Hauses)

StR J. Schmid:

Herr Oberbürgermeister, wir alle sind bestrebt, die Kliniken in unseren Reden oben zu halten, was das Fachliche anbelangt. Da haben Sie völlig recht. Ich habe mich vorher schon damit auseinandergesetzt, dass es jetzt auch ein notwendiger Schritt ist, zu überlegen, wie man die Einweiser bindet, um entsprechende Patientenzahlen zu generieren.

Nach Ihrem rhetorisch aus dem Lehrbuch stammenden Schlussappell in fachlicher Hinsicht möchte ich Sie fragen: Wie bewerten Sie denn den pressekundig gewordenen Weggang von Chefärzten, zuletzt desjenigen, der in der Zeitung stand? Das treibt mich mit Sorge um. - (OBM Ude: Schlimm! Sehr schlimm! Zumal der als Erster gute Vorschläge zur medizinischen Architektur gemacht hat!) - Passt denn das noch zu Ihrer Aussage? Erklären Sie uns das einmal!

Ich bin gerne bei Ihnen, dass wir gerade in fachlicher Hinsicht deutlich machen, was von Chefärzten, Oberärzten, Assistenzärzten, Krankenschwestern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kliniken geleistet wird. Das macht mir mittlerweile schwere Sorgen. Insofern war Ihr Schlusssatz ein wohlgemeinter Appell, aber auch ein Schönwetter-Gerede.

Meine Damen und Herren, auch darüber werden wir uns auseinandersetzen müssen, dass die fachliche Kompetenz in den Kliniken abnimmt. Warum haben wir weniger Einweisungen? Warum wachsen wir nicht mit dem Markt? Meine Damen und Herren, wir haben längst den Angriff an der Substanz der Fachlichkeit! Das ist das Ergebnis von drei Jahren Nichtstun und von fünf Jahren Parteibuchbesetzungen. - (Beifall der rechten Seite des Hauses, StR Dr. Mattar: So ist es!)

Wissen Sie, Herr Oberbürgermeister, Sie fallen, wenn Sie das Thema Parteibuch-Wirtschaft ansprechen, hinter eigene Offenbarungen zurück. Sie kommen jetzt mit der Kollegin Caim „daher“, die nun wirklich ausgewiesenermaßen etwas von Pflege versteht - und damit von einem Teilprodukt, das in Kliniken und Krankenhäusern angeboten wird. Wir hatten in der Ursprungsbesetzung der Geschäftsführung weder einen Arzt noch jemanden, der etwas von Pflege versteht. Sie greifen uns damit an. Wir wollten jemand vorschlagen, der nachweislich und von seiner gesamten Vita her etwas von einem Teilprodukt Pflege versteht. Sie sagen: Das ist nun wirklich nicht der Beleg des Kampfes gegen Parteibuch-Wirtschaft!

Ich möchte nur einmal daran erinnern, dass wir nie etwas dagegen hatten, wenn Sie fähige SPD-Kandidaten in Positionen gebracht haben. Wir haben bei Herrn Dr. Biberbach mitgestimmt, den ich gerade noch gesehen habe! - (Beifall der CSU) - Also hören Sie doch auf mit dieser billigen Polemik! Sie versuchen, uns hier Unterstellungen zu machen, nur um vom eigenen Versagen abzulenken. Mich überrascht dies um so mehr, als Sie längst zugegeben haben, dass die Ursprungsbesetzung nun wirklich eine Pleite von Rot-Grün war - mit den nachhaltigen Folgen, über die wir heute noch diskutieren. - (Beifall der CSU)

Seien Sie mir nicht böse - ich habe irgendwann aufgehört, dazwischenzurufen, deswegen melde ich mich jetzt noch einmal: Wenn Sie sagen, „Einen Arzt in die Geschäftsführung zu platzieren, war damals nicht mehrheitsfähig!“, klingt das fast so, als seien Sie als Oberbürgermeister von Rot-Grün in dieser Frage niedergestimmt worden. Nein! Sie haben hier in diesem Stadtrat gegen unseren Antrag gestimmt, einen Arzt in der Geschäftsführung zu etablieren! - (Beifall der CSU)

Es liegt mir fern, Sie persönlich anzugreifen. Im Übrigen komme ich auch nicht dazu, Ihnen persönliche Fähigkeiten abzusprechen, wie Sie es umgekehrt gerne tun. - (OBM Ude: Nein!) - Ich

unterstelle Ihnen lediglich, dass Sie hier aus politischen Gründen verschleiern, vernebeln usw. Ich spreche Ihnen nicht Ihre Intelligenz ab, und auch nicht den Durchblick, den Sie letztendlich bei politischen Dingen haben. Aber jetzt so zu tun, als wären Sie derjenige gewesen, der dafür eingetreten wäre, dass schon damals bei der Ursprungsbesetzung 2005 ein Arzt in der Geschäftsführung etabliert hätte werden sollen, ist nun wirklich mehr als peinlich! Das muss ich wirklich sagen. Sie haben mit Rot-Grün mitgestimmt. - (Beifall der CSU)

Wenn Sie nicht mitgestimmt hätten, wäre es noch trauriger gewesen. Ich weiß nicht, was hinter den Kulissen abgelaufen ist, weil wir eben ausgeschlossen sind, deswegen können Sie uns auch nicht verantwortlich machen. Aber wenn Sie sich in der SPD-Fraktion nicht einmal mehr durchsetzen, dann weiß ich es wirklich nicht! Zwei der vier Entscheidungen waren SPD-Parteibuchbesetzungen. Sie sagen dann: „Ich war nur für die erste Besetzung zuständig!“ Die erste Besetzung war es eben, die die Probleme gezeigt hat, denen wir heute gegenüberstehen! Insofern haben Sie doch volle Verantwortung und können das nicht auf den Aufsichtsrat abschieben!

Jetzt bin ich bei der nächsten Wendung und Drehung, bei dem nächsten Nebel, den Sie aufziehen lassen. Sie sagen: Bei den 200 Mio. € damals gab es nicht einmal ein Pressegespräch der CSU, was man hätte besser machen müssen! Zunächst einmal ist die Zustimmung der CSU-Stadtratsfraktion zur Eigenkapitalstärkung von 200 Mio. € ein glatter Beleg, dass Sie lügen, wenn Sie sagen, wir hätten nicht mitgemacht und keinen Verbesserungsvorschlag bezüglich der Kliniken gebracht. Wir haben nämlich in unserer Verantwortung für die Kliniken mitgestimmt. - (OBM Ude: ... aufgrund einer dringlichen Anordnung ...) - Weiter sagen Sie: Es war Aufgabe der Geschäftsführung, irgendwelche operativen Vorschläge zu machen. Dann war es schließlich dieses Gremium hier - 81 Stadträte, die Gesellschafterversammlung - die zuständig gewesen wäre.

Das ist ein glatter Widerspruch zu meinem seit zwei Jahren andauernden und jetzt - Gott sei Dank - beendeten Disput mit dem Kollegen Reissl, der immer gesagt, es ist gerade nicht die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung. Wenn wir hier Dinge diskutiert haben wollten, war es der Kollege Reissl - Ihr Fraktionsvorsitzender der SPD -, der immer gesagt hat: Das muss im Aufsichtsrat sein, dafür haben wir doch eine GmbH, da braucht es doch gar nicht die Gesellschafterversammlung, die Vollversammlung, den Stadtrat. - (OBM Ude: Da hat er ja recht! - Zwischenrufe) - Heute sagen Sie, die Vollversammlung, der Stadtrat war mit Schuld, Sie alle haben mitgestimmt oder keine anderen Vorschläge gemacht. Also, was jetzt? Wie hätten Sie es gern? - (Beifall der CSU)

Deswegen ist es dann untauglich und wirklich oberpeinlich, wenn Sie jetzt auch noch mit Großhadern „daherkommen“. Meine Damen und Herren, die Debatte über Großhadern - ob Abriss und Neubau oder Nebenanbau und fliegender Wechsel oder was auch immer -, zeigt uns doch gerade, dass Wettbewerber auf dem Münchner Gesundheits- bzw. Krankenhausmarkt sich für die Zukunft rüsten! Dort geht es nicht darum, eine drohende Insolvenz abzuwenden. Es geht es nicht darum, drei oder acht Jahre Misswirtschaft abzuwenden, sondern sie machen sich „zukunftsfit“, um den nächsten Schritt in der Krankenhausgeschichte in München zu gehen. Wir dagegen debattieren immer noch über Ihre Versäumnisse. Das ist peinlich! - (Beifall der CSU)

StRin Dr. Olhausen:

Herr Oberbürgermeister, Sie haben hier einen vermeintlichen Dissens aufgeworfen, was die Frage der weitergehenden Sanierung angeht. Ich denke, wir müssen leider alle zur Kenntnis nehmen, dass die bisherige gescheitert ist. Das finden wir alle nicht schön, und wir hätten es uns anders gewünscht, aber es ist so. Wir müssen jetzt eine neue Ausschreibung vornehmen. Die Analyse werden wir Ende Februar 2014 bekommen. In eine Umsetzung gehen wir - ich hoffe früh - vielleicht im April, wahrscheinlich aber eher irgendwann im ersten oder zweiten Halbjahr 2014. Was passiert bis dahin?

Das war übrigens eine Frage von mir. Wir haben eine bestehende Sanierung, die in dieser Form nicht funktioniert. Nun müssen wir uns doch überlegen: Wie geht es die nächsten Monate weiter? Irgendetwas müssen wir tun. Wir können doch nicht sagen, „Macht gar nichts!“, oder „Die Sanierung ist erst einmal vorübergehend ausgesetzt.“ Das war eigentlich meine Frage: Wo geht es denn nun hin? Gibt es nicht schon Vorschläge, die im Raum stehen, die man jetzt vielleicht schon einmal umsetzen kann? Das Klinikum hat keine Zeit mehr. Sie müssen irgendwie weiterarbeiten. Wenn wir dann parallel natürlich über das medizinische Konzept und auch die Bauvorhaben zu entscheiden haben, müssen wir doch trotzdem darauf schauen. Herr Reissl, wie haben Sie das so schön gesagt? Wenn die Einnahmen geringer sind als die Ausgaben, funktioniert es nicht. Also müssen wir doch daran arbeiten, dass dort etwas vorangeht, damit sie überhaupt eine Überlebenschance erhalten und auch wissen, woran sie sind. Ich meine, die Mitarbeiter und die Patienten müssen schließlich auch einmal wissen, was jetzt die nächsten fünf Monate mit ihnen passiert und wo es hingehen wird. Das war meine Frage!

Wir sind d'accord, dass wir dann natürlich so schnell wie möglich ein überarbeitetes - wie auch immer genanntes - neues „Plan B-Sanierungskonzept“ brauchen. Aber vielleicht kann man das auf das alte aufsetzen oder es weaternutzen oder auch einmal die alten Unterlagen wälzen, die ohnehin schon da sind. So lange ist es nun auch wieder nicht her. Vor zwei Jahren haben wir Stapel an

Gutachten bekommen, und dort war eine Menge an Konzeptionellem enthalten. Vielleicht ist das eine oder andere noch gar nicht ausgeschöpft. Ich bitte doch sehr darum, dass man das jetzt auch schnell angeht. Das sind wir den Kliniken schuldig. Wenn wir alle wollen - was wir ja heute bekundet haben -, dass dort nun wirklich etwas vorgeht und sie eine gute Chance haben, ist es jetzt an der Zeit - und zwar heute und hier -, zu überlegen, wie es weitergeht.

Das Thema Großhadern ist ein wunderbares Beispiel. Die machen es vor: Sie haben geplant, sie haben sich gedacht: Wir brauchen ein neues Gebäude. Sie haben überlegt: Wo könnten wir es denn bauen? Was wäre denn sinnvoll? Was brauchen wir medizinisch? Wie kriegen wir das räumlich untergebracht? Jetzt stellen sie einen Plan vor und wissen auch schon, was es kostet. So stelle ich mir das bei uns auch vor, und ich hoffe, wir kriegen es hin! - (StR Dr. Mattar: Wir haben ein Jahr gebraucht, um überhaupt eine Machbarkeitsstudie ...)

StR Reissl:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist es 20 Minuten nach zwei Uhr! Wir haben eine große Unterbrechung gehabt, aber wir haben wieder - ich weiß nicht zum wievielten Mal in diesem Jahr - eine Debatte über das Klinikum. Sie dauert jetzt über drei Stunden. Am Ende werden wir dem Antrag des Referenten, des Oberbürgermeisters, zustimmen, dass er den Gesundheitsausschuss übernimmt und damit automatisch in den Aufsichtsrat wechselt. Der zweite wesentliche Inhalt dieses Beschlusses ist, dass ich in den Aufsichtsrat wechsele. Dafür haben wir jetzt drei Stunden gebraucht!

Herr Kollege J. Schmid, ich bleibe dabei: In erster Linie sind die Unternehmensorgane dafür zuständig. Ich habe nichts anderes gesagt! Der Oberbürgermeister hat auch nichts anders gesagt. Das Einzige, was Sie in all diesen Debatten zustande bringen, ist der Aufguss des Aufgusses des Aufgusses. Herr Kollege J. Schmid, das ist alles. Wunderbar, wenn Sie soviel Zeit haben! Aber Sie sollten diese Zeit eigentlich nutzen, sich Vorschläge zu überlegen. Das tun Sie nicht! Sie behaupten, eine Forderung nach einem Sanierungskonzept sei ein Vorschlag. Dann habe ich auch schon viele Vorschläge gemacht! - (Heiterkeit bei OBM Ude - StR J. Schmid: Sie haben das Sanierungskonzept verteidigt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür brauchen wir immer drei Stunden! Wenn wir es mit dem Klinikum ernst meinen, führen wir inhaltliche Debatten - wenn wir diese hier als Gesellschafter führen müssen, wenn es um Gesellschafterentscheidungen geht. Es geht heute um eine einzige Gesellschafterentscheidung, nämlich die Veränderung der Zusammensetzung des Aufsichtsrats. Darüber müssen wir drei Stunden debattieren. Traurig!

Ich wiederhole meine Frage an die CSU: Wann macht die CSU das Klinikum zur Chefsache? Herr J. Schmid, übernehmen auch Sie Verantwortung! - (StR J. Schmid: Jederzeit hier in diesem Gremium!) - Stellen Sie sich nicht in jeder Vollversammlung hin und drehen die alte Trommel, die alte Leier von Geschichten, die alle schon kennen, die man tausend Mal nacherzählen kann, die man in tausend Ausgaben von Münchner Tageszeitungen lesen kann. Bringen Sie doch einmal etwas Neues! - (Beifall der SPD - StR Quaas: Erst fahren Sie den Karren in den Dreck und dann ...)

StR Akman:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Oberbürgermeister! Ich hatte Sie etwas zu der Dienstanweisung gefragt. Wahrscheinlich ist das im Eifer des Gefechts untergegangen. Vielleicht können Sie noch einmal in zwei Sätzen darstellen, was denn diese Dienstanweisung von Ihnen an die Geschäftsleitung beinhaltet. Bei uns ist es so „rüber“ gekommen, als ob man ihnen einen Maulkorb verpasst hätte, dass sie gar nichts mehr sagen dürfen. Vielleicht können Sie den Stadtrat in dieser Frage aufklären und das eine oder andere Missverständnis aus der Welt räumen.

Ich hätte auch noch einmal eine Anmerkung, weil Sie das angesprochen haben: Wenn eine Geschäftsführung oder Teile dieser Geschäftsführung die Geschäfte nicht führen, muss man sie austauschen. Dann kann man sie nicht noch länger mitschleppen. Es gibt eine klare Aufgabenstellung, und wenn diese nicht gewährleistet ist, muss man auch den Mut haben, trotz einer Krise zu sagen: Wir wechseln! Diesen Mut muss man aufbringen. Das gilt sicherlich nicht für die komplette Geschäftsleitung. Aber wenn wir schon in der Geschäftsführung solche Unstimmigkeiten haben, dass sie sich permanent überstimmen müssen, dann kann es doch nicht gut gehen! Daher brauchen wir auch in dieser Frage Handlungsmöglichkeiten. Ich möchte, dass der Aufsichtsrat - Herr Kollege Reissl, Sie werden diesem demnächst angehören - hier klar handelt und sagt: Wir wollen eine Geschäftsleitung, die die Geschäfte in die Hand nimmt und führt. Dort brauchen wir auch keine Tabus, sondern man muss hier dringend und schnell handeln. - (Zwischenruf)

Das Zweite sind die Überkapazitäten. Herr Oberbürgermeister, Sie haben es angesprochen. Das ist das zentrale Thema. Sie sind vorhanden, wir können sie uns nicht schönreden. Wir haben Überkapazitäten bei Betten, wir haben Überkapazitäten, was die Personalkosten angeht usw. Auch hier gilt es, nicht lange zu warten! Entweder handeln wir so schnell und dringend, dass wir die kommunalen Kliniken noch retten, oder wir werden uns auch in sechs Monaten noch über diese Überkapazitäten unterhalten und streiten. Aber dann ist es meines Erachtens schon zu spät. Daher sollten wir in dieser Frage tabulos an die Sache herangehen und sagen: Okay, wo sind denn die Überkapazitäten? Bei den Betten ist es klar und eindeutig, das ist kein Geheimnis. Aber auch in anderen Bereichen sind sie vorhanden, und Sie, Herr Oberbürgermeister, sollten sich als Chef des

Lenkungskreises auf jeden Fall der Sache annehmen. Vielleicht beantworten Sie noch die Frage. Vielen Dank! - (Beifall von DIE LINKE.)

OBM Ude:

Ich habe das, was die Informations- und Auskunftsrechte und -pflichten angeht, eigentlich schon am Vormittag in der Einführung gesagt: Es bleibt bei der Rechtslage, die wir ohnehin haben. Ein einzelner Stadtrat hat kein Fragerecht. Dafür gibt es den Aufsichtsrat, in den alle Fraktionen Mitglieder entsenden können. Aber der Stadtrat als Organ ist die Gesellschafterin und hat selbstverständlich ein Frage- und Auskunftsrecht, sowohl als Vollversammlung wie auch als Gesundheitsausschuss.

Im Übrigen habe ich der Geschäftsführung lediglich eigene Aktivitäten, das Schaffen vollendeter Tatsachen und das Erteilen von Auskünften an Dritte bei zentralen Fragen der Unternehmenssanierung untersagt. Denn dort kann es nicht sein, dass die Geschäftsführung anderes erzählt als die Gesellschafterin. Die Geschäftsführung wirkt auch im Lenkungskreis mit. Es war für mich die eigentlich erfreulichste Nachricht, dass die Geschäftsführung gesagt hat: Wir sehen das trotz der negativen Kommentierung als Entmachtung der Geschäftsführung eher als eine Chance, nämlich alle Instanzen und Institutionen der Gesellschafterin an einem Tisch zu haben und sofort verbindliche Auskünfte zu bekommen. Dadurch hat sich die Situation erfreulicherweise sehr entspannt.

StR Dr. Bertermann:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist hier alles schon gesagt worden. Ich wollte nur noch einmal etwas zur Zusammensetzung des Lenkungskreises anmerken. Was wir jetzt festgestellt haben, ist, dass es sich um ein Scheitern der medizinischen Architektur handelt. Hier haben wir nichts vorgelegt bekommen, hier musste die Geschäftsführung liefern. Jetzt haben wir im Bereich der kaufmännischen und auch der medizinischen Geschäftsführung Personen, die mit ihrem Sanierungskonzept gescheitert sind.

Diese Personen sollen aber automatisch im Lenkungskreis eine Stimme haben und bei einem neuen Konzept mitarbeiten. Ich verspreche mir mehr von den Beratern, die Sie mit dabei haben. Diese haben Kliniken saniert, und das ist der richtige Weg. Ich halte es für überhaupt nicht sinnvoll, dass wir eine gescheiterte Geschäftsführung mit in den Lenkungskreis nehmen. Formal kann man sie mitnehmen, aber von der Sache her ist das die falsche Entscheidung gewesen. - (Beifall der Bürgerlichen Mitte FW-ÖDP-BP)

Ziffer 1 Satz 2 des Referentenantrags wird gegen die Stimmen von CSU und FDP **beschlossen.**

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag des Referenten gegen die Stimmen der FDP **beschlossen.**

Erklärung zur Abstimmung:

StR Dr. Mattar:

Frau Bürgermeisterin, wir begrüßen durchaus, dass der Oberbürgermeister endlich Verantwortung übernimmt - deshalb haben wir nicht dagegen gestimmt. Wir haben dagegen gestimmt, weil wir eben ein anderes Konzept verfolgen, nämlich dass Sachverstand in den Aufsichtsrat kommt und ein Betreibermodell verwirklicht wird. Mit dieser Geschäftsführung kommen Sie keinen Schritt weiter, und Sie werden auch keine wirklich guten Leute finden, solange die Situation des Klinikums so ist, wie sie ist.

- BM Monatzeder übernimmt den Vorsitz -

**Verschärfung der Münchner Brennstoffverordnung;
Eckdatenbeschluss**

Aktensammlung Seite 2321

StRin Rieke:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei uns hat sich auch aufgrund der zusätzlichen Anmerkung nach dem Umweltausschuss noch einiger Beratungsbedarf ergeben. Das Gleiche gilt offenbar auch für die Kollegen in der CSU und bei den Grünen, deswegen bitten wir um Vertagung in eine der nächsten Sitzungen des Umweltausschusses.

Der Antrag auf Vertagung in die übernächste Ausschusssitzung wird
einstimmig beschlossen.

Der beiliegende Änderungsantrag der CSU gilt als eingebracht.

Korruptionsbericht 2013**Antrag Nr. 2230 der Freien Wähler von
Herrn Stadtrat Johann Altmann vom 21.02.2011**

Aktensammlung Seite 2329

StR Altmann:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal recht herzlichen Dank, dass dieser Tagesordnungspunkt überhaupt in die Vollversammlung vertagt wurde. Sie konnten aber sowieso nicht aus, weil es ein VB-Beschluss ist.

Wir haben den nichtöffentlichen Teil heute nicht aufgerufen. Ich will jetzt nur noch so viel dazu sagen: Es ist erfreulich, dass die Fälle, die im nichtöffentlichen Teil aufgeführt sind, nicht in diesem Berichtszeitraum liegen, sondern schon vorher stattfanden. Sie sind wieder mit aufgeführt. Wenn Sie nachsehen: Das war im Jahr 2010 und Anfang 2011, aber nicht in diesem Berichtszeitraum. Hier wurde mitgeteilt, dass im Berichtszeitraum keine Fälle bekannt geworden sind. Das ist erfreulich. Vielleicht hat es auch gefruchtet, dass man Schulungen und Maßnahmen in den Referaten durchgeführt hat.

Ich muss natürlich an der nichtöffentlichen Vorlage etwas bemängeln. Es sind drei Bereiche, die ich kurz benennen will. Bei den generellen Konzepten der Landeshauptstadt München mit Stand 2013 wird aufgeführt, was hier gemacht werden soll. Wenn ich mir dann die Anlage anschau - ich fange jetzt einmal mit der Seite 11 an -, dann finde ich es schon ein bisschen beschämend, wenn vom Sozialreferat nur zwei Sätze zu der ganzen Problematik kommen. Ich finde das schon ein bisschen fragwürdig. Hat das Sozialreferat die Problematik noch nicht erkannt? Wenn ich im nächsten Punkt schaue, was die Stadtkämmerei alles in diesen Bereichen macht, und das Sozialreferat nur zwei Sätze dazu sagt, dann kann es - glaube ich - nicht so sein, wie wir uns das vorstellen.

Beim Abfallwirtschaftsbetrieb muss ich feststellen, dass diese eigentlich erst jetzt im 2. Halbjahr 2013 mit den Maßnahmen anfangen. Ich frage mich, wieso das so lange dauert. Wir haben - wie gesagt - angeregt, dass hier Schulungen durchgeführt und Maßnahmen umgesetzt werden. Das Abfallwirtschaftsamt fängt erst 2013 an. Das ist nicht ganz nachvollziehbar.

Beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung muss ich auch ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Dort wird geschrieben, dass sie nicht bereits auf meinen Antrag im Jahr 2011, sondern erst auf den CSU-Antrag im Jahre 2012 hin tätig geworden sind. Das war für das Planungsreferat erst der Anlass, dahin gehend tätig zu werden. Mir stellt sich die Frage: Muss man aus einer großen Fraktion kommen, damit ein Referat tätig wird?

Ansonsten hoffe ich, dass es so bleibt und wir weiterhin alle zwei Jahre einen erfreulichen Bericht erhalten. Ich hoffe, dass keine Korruptionsfälle auftreten, damit wir uns nicht wieder über die Schlagzeilen unterhalten müssen, wenn das ein oder andere bei der Stadt München passiert.

Ich finde es gut - mit den Anmerkungen, die ich machen wollte. Ich hoffe, dass die Referate, die jetzt noch nicht so in die Gänge gekommen sind, das auch dementsprechend bearbeiten und es uns beim nächsten Bericht vorlegen, den wir alle zwei Jahre erhalten. Ansonsten bedanke ich mich für die bei vielen Bereichen sehr ausführlichen Darstellungen dazu, wie in den Referaten die Korruptionsarbeit umgesetzt wird, wie sie vorgehen. Wie gesagt, ich hoffe, dass die anderen Referate auch endlich in die Gänge kommen. - (Beifall der Bürgerlichen Mitte FW-ÖDP-BP)

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn das schon in der Vollversammlung ist, dann hier ein Satz eher halbformaler Art: Ich freue mich, dass es jetzt möglich war, das Ausmaß der Fälle zumindest grob auch in öffentlicher Sitzung darzustellen. Ich weiß, jeder Fall der Korruption ist zu viel. Man weiß ja nie, ob es eine Dunkelziffer gibt. Ich denke aber, bei der Korruptionsbekämpfung wird viel getan. Ich finde, dass nur eine sehr kleine Zahl vorliegt - drei Fälle, die teilweise auch schon aus der Zeit vorher sind -, das ist etwas, das man durchaus öffentlich verkünden kann. Ich bedanke mich bei der Verwaltung, dass auf meine Initiative hin die Quintessenz der ursprünglich nichtöffentlichen Vorlage jetzt auch öffentlich dargestellt wird, und hoffe, dass das in Zukunft automatisch so sein wird. Danke!

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

**Intensivierung des Winterdienstes auf Radverkehrsanlagen
und Gehbahnen; Standarderhöhung und Finanzierung
Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 2365

StR Bickelbacher:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es geht ganz schnell. Wir haben im Bauausschuss kürzlich die Intensivierung des Winterdienstes beschlossen. Dazu hat das Baureferat eine sehr gute Vorlage geliefert. Wir sind auch im Großen und Ganzen sehr zufrieden, dass sich der Winterdienst verbessert.

Es gibt in diesem Netz bestimmte Routen, die vorrangig geräumt werden sollen. Wir haben gestern Abend noch einen Hinweis bekommen, dass in diesem Netz - es ist auch ein Plan in der Vorlage enthalten - die Diener- und die Residenzstraße fehlen würden - also die Strecke, auf der in München am meisten Radfahrer gezählt werden. Wir haben aber inzwischen von Frau Hingerl erfahren, dass dort sowieso eine Fußgängerzone ist und da ähnlich intensiv geräumt wird. Das kann sie so bestätigen. Insofern hat sich das erledigt, und wir können wieder so abstimmen wie im Ausschuss. Dankeschön!

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

Bayerischer Kommunalen Prüfungsverband
Bericht über die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2006 bis 2008,
der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 und der Jahresabschlüsse 2009 bis 2011
der Landeshauptstadt München

Aktensammlung Seite 2371

StR Zöttl:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Thema bereits gestern im Finanzausschuss behandelt, und ich müsste Sie damit nicht behelligen, wenn man mich den Änderungsantrag gestern hätte stellen lassen. Die Mehrheit war jedoch der Meinung, dies sei nicht im Ausschuss möglich, da der Antrag das Plenum betreffe. Ich hoffe, es geht sehr schnell. Wir haben den Bericht über die Prüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband vorliegen. Dieser enthält viele Prüfungsbeanstandungen. Man muss nicht alle Punkte derart dramatisieren, denn vieles betrifft Bilanzierungs-, Abgrenzungs- und Bewertungsfragen. Dazu kann man sagen: Nach einer so historischen Umstellung von der Kameralistik zur Doppik kann diesbezüglich manches auch unterschiedlich gesehen werden. Ein paar Beanstandungen sind jedoch gravierend, und eine ist derart gravierend, dass man unserer Ansicht nach als Stadtrat nicht ohne Weiteres zur Tagesordnung übergehen kann, sondern seine Verantwortung wahrnehmen und etwas unternehmen muss.

Ich darf Ihnen Folgendes vorlesen:

„Die städtische Buchführung ist mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht vereinbar, [...]“ Weiter heißt es: „Aufgrund der fehlenden Kassenanordnungen und Belege sowie des gewählten Ablagesystems ist es einem sachverständigen Dritten nicht möglich, sich in angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die wirtschaftliche Lage der Stadt zu verschaffen [...]. Die Kassensicherheit ist nicht durchgängig gewährleistet. Eine stadtweite einheitliche Belegablage fehlt. Auf Belege kann daher nicht zeitnah zugegriffen werden. Die Belege sind, soweit sie nach den städtischen Vorgaben von den Referaten vorzuhalten sind, nicht vollständig vorhanden.“

Wir sind der Ansicht, das kann man nicht hinnehmen. Die Kämmerei sieht das ein wenig anders. Diese ist nicht der Meinung, dass die städtische Buchführung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht vereinbar ist. Das ist kein Wunder, denn das wäre das Aus für jeden Prü-

fungsvermerk. Dass die Belegablage nun nicht „top“ und völlig von heute ist, räumt auch die Kämmerei ein, und daher lautet unser Änderungsantrag unter Ziffer 2 neu wie folgt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 2014, eine einheitliche stadtweite Belegablage einzurichten und spätestens bis zum 01. Januar 2015 in Betrieb zu nehmen. Dies sollte möglichst durch nicht veränderbare elektronische Speichermedien geschehen.

Bisher kann von Elektronik keine Rede sein, sondern von irgendwelchen weit entfernten Lagern. Natürlich kann man so die Belege nicht zur Verfügung stellen. Die von uns gesetzten Fristen sind möglicherweise etwas knapp, darüber ließe sich reden. Diese Fristen können wir bereits in der laufenden Sitzung anders setzen, aber alternativ dazu ist unserer Ansicht nach auch die Stadtverwaltung in Verlängerungen durchaus geschult und „gewitzt“. An den Fristen soll es nicht scheitern, aber wir sollten uns darüber einig sein, dass man in dieser Hinsicht heute etwas auf den Weg bringen muss. Dankeschön! - (Vereinzelt Beifall der CSU)

StK Dr. Wolowicz:

Sie werden mit Sicherheit Verständnis dafür haben, dass ich diese Stellungnahme des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes, die städtische Buchführung sei mit den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung nicht vereinbar, nicht teile. Ich halte diese aus folgenden Gründen für völlig überzogen:

Die erste Begründung aus Sicht des Kommunalen Prüfungsverbandes besteht in der Behauptung, dass nicht für alle Buchungen Kassenanordnungen vorliegen würden. Auf Seite 56 der Beschlussvorlage haben wir zu dieser Behauptung folgendermaßen Stellung genommen: „Für alle Buchungen liegen Kassenanordnungen einschließlich der begründenden Unterlagen vor.“ Wir weisen also diese Behauptung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes zurück. Dass die Buchungen teilweise nicht belegt sind, weisen wir ebenfalls zurück.

Nun zu dem Punkt, den speziell Herr Stadtrat Zöttl angesprochen hat, dass auf die Belege nicht zeitnah zugegriffen werden kann: Es geht um Rechnungsbelege. Die Kämmerei als zentrale Ein- und Auszahlungsstelle der Stadt hat jedes Jahr ungefähr 600.000 derartige Rechnungsbelege zu verzeichnen. Ich lade Sie gern zu einer Besichtigung des Kellers unseres Kassen- und Steueramtes ein. Dort sind einige Millionen dieser Belege, die mindestens zehn Jahre aufbewahrt werden müssen, in klassischer Papierform gelagert. Ich teile die Aufforderung von Herrn Stadtrat Zöttl, dass es besser wäre, wenn all dies elektronisch registriert und damit auch archiviert werden könn-

te. Das ist aber ein Projekt, das, wenn es Hand und Fuß haben soll, nicht als Insellösung in der Kämmerei entwickelt werden kann. Vielmehr würde es sich - darum bitte ich das Direktorium, gut zuzuhören - um ein stadtweites Projekt unter Federführung des Direktoriums mit wichtiger Mitarbeit des Eigenbetriebs IT@M handeln. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den alten Spruch der Juristen: *Ultra posse nemo obligatur*.

Herr Zöttl, was Sie verständlicherweise bis Ende 2014 realisiert haben wollen, ist objektiv gesehen unmöglich, weil ein elektronisches Dokumenten-Management sich vom dezentralen Eingang der Rechnungen in Papierform in den Referaten über die korrekte Buchung bis hin zur Auszahlungsanordnung erstrecken muss. Sie werden es beim besten Willen nicht schaffen, das in elektronischer Form bis Ende 2014 zu erreichen. Herr Stadtrat Zöttl, vom Grundsatz her halte ich es für richtig, dass die Stadtverwaltung diesen Versuch unternimmt, aber das setzt ein komplexes Dokumenten-Managementsystem in der gesamten Stadtverwaltung voraus. Eine Insellösung in der Kämmerei wird nicht möglich sein. Deswegen würde ich Sie bitten, noch einmal zu überlegen, ob Sie tatsächlich an dieser Frist bis Ende 2014 festhalten wollen. Ich bin mir sicher, wenn es elektronisch umgesetzt werden soll, wird es nicht möglich sein.

Zum Thema Raumfrage: Die Kämmerei hat ihren Keller im Kassen- und Steueramt bereits gut gefüllt. Wir haben inzwischen auch noch das Bürgerbüro der Leonrodstraße dafür verwendet. Wir sind nun jedoch am Ende unserer räumlichen Kapazitäten, um diese Unterlagen in Papierform zu lagern. Deshalb haben wir uns vor längerer Zeit mit der Frage an das dafür zuständige Facility-Management-Referat - das Kommunalreferat - gewandt, ob es für die künftigen Millionen von Belegen, solange diese in klassischer Papierform vorliegen, räumliche Kapazitäten gibt. Die Ursache für dieses hohe Papieraufkommen liegt nicht nur bei uns, sondern auch bei denjenigen, die uns jedes Jahr Hunderttausende von Rechnungen in Papierform zustellen. Meines Wissens haben wir auf unsere Anfrage noch keine Antwort erhalten. Ich bitte das Kommunalreferat, uns möglichst bald eine hoffentlich positive Antwort zu geben. Vielen Dank!

StR Zöttl:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Stadtkämmerer ist ein großer Dialektiker. Deshalb erwähnt er die Insellösung, die jedoch nicht beantragt wurde. Herr Stadtkämmerer, im Übrigen weise ich darauf hin, wenn wir die Insellösung beantragen wollten, hätten wir es bereits gestern erledigen können. In diesem Fall wäre nämlich nur der Finanzausschuss betroffen. Ihre Anmerkung, *ultra posse nemo obligatur*, übersetze ich folgendermaßen: Jenseits des Möglichen kann niemand verpflichtet werden oder über seine Möglichkeiten hinaus kann niemand verpflichtet

werden. Ich werde dies bei der nächsten Finanzamtsprüfung anführen. - (Heiterkeit im Hause - Beifall der CSU) - Ich fürchte die Anzahl unserer Belege wird den Prüfer nicht überzeugen.

Zurück zum Änderungsantrag: Wir streichen die Fristen. Das Wort „unverzüglich“ bedeutet ohnehin, sobald es möglich ist. Ich hoffe, dass wir uns einig werden. Danke! - (Beifall der CSU)

StR Kaplan:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben dieses Thema eigentlich gestern schon im Finanzausschuss ausführlich diskutiert. Wir haben nicht nur deswegen dagegen argumentiert, weil es sich um eine Insellösung gehandelt hätte, da man im Finanzausschuss nur eine Empfehlung an die Kämmerei abgeben kann. Uns war bewusst, dass es sich um ein sehr großes Projekt handelt, das stadtweit greifen muss. Es werden zurzeit noch viele Projekte bearbeitet, die zwar weit fortgeschritten, aber noch nicht vollständig abgeschlossen sind. Wir arbeiten noch am kommunalen Rechnungswesen und steuern entsprechend nach, um es weiter zu optimieren. Mit dem Facility-Management sind wir ebenfalls noch nicht völlig zufrieden. - (Zwischenruf) - Ich bin ein freundlicher Mensch. Wir haben in den letzten zwei Jahrzehnten einige Projekte angefangen, die noch nicht völlig abgeschlossen sind. Wir sollten einen Schritt nach dem anderen vornehmen und nicht den Fünften vor dem Zweiten. Grundsätzlich stimme ich Ihnen zu. Es ist ein vernünftiger Ansatz, dies anzugehen. Ich bin jedoch der Ansicht, dass der jetzige Zeitpunkt nicht der richtige ist. Aufgrund der enthaltenen Terminierung werden wir dem Änderungsantrag in dieser Form heute nicht zustimmen.

Bei einer Formulierung, „wird grundsätzlich angestrebt“, könnten wir zustimmen. Es ist natürlich sinnvoll, ein einheitliches System zu haben, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Diese sind jedoch im Augenblick noch nicht vorhanden. Deswegen ist es meiner Ansicht nach zu früh, diesen Antrag heute zu stellen. Herr Zöttl, wenn wir uns auf „grundsätzlich anzustreben“ ohne Vorgabe von Fristen einigen können, habe ich mit Ihrem Antrag kein Problem. - (StR Zöttl: Wie würden Sie es konkret formulieren?) - *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine einheitliche stadtweite Belegablage einzurichten. Dies sollte möglichst durch nicht veränderbare elektronische Speichermedien geschehen.*

StR Zöttl:

Unser Änderungsantrag erhält folgende neue Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unverzüglich eine einheitliche stadtweite Belegablage einzurichten. Dies sollte möglichst durch nicht veränderbare elektronische Speichermedien geschehen.

Somit unterscheiden wir uns lediglich noch durch das Wort „unverzüglich“.

StR Kaplan:

Es geht mir darum, einen Schritt nach dem anderen zu tun. Deswegen bin ich mit „unverzüglich“ in diesem Antrag nicht einverstanden. Ich möchte dieses Projekt angehen, wenn die anderen Projekte soweit etabliert sind, dass sie auch nach unserer Vorstellung funktionieren. - (Zwischenrufe) - Mit dem grundsätzlichen Ziel bin ich einverstanden, jedoch nicht damit, es unverzüglich anzugehen.

StR Zöttl:

Der Stadtkämmerer hat uns gestern darauf hingewiesen, dass die Stadtverwaltung seit 13 Jahren daran arbeitet. Ich denke, das Wort „unverzüglich“ ist unverzichtbar. - (Zwischenrufe, Unruhe)

Der beiliegende Änderungsantrag der CSU wird in nachfolgender Fassung gegen die Stimmen von CSU, FDP und Bürgerliche Mitte FW-ÖDP-BP **abgelehnt:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unverzüglich eine einheitliche stadtweite Belegablage einzurichten. Dies sollte möglichst durch nicht veränderbare elektronische Speichermedien geschehen.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen.**

Erklärung zur Abstimmung:

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister! Bei dieser Diskussion ist sehr interessant gewesen, dass der Beschluss des Stadtrates, etwas einzurichten, nicht bedeutet, dass es tatsächlich eingerichtet wird. Das Petikum des Herrn Kollegen Kaplan war, dass man dies zwar beschließen kann, es aber völlig offen ist, ob

es in den nächsten zehn, zwanzig oder dreißig Jahren umgesetzt wird. - (Beifall von CSU und FDP)

Kulturstrand am Vater-Rhein-Brunnen auch 2014

Aktensammlung Seite 2381

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich war gestern glücklicherweise nicht bei der Diskussion dabei. - (Unruhe im Hause) - Ich bedaure, welche Grabenkämpfe um dieses Thema geführt werden, denn es geht eigentlich um etwas Schönes für unsere Münchner Bevölkerung - (Zwischenruf von StR Progl) -, etwas, das entspannen soll. - (Heiterkeit im Hause) - Wahrscheinlich liegen irgendwelche Kindheitstraumata vor, weil im Sandkasten etwas schiefgelaufen ist. Deshalb ist die Angelegenheit mit dem Strand ein wenig schwierig.

Wir haben im Jahr 2012 vorgeschlagen, den Kulturstrand wieder am Vater-Rhein-Brunnen zu veranstalten, weil wir der Meinung waren, dass er dort gut angenommen worden ist. Es war sehr interessant, man hat erst bei der Ausschreibung erfahren, dass das benachbarte Klinikum Innenstadt nie gefragt worden ist. - (Zwischenruf von StR Altmann) - So ist es zumindest bei mir angekommen. Das ist für mich natürlich schon etwas Erstaunliches. Das Klinikum Innenstadt hat auch dazu sehr deutlich Stellung genommen. Ich verstehe die rechtliche Beurteilung des Kreisverwaltungsreferats. Es führt aus, wir hatten eine Ausschreibung, wir können nun nicht ohne Weiteres darüber hinweggehen. Man müsste vielmehr den Weg gehen, den auch die Kollegen der Grünen beantragt haben, dass man eine neue Ausschreibung für das kommende Jahr vorsieht. Das halte ich für den sinnvollsten Weg, um aus dieser Misere herauszukommen. Wir können jedoch darauf verzichten, die Diskussion mit Schaum vor dem Mund zu führen. Wir sollten versuchen, etwas Vernünftiges aus dieser verfahrenen Situation zu machen. Danke!

StRin Zurek:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Mattar, es wäre besser gewesen, wenn Sie mit Ihrem Kollegen, Prof. Dr. Hoffmann, gesprochen hätten. - (StR Dr. Mattar: Das habe ich!) - Er hätte Ihnen vielleicht einiges erklären können. Ich bitte diejenigen, die gestern im Ausschuss anwesend waren um Nachsicht, ich werde mich nun wiederholen müssen. Das Folgende muss jedoch in die Diskussion eingebracht werden:

Wir haben im Jahr 2011 ein Interessenbekundungsverfahren initiiert, das folgende vier Standorte zum Inhalt hatte: Den Professor-Huber-Platz, den Vater-Rhein-Brunnen, die Corneliusbrücke und den Nußbaumpark. Es gab daraufhin einige Bewerber, die sich auf dieses Konzept beworben ha-

ben. Herr David hat letztlich den Zuschlag bekommen, weil er alle Orte, nicht nur die In-Orte, sondern auch den Un-Ort, bespielen wollte. Nun liegt eigentlich keine neue Sachlage vor, denn schon zum damaligen Zeitpunkt war bekannt, dass neben dem Nußbaumpark die Ziemssenstraße liegt, an die sich das Klinikum Innenstadt angliedert. Bereits damals war schon bekannt, dass es Probleme mit der Realisierung an diesem Ort geben wird. Darauf hat der Kreisverwaltungsreferent mehrfach hingewiesen, aber der Stadtrat hat sich in seiner Weisheit nicht abhalten lassen, diesen Ort vorzuschlagen und das Konzept in die Interessenbekundung einzubringen. Wenn wir nun den letzten Ort wechseln wollen, dann können wir das nicht. Es steht nicht in unserem Belieben, weil wir ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt haben. An diesem Verfahren haben sich Bewerber beteiligt, diese werden sich mit Recht fragen, was los ist, wenn man „kurz vor knapp“ plötzlich das Verfahren ändert. Somit kann man das, was Sie beantragt haben, überhaupt nicht realisieren.

Von Herrn Bürgermeister Monatzeder ist uns gestern im Ausschuss mitgeteilt worden, dass der Oberbürgermeister einen entsprechenden Beschluss nicht vollziehen würde, weil er rechtswidrig wäre. Damit hat er auch recht. Wir können nicht ohne Weiteres ein Interessenbekundungsverfahren ändern, und somit gibt es eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder man führt die Veranstaltung im Nußbaumpark durch oder sie findet gar nicht statt. Wie wir gestern erfahren haben, hat die Stadt keine Verpflichtung vereinbart, dass diese Veranstaltung stattfinden muss. Im Übrigen ist es vielleicht für alle von Interesse, was wir gestern noch angesprochen haben: Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, hat das Kulturreferat im Jahr 2012 eine mehrtägige Veranstaltung mit Livemusik im Nußbaumpark durchgeführt. Somit ist der Park sozusagen bereits eine Oase der Kultur gewesen.

Wir hatten früher den Usus, den Kulturstrand jedes Jahr zu vergeben. Das haben wir geändert. Bereits in dem damaligen Beschluss war beinhaltet, dass wir das Referat bitten, uns ein Konzept für die Folgejahre vorzulegen. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war in dem Beschluss eine Befassung des Stadtrates bis spätestens zum Jahr 2014 vorgesehen. Gestern wurde lediglich ein Vertagungsantrag in die Sitzung am 18.12.2013 gestellt. In diesem Antrag wird die Verwaltung gebeten, gemeinsam mit den Urbanauten zu klären, ob der Kulturstrand stattfindet. Wenn die Situation so bleibt, wird die Verwaltung mit den Urbanauten sprechen müssen, denn diese müssen ein Konzept vorlegen, woraufhin ein entsprechender Bescheid ergeht. Somit wird relativ rasch geklärt sein, ob die Veranstaltung stattfindet oder nicht. Wenn sie nicht stattfindet, wird die Verwaltung umgehend - was sie auch schon seit zwei Jahren weiß - dem Stadtrat ein Konzept vorlegen. Dann können wir uns überlegen, wie wir mit dieser Idee in den Folgejahren umgehen wollen. Wir wollen nicht, dass eine singuläre Entscheidung für das nächste Jahr getroffen wird, die ohnehin

zeitlich kritisch wäre, sondern die Verwaltung soll so schnell wie möglich - sie arbeitet sicherlich schon daran - ein Konzept vorlegen. Vielleicht ist es sogar möglich, dass bereits im Jahr 2014 auf Grundlage dieses Konzeptes die erste Veranstaltung stattfindet.

Meiner Ansicht nach sollten wir dabei bleiben. Bei allem Verständnis dafür, dass einem Standorte - die man vorher vielleicht besonders toll gefunden hat - nicht mehr gefallen, aber uns sind doch rechtlich die Hände gebunden. Diese Feststellung hat nichts mit Beamtenmentalität zu tun, sondern das ist nun einmal so. Das sollten wir zur Kenntnis nehmen. Wir sind auch keine Spaßverderber, was Sie suggerieren wollen, sondern wir sind an unsere frühere Entscheidung gebunden - nicht mehr und nicht weniger!

Es ärgert mich ein wenig, wenn es nun so dargestellt wird, als wenn man zum damaligen Zeitpunkt nicht gewusst hätte, worauf man sich einlässt. Es war sogar Teil der Stellungnahme, dass man diesen sensiblen Ort eventuell sogar ohne Musikbeschallung bespielen möchte. Der Bewerber war sich der Sensibilität dieses Ortes sehr genau bewusst. Ich bitte den Kreisverwaltungsreferenten um eine Stellungnahme hinsichtlich der Äußerungen im Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*.

Weiterhin gebe ich Folgendes nochmals zu bedenken: Bei der Veranstaltung am Professor-Huber-Platz war es die Juristische Fachschaft der LMU, die sich vehement gegen den Kulturstrand gewehrt hat. Es gab Auflagen, und der Oberbürgermeister hat den Stadtratsbeschluss verteidigt, indem er angekündigt hat, dass bei Übertretungen natürlich der Veranstalter entsprechend zur Rechenschaft gezogen wird. Also bleiben wir doch bitte bei den Fakten! Wir haben alle gewusst, was wir machen. Der Veranstalter hat gewusst, worauf er sich einlässt. Nun gibt es nur noch die Möglichkeit, die Veranstaltung dort durchzuführen oder nicht. Wenn sie nicht stattfindet, werden wir auch irgendwie das Jahr 2014 „herumbringen“. Anfang des Jahres 2014 vergnügen wir uns mit dem Kommunalwahlkampf, deshalb sind wir ein wenig abgelenkt. Wenn der Kulturstrand nicht stattfindet, wird das Referat so schnell wie möglich an dem bereits beantragten Konzept für einen Kulturstrand weiterarbeiten und uns dies schnellstmöglich vorlegen. Deswegen ist es auch nicht sinnvoll, die Entscheidung in die Vollversammlung am 18.12.2013 zu vertagen. Es müssen sehr schnell klare Fakten geschaffen werden, damit jeder weiß, woran er ist, und das Referat gut arbeiten kann. Danke! - (Beifall der SPD)

StRin Nallinger:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Zurek hat sehr viel Richtiges gesagt. Letztendlich erkenne ich noch einen wesentlichen Unterschied zu unserem Antrag von gestern, den wir auch in der heutigen Vollversammlung aufrechterhalten wollen: Wir haben beantragt, es

sollen zunächst noch Gespräche stattfinden, nachdem wir aus diversen Medienquellen und aus dem Brief des Klinikums Innenstadt erfahren haben, dass noch Klärungsbedarf besteht. Auch wir wollen, dass sich der Veranstalter und das Kreisverwaltungsreferat noch einmal zusammensetzen und diese Punkte klären. Frau Zurek, meiner Ansicht nach ist der einzige Unterschied, dass wir zunächst den Kulturstrand nur für das Jahr 2014 ausschreiben wollen, falls man sich nicht auf den Standort Nußbaumpark einigen kann. Das war aber nur der Tatsache geschuldet, dass wir im Jahr 2014 gerne den Kulturstrand hätten und wir befürchtet haben, es zeitlich nicht mehr hinzubekommen, wenn wir ein Gesamtkonzept für die Folgejahre ausschreiben. Wenn Ihr gerne ein Gesamtkonzept hättet und es zeitlich umsetzbar ist - vielleicht kann der Referent sich dazu äußern -, haben wir natürlich nichts dagegen, weil wir - wie die meisten hier im Stadtrat - einen Kulturstrand in München in den Folgejahren befürworten.

Die Grünen-Stadtratsfraktion und die Rosa Liste halten den Antrag von gestern aufrecht, dass wir die Verwaltung und den Veranstalter bitten, die offenen Punkte zu klären. Anschließend sollen wir erfahren, ob der Kulturstrand im Nußbaumpark im nächsten Jahr stattfindet oder nicht. Falls er dort nicht stattfinden sollte, wünschen wir, dass der Strand auch 2014 stattfindet. Uns ist klar, und das haben wir auch gestern deutlich gemacht, dass das natürlich einer neuen Ausschreibung bedarf. Das sehen wir genauso. Es besteht nur noch die Frage, ob wir nur für nächstes Jahr oder gleich für ein Gesamtkonzept ausschreiben. Vielleicht kann der Referent dazu etwas sagen, vielleicht hat er schon vorgearbeitet, und wir wissen nur noch nicht, dass er schon ein Gesamtkonzept für die nächsten fünf oder zehn Jahre erarbeitet hat. - (Heiterkeit, Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe diese gesamte Diskussion nicht. Wie Kollegin Zurek bereits gesagt hat, es ist eine Ausschreibung durchgeführt worden, darauf hat man sich beworben und den Zuschlag erhalten. Nun hält man sich nicht an die Ausschreibung. Das ist Fakt. Das finde ich äußerst unverschämt. Es geben sich auch jetzt noch Fraktionen dafür her, vertragsbrüchig zu werden. Das verstehe ich überhaupt nicht. Dass die Grünen vielleicht einem Parteifreund wiederum etwas „zuschancen“ wollen, das weiß ich. Frau Nallinger, wie ich höre, ist er sogar noch Ihr Wahlkampfmanager! - (Zwischenrufe von den Stadträtinnen Nallinger und Demirel) - Doch, das ist der Skandal! Er hat sich für den Nußbaumpark beworben und - (StR Dr. Roth: Lesen Sie unseren Antrag!) - bei der Ausschreibung mit der Vorgabe durchgesetzt, dass keine Livemusik, sondern nur Hintergrundmusik eingesetzt wird. Nun versucht man - das ist mein Eindruck -, die Kliniken zu instrumentalisieren, indem man sagt, wisst Ihr überhaupt, was dort abläuft: Livemusik usw! Das ist nicht Ausschreibungsgegenstand gewesen. Das darf er gar nicht

machen. Er hat es mit Hintergrundmusik bekommen und nicht anders. Wenn er nun diese Veranstaltung nicht durchführt, wird er vertragsbrüchig. So sehe ich das.

Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum sich hier vor allem FDP und CSU versteigen und sagen, wir wollen es ändern. - (StR Offman: Was heißt hier versteigen?) - Ihr wisst es genauso! Wir waren alle beieinander und haben hier den Vertragsgegenstand und die Ausschreibung heiß diskutiert. Es ist nicht so, dass wir darüber erst seit 14 Tagen diskutieren. Es geht schon über eine längere Zeit. Ich sage es noch einmal: Ich verstehe es nicht. Wenn man sich um etwas bewirbt und den Zuschlag bekommen hat, braucht man anschließend nicht zu versuchen, die Fakten zu verdrehen und Mehrheiten zu suchen, um etwas anderes durchzuziehen. Das kann ich nicht begreifen. - (Vereinzelt Beifall)

StR Kuffer:

Kolleginnen und Kollegen! Seid mir nicht böse, aber ich glaube, wir machen die Angelegenheit komplizierter als sie ist. Wir schießen uns auf die Urbanauten ein und nehmen dabei in Kauf, dass man den Strand, den wir eigentlich lieb gewonnen haben, in Frage stellt. Ich will nicht solche dramatischen Worte wie „gefährdet“ in den Mund nehmen. Ich habe im Hause noch keinen gehört, der sagt - (Unruhe) -, den Strand wollen wir nicht mehr, der gehört weg. Ich habe aber viele gehört, die gesagt haben, wir brauchen ihn nicht. Wir machen es wirklich komplizierter als es ist. Es ist doch mit dem Standort relativ einfach.

Wir können lange darüber reden, was wir damals gesagt, gedacht und gewusst haben. Tatsache ist doch, dass uns ein Schreiben der Klinikleitung vorliegt. - (Zurufe) - Ich kann das, was auf dem Tisch liegt, nicht ändern. Es nutzt nichts. Das Schreiben wurde vom Vorstand des Klinikums der Universität München unterschrieben. Dass der sich für etwas bestellen oder instrumentalisieren lässt, glaube ich nicht. Es wird deutlich dargelegt, was man damals vielleicht hätte sehen können. Tatsache ist, dass wir es nicht gesehen haben. Er sagt auch, dass sie rechtliche Schritte ergreifen werden, wenn die Veranstaltung stattfindet. Damit ist heute schon klar, in welche Spannungen wir nicht nur die Veranstaltung, sondern auch die Klinik und die Patienten schicken. So weit zu den Fakten. Ich glaube, darüber sind wir uns einig.

Viele haben sich in die Frage verbissen, nutzt es den Urbanauten? Haben sie es vielleicht von Anfang an darauf angelegt? Es mag sogar sein, dass sie es nicht schlecht finden. Ich glaube das. Aber es kann an den Fakten nichts ändern, auch nicht daran, dass wir damals tatsächlich vom Baureferat ein etwas anderes Bild gezeichnet bekommen haben. Was das Baureferat damals zu dem Standort gesagt hat, lese ich noch einmal vor. Ich habe es gestern auch schon vorgelesen,

aber es nutzt nichts: „Aus lärmschutztechnischer Sicht nicht optimal.“ - (Zurufe: Das RGU!) - Entschuldigung, dann war es das RGU. - (StR Dr. Mattar: Die Verwaltung!) - Das Baureferat hat auch etwas dazu gesagt, dass es nämlich den Standort als möglich ansieht. Das RGU hat gesagt, dass er nicht optimal ist. Für den Odeonsplatz haben dieselben Beteiligten gesagt: „Äußerst kritisch!“ Im Sommer vergeht kaum ein Wochenende, ohne dass dort etwas stattfindet. Man sieht schon an den Unterschieden bei der Formulierung, dass man mehr oder weniger der Meinung war, im Nußbaupark läuft es. Aber es läuft eben nicht.

Deswegen sage ich noch einmal, man kann sich auf die Urbanauten einschließen. Ich glaube, dass sie es nicht verdient haben. Sie sind in den letzten Jahren mit der Veranstaltung bekannt geworden und haben sich bewährt. Der Vater-Rhein-Brunnen ist auch ein Standort, worüber man lange diskutieren kann. Tatsache ist, dass wir im letzten Jahr mit diesem Ort eine Erfahrung gemacht haben, so dass wir sagen können, da könnte man die Veranstaltung im nächsten Jahr wieder stattfinden lassen, wenn man kurzfristig einen anderen Standort benötigt. Also frage ich: Warum ist das so kompliziert?

Es ist auch rechtlich nicht so kompliziert. Zunächst würden wir den Standort ändern. Noch könnte der aktuelle Vertragspartner der Stadt - in dem Fall die Urbanauten - sagen, er bestehe auf den Nußbaupark. Wenn sie sagen, sie bestehen nicht darauf, sind wir als Stadt zunächst einmal frei zu sagen, wir suchen einen anderen Standort. - (BMin Strobl: Nein, das sind wir nicht!) - Es stellt sich nur die Frage, ob wir ein neues Interessenbekundungsverfahren durchführen müssen. Die Grünen stellen ihren Änderungsantrag. Wir sehen es genauso. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Dann führen wir eben einen durch. Das ist wohl auch noch möglich. So kompliziert ist es nicht. Liebe Kollegen von der SPD, manchmal ärgert man sich, manchmal zurecht, manchmal weniger zurecht. Aber Ihr habt Euch wirklich festgebissen. Machen wir es ein bisschen unkomplizierter und schauen wir, dass der Kulturstrand im nächsten Jahr stattfinden kann, und zwar in einem Rahmen, von dem wir nicht von vorneherein wissen, dass der Ärger vorprogrammiert ist.

Bfm. StR Dr. Blume-Beyerle:

Herr Vorsitzender, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gebeten worden, Stellung zu nehmen, und zwar erstens zu der Frage, wer lügt, und zweitens zum Verfahren. Ich fange mit der ersten Frage an, weil ich mit dem Thema Verfahren enden möchte. Vielleicht kann ich damit zur Befriedung beitragen, damit man aus der emotionalen Stimmung herauskommt. Herr Dr. Mattar, ich kann Sie beruhigen: Bei mir ist der Sand oder sonst irgendetwas kein Kindheitstrauma. Ich möchte mich auch nicht an Grabenkämpfen beteiligen. Mir geht es darum, ein vernünftiges Verfahren

durchzuführen. Das war mein Anliegen in der Vergangenheit, und es wird mein Anliegen in der Zukunft sein.

Zu der Frage, wer die Wahrheit sagt, sage ich Ihnen eindeutig und belegbar: Ich sage die Wahrheit. Es wird Sie wohl nicht überraschen, wenn ich das sage. - (Heiterkeit) - Es wäre schwierig gewesen, herauszutreten und zu sagen, ich sage die Unwahrheit. Ich zeige Ihnen das anhand einiger Beispiele von Herrn Davids Behauptungen. Sein Verhalten ist in hohem Maße ungewöhnlich. - (Heiterkeit) - Man kann es als kreativ bezeichnen. Vielleicht besteht ein Kampf zwischen Kulturen, Kreativität und Bürokratie. Das mag sein. Aber ich sage ausdrücklich - das gilt auch in meinem Referat -, wenn Herr David Vorschläge macht, diesen aufgeschlossen gegenüberzustehen. Das Kreisverwaltungsreferat braucht kreative Leute. Es hat nicht so viele. Wir heißen nun einmal Kreis- und nicht Kreativverwaltungsreferat. - (Heiterkeit)

Zunächst sind solche Vorschläge willkommen. Dann sind aber wir am Zug. Um etwas vom Sand abzulenken: Wenn Herr David bei der Isarparallele zu deren Durchsetzung eine Versammlung mit 100.000 Teilnehmern beantragt, muss ich als Leiter der Versammlungsbehörde sagen: Ist das denn realistisch? Ich hätte beinahe gesagt: Du spinnst!, aber ich habe es nicht gesagt. - (Heiterkeit) - Man tritt in einen Dialog und findet sinnvolle Lösungen. So war es bisher immer. Wenn aber Herr David anfängt, mir ultimative Fristen unter Bezugnahme auf das Informationsfreiheitsgesetz zu setzen, und verlangt, dass wir interne Stellungnahmen herausgeben, ist ein kritischer Punkt erreicht. Wenn er behauptet, der Oberbürgermeister hätte veranlasst, dass der Punkt im Oktober nicht auf die Tagesordnung kommt, was aber nicht stimmt, weil ich kein einziges Mal mit dem Oberbürgermeister Kontakt hatte - (OBM Ude: In dieser Frage!) -, ist das auch schon einmal kritisch. Wenn er wiederholt behauptet, Herr Reissl hätte Druck auf mich ausgeübt, Herr Reissl aber dies kein einziges Mal getan hat, und zwar weder schriftlich noch mündlich, zeigt das, dass mir weder der Oberbürgermeister noch Herr Reissl hineingeredet haben. Im Zweifelsfall lasse ich mir auch nicht reinreden. Es zeigt, dass Herr David einfach falschliegt. Er wiederholt seine Behauptungen aber ständig, was ich nicht verstehe.

Ich komme zu den entscheidenden Punkten, die gestern in der Diskussion um das Thema Wahrheit eine große Rolle gespielt haben. Das eine war das Thema: Wusste Herr David zum Zeitpunkt seiner Bewerbung, seiner Interessenbekundung, welche Auflagen er im Nußbaumpark zu gewährleisten hat? Die klare und belegbare Aussage lautet: Ja, er wusste es. Es stand im Internet, und zwar nicht verkürzt, wie er es heute behauptet, sondern vollständig, mit einer genauen Auflistung, was am Nußbaumpark gegebenenfalls einzuhalten ist: 35 dB an der Ziemssenstraße. Das wusste er.

Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass sich der Bewerber in einem Interessenbekundungsverfahren vorher nicht umfassend im Internet informiert. Wenn dann behauptet wird, ich würde die Unwahrheit sagen, ist bei mir ein Punkt erreicht, bei dem ich es nicht mehr einfach hinnehmen kann.

Er behauptet, er habe nie gesagt, dass man diesen Kulturstrand im Nußbaumpark ohne Musik und ohne verstärkte Musik realisieren kann. Ich kann nur aus seiner Bewerbung zitieren, in der er ausführlich darstellt, wie er sich einen Kulturstrand im Nußbaumpark vorstellen kann, nämlich ohne Musik. Es steht drin. Ich gehe davon aus, dass er seine Bewerbung auch gelesen hat. Insofern ist offenkundig, wer die Wahrheit spricht und wer, warum auch immer, nicht. In der Sache selber kann ich es relativ kurz machen. Ich will auf den Vorhalt von Herrn Dr. Mattar eingehen, es sei unverständlich, warum wir nicht vorher das Klinikum gefragt haben.

Zur Erinnerung: Wir haben dem Stadtrat im Jahr 2013 eine Vorlage mit acht Standortvorschlägen unterbreitet. Ich habe nicht den Nußbaumpark vorgeschlagen, sondern andere Standorte. Der Stadtrat hat in seiner Weisheit - ich zitiere dabei Frau Zurek, ich selbst würde mich nicht trauen, so etwas zu sagen - in einer „Sternstunde“ den Referentenantrag abgelehnt. Ich zitiere Herrn Benker, der damals gesagt hat: in einer Sternstunde des „Strandrates“. Er hat sich dann aber korrigiert und gesagt: des Stadtrates. Die Sternstunde bestand darin, dass es gelungen war, mehrheitlich - mit Ausnahme der Stimmen von DIE LINKE. - den Referentenantrag abzulehnen. Das ist völlig in Ordnung. Aber bei allen acht vorgeschlagenen Standorten sind die betroffenen Anwohner vorher nicht eingeschaltet worden. Das ist absolut unüblich. Es waren acht Bewerber. Damals haben wir die zuständigen Dienststellen und den örtlichen BA eingeschaltet, aber nicht bei allen acht Standorten die eventuell betroffenen Anwohner vorweg gefragt. Das ist bei solchen Veranstaltungen unüblich.

Wir haben allerdings in die Auflage geschrieben, dass selbstverständlich vor der Vorlage eines Konzeptes die Anwohner einzubinden sind. So viel zur Vorweg-Einbindung des Klinikums. Erstens kam das Klinikum überraschend ins Spiel, und zweitens müsste diese Einbindung noch erfolgen, wenn die Veranstaltung dort stattfindet. - (StR Dr. Mattar: Nachdem es am ... schon Probleme gab, wäre es nicht sinnvoll gewesen, die Klinik zu fragen?) - Das ist eine grundsätzliche Frage. - (StR Dr. Mattar: Nach dem Interessenbekundungsverfahren!) - Wir sind davon ausgegangen, dass der Veranstalter in seinem Angebot beim Interessenbekundungsverfahren auf vier Seiten vorstellt, an welchen Standorten der Sand hingekippt werden könnte. Er muss nicht vor der Ziemssenstraße sein. Er könnte auch neben der Kirche aufgebaut werden. Wenn er ein konkretes Konzept vorlegt und selber sagt: Ich werde mit den Kliniken reden und sie einbinden; ich werde das Gebäude nicht

beschallen und mich an die Auflagen halten. Damit zeigt der Veranstalter deutlich, er ist willens und in der Lage, einen Kulturstrand durchzuführen, der zu dem Platz passt. Selbstverständlich gingen wir davon aus - das Ganze liegt vier Jahre zurück -, dass er mit den Kliniken in Kontakt tritt. Es wäre jetzt für das Jahr 2014 an der Zeit. Ich bin sicher, wir würden eine einvernehmliche Lösung finden.

Im Übrigen ist das Schreiben des Klinikums nicht so apodiktisch. Es wird geschrieben: „... mit großer Sorge.“ Sie hätten es aus der Presse erfahren und bitten zu erwägen, ob man vielleicht einen anderen Standort finden könnte. Sie befürchten Livekonzerte und DJs bis in die Abendstunden. Aber das ist vom Veranstalter selbst ausgeschlossen worden. Vielleicht hat man den Kliniken etwas Angst gemacht. So viel zu den Kliniken.

Zum Verfahren: Ich bin nicht sicher, ob ich Frau Zurek richtig verstanden habe. Von der Rechtslage her ist es so, dass die Stadt München infolge des Interessenbekundungsverfahrens, eines relativ niedrighschwelligem Verfahrens, keinen Anspruch auf Durchführung des Kulturstrands durch die Urbanauten hat. Wir werden daraus lernen. Wir müssen das bei künftigen Verfahren noch sicherer machen. Wenn also Herr David die Auffassung vertritt, an dem Standort nicht, dann soll er Nein sagen. Dann ist das Thema für ihn und, ich glaube, auch für die Stadt erledigt. Ich bin mir nicht sicher, ob ich Sie, Frau Zurek da falsch verstanden habe. - (StRin Zurek: Das war schon richtig! - StRin Demirel: Das Thema Standort wäre erledigt! Wenn die Urbanauten Nein sagen, kann man sie nicht zwingen. Dann wird es bei einer neuen Ausschreibung nicht mehr um diesen Standort gehen! - StR Reissl: Warum nicht? - StR Dr. Mattar: Da ist die Stadt völlig frei, was sie macht!)

Wir haben eine Ausschreibung für vier Jahre durchgeführt. Wenn wir das vierte Jahr herausnehmen, können wir nicht plötzlich sagen: Wir veranstalten woanders einen Kulturstrand. Das Jahr 2014 ist damit abgeschlossen. - (StR Dr. Mattar: Ein neues Interessenbekundungsverfahren machen!) - Es wäre zu prüfen, ob wir ein völlig neues Interessenbekundungsverfahren auflegen, aber nicht für den Nußbaumpark. Das nehme ich so entgegen, ohne mich festzulegen, ob das geht. Ich weise aber darauf hin, dass man an eventuelle Mitbewerber denken muss. Es ist nicht ganz einfach, aber ich habe jedenfalls verstanden, wie Sie es meinen. Normalerweise wäre es so, dass wir 2014 ein neues Konzept für die Jahre 2015 bis 2018 vorlegen müssen. Da werden wir wahrscheinlich aufgrund der Erfahrungen das Verfahren etwas anders gestalten. Man wird sehen. Ich habe gestern angekündigt, dass in einem solchen Verfahren auch die Zuverlässigkeit der Bewerber zu prüfen ist.

Vielen Dank. - (Beifall)

BM Monatzeder:

Wir hatten gestern in der Ausschusssitzung keine Entscheidung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL habe ich so verstanden, dass der Änderungsantrag von gestern heute noch einmal gestellt wird. Ich bitte, für die Nichtmitglieder des Ausschusses den Änderungsantrag vorzulesen.

StRin Nallinger:

Unser Änderungsantrag lautet:

„Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit den Urbanauten bis möglichst zum 18.12.2013 zu klären, ob der Kulturstrand 2014 im Nußbaumpark stattfinden kann. Sollte es keine Einigung zwischen der LH München und den Urbanauten geben, wird der Kulturstrand 2014 für einen Standort an der Isar unverzüglich neu ausgeschrieben.“

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL wird gegen 19 Stimmen der CSU, 12 Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL und 2 Stimmen der FDP **abgelehnt**.

Der Referentenantrag wird gegen 19 Stimmen der CSU, 12 Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL und 2 Stimmen der FDP **beschlossen**.

- OBM Ude übernimmt den Vorsitz -

Situation junger Flüchtlinge in München

Dringlichkeitsantrag Nr. 4830 der FDP vom 27.11.2013

Aktensammlung Seite 2425

OBM Ude:

Die Rechtsabteilung bejaht die Dringlichkeit. Sie erfolgt aufgrund der Sachlage und der Zeitplanung. Ich denke, wir können uns Reden pro und kontra ersparen und abstimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, gebe bitte ein Handzeichen! - Vielen Dank! Gegenstimmen? - Die Dringlichkeit wird einstimmig bejaht.

Eine Vorbemerkung, weil die Antragsteller eine Berichterstattung durch mich beantragt haben, was durchaus naheliegt. Ich möchte mitteilen, dass ich in dieser Sache bereits zweimal eine Verhandlungsrunde beim Regierungspräsidenten hatte, der die Dringlichkeit dargelegt hat, und auf Wunsch der Ministerin auch schon ein Gespräch mit Staatsministerin Emilia Müller im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Wir sind zu einem sehr weitgehenden Konsens gekommen, weil wir die Probleme lösen wollen. Ich will nur meinen Eindruck schildern, dass ich bei Frau Staatsministerin Müller den Eindruck habe, dass sie dieses Thema wie auch andere Fragen des Vollzugs des Asylrechts möglichst einvernehmlich regeln will, und zwar sowohl mit den Trägern der Wohlfahrtspflege als auch mit den Kommunen. Die Details schildert Ihnen die Sozialreferentin.

Bfm. StRin Meier:

Ich kann mich dem anschließen, was der Oberbürgermeister gesagt hat. Was den aktuellen Stand betrifft, der sich von Freitag bis heute entwickelt hat, bitte ich Frau Dr. Kurz-Adam, Sie zu informieren. Sie diskutiert und verhandelt seit Monaten in dem Forum „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ mit dem Staatsministerium und mit der Regierung von Oberbayern über die weitere Entwicklung in der Bayernkaserne und die bayernweite Verteilung. Es gibt konkrete Ergebnisse hierzu.

Wir sind erfreut, dass es diese Entwicklungen gibt. Ich möchte aber betonen: Wir werden in der Frage nur weiterkommen, wenn die anderen Landkreise und Jugendämter bereit sind, ihrer Jugendhilfeverantwortung nachzukommen. Anders als bei den Erwachsenen gibt es bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen keinen Zuweisungsschlüssel, sondern wir sind auf die Ko-

operationsbereitschaft der Jugendämter und Landratsämter angewiesen. Die Staatsministerin hat in der letzten Woche Gespräche mit den Landräten und den Spitzenverbänden, dem Landkreistag, geführt. Auf Ebene des Städtetags gab es bereits im letzten Jahr mehr Bewegung und Interesse. Dort tut sich mehr. Aber wir sind vor allem auf die Landkreise angewiesen. Diesbezüglich hoffen wir, dass es zu einer zügigen Weiterverteilung ab Januar bis spätestens März 2014 kommt.

Frau Dr. Kurz-Adam:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich versuche, mich kurz zu fassen, und hoffe, dass ich dem Anspruch der Aktualität und den Fragen des Dringlichkeitsantrages weitreichend nachkommen kann. Sie konnten es der Presse entnehmen: Zugespitzt hat sich die Situation in der Bayernkaserne für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zum einen vor dem Hintergrund einer bis heute nicht mehr ganz perspektivisch gesicherten Betreuung zum Jahresende, zum anderen auch wegen der Befürchtung der jungen Menschen, dass sie dem Systemwechsel, den Frau Staatsministerin Haderthauer im August angekündigt hatte, zum Opfer fallen im Sinne eines Nicht-unterbringens in der Jugendhilfe, sondern in Gemeinschaftsunterkünften. Der Hungerstreik ist mittlerweile beendet, und zwar auch mit einem sehr positiven Ausgang für die meisten der Jugendlichen, weil inzwischen Jugendliche und junge Erwachsene in Jugendhilfeplätze vermittelt worden sind.

Ich will deutlich machen, vor welcher Schwierigkeit wir aktuell stehen. Insofern verleihe ich dem Eindruck des Oberbürgermeisters an dieser Stelle Nachdruck. Wir sind gemeinsam unterwegs mit der Regierung von Oberbayern und dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, um einen guten Übergang zu schaffen. Frau Meier hat schon zum Ausdruck gebracht, wir wechseln von einem zentralen System zu einem dezentralen System in der Jugendhilfe in jeweiliger kommunaler Verantwortung. D. h., dass nachdrücklich auf die Verantwortung aller Jugendämter in Bayern hingewiesen und insbesondere an die Jugendämter appelliert werden muss, bei denen in Zukunft die jungen Flüchtlinge von der Polizei aufgegriffen werden.

Zur aktuellen Situation in der Bayernkaserne: In der Zuständigkeit des Stadtjugendamtes München befinden sich - Stand: gestern Abend - noch 130 Jugendliche. Die Zahl kann sich ändern, weil wir laufend Jugendliche vermitteln. Es sind mehr Jugendliche und junge Erwachsene in der Bayernkaserne. Wir haben ein kompliziertes System. Ungefähr 20 bis 25 Jugendliche fallen in die Zuständigkeit anderer Jugendämter, beispielsweise in die Zuständigkeit des Jugendamtes Erding oder des Jugendamtes Rosenheim.

Es fällt in unsere Zuständigkeit, jetzt eine Gruppe von 130 Jugendlichen in Jugendhilfeeinrichtungen zu vermitteln. Gleichzeitig ist in unserer Zuständigkeit, den Übergang gut zu bewältigen, d. h. alle Neuzugänge zu vermitteln. Jeder Jugendliche, der jetzt in München bzw. in der Erstaufnahmeeinrichtung ankommt, wird weitestgehend am selben Tag bzw. an den Folgetagen in Jugendhilfeeinrichtungen in Obhut genommen. Es gibt keine Neuzugänge mehr in der Erstaufnahmeeinrichtung, und die Erstaufnahmeeinrichtung für Mädchen in der Baierbrunner Straße ist geschlossen. Es ist kein Mädchen mehr dort.

Das Stadtjugendamt vermittelt im Moment sowohl Neuzugänge als auch die bereits vorhandenen 130 Jugendlichen in Jugendhilfeeinrichtungen. Dies ist ein großer Kraftakt. Wir versuchen, ihn zu bewältigen, indem wir mit Unterstützung des Staatsministeriums und der Regierung von Oberbayern die Platzkapazitäten durch Überbelegungen in den jeweiligen Wohngruppen schaffen. Wenn wir sehr gut sind und die Einrichtungen dies auch entsprechend bereitstellen, können wir den Zeitplan mit dem festgelegten Termin 31.03.2014 einhalten.

In der Übergangszeit ist die Betreuung seitens der Inneren Mission durch die Regierung von Oberbayern sichergestellt. Heute wurde mir von der Regierung von Oberbayern telefonisch übermittelt, dass von 09:00 Uhr bis 20:00 Uhr Betreuerinnen der Inneren Mission in zwei Schichten vor Ort sind: eine Vormittagsschicht mit fünf Kolleginnen und Kollegen, eine Nachmittagsschicht, und in der Mittagszeit, in der es eine besondere Dichte gibt, überlappen sich beide Schichten, so dass mehr als fünf Personen dort sind. Nachts ist die Betreuung in Sinne eines Wachdienstes sichergestellt.

Für die Zeit ab 01. Januar 2014 hat die Regierung von Oberbayern mit der Inneren Mission mittlerweile Verabredungen getroffen. Beide sind im Gespräch, damit die Betreuung in jedem Fall sichergestellt ist. Wie hoch sie sein wird, hängt auch von unseren Erfolgen in der Weitervermittlung der Jugendlichen und jungen Menschen in der Bayernkaserne in Jugendhilfeplätze ab.

Was bedeutet das für die Landeshauptstadt München? Um diesen Systemwechsel übergangsweise gut zu bewältigen, brauchen wir die Unterstützung der Standorte, die sich in Bayern bereit erklärt haben, insbesondere für die Inobhutnahme zuständig zu sein. Wir haben ein enorm ausgebautes Sachgebiet des Spezialdienstes, der die jungen Menschen in Jugendhilfe vermittelt, und wir haben ein enorm ausgebautes Sachgebiet der Vormundschaften, weil wir in dem Zusammenhang zuständig sind. Mittlerweile beläuft es sich auf ca. 2,5 Mio. €, und es sind bislang ca. 1.100 jugendliche Flüchtlinge in der Zuständigkeit des Stadtjugendamts in Jugendhilfe-Einrichtungen in München untergebracht.

Ich glaube, diese Zahlen machen deutlich, wie viel wir leisten, auch aktuell, um einen guten Übergang zu schaffen. Wir begrüßen auch, dass die jungen Menschen Jugendhilfe bekommen. Es macht aber deutlich, dass wir sehr stark auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Regierung von Oberbayern und Sozialministerium angewiesen sind. Sie ist für diesen Übergang notwendig.

OBM Ude:

Vielen Dank! - (StR Dr. Mattar: Das ist ein erfreulicher Bericht und nicht weiter zu kommentieren.) -
Ich sehe auch keinen besonderen Diskussionsstoff, aber Sie sollten über den Sachstand unterrichtet sein.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 15:49 Uhr. -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 27. November 2013

U d e
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll